

8 Dringlichkeitsanträge

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (14.32 Uhr).

8.1 Zusatzqualifikation „Alter Mensch“ in der Pflegeausbildung – Ausbildungsverordnung für FH-Studiengang erforderlich – Petition an die Bundesregierung (GRⁱⁿ Elisabeth Potzinger, ÖVP)

GRⁱⁿ Potzinger:

Sehr geschätzter Herr Vorsitzender, Herr Stadtrat Hohensinner, liebe Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderates, geschätzte Damen und Herren, die uns via Livestream zuschauen und zuhören. Ich freue mich, heute einen doch uns allen am Herzen liegenden Ansatz in der Pflege in meinem dringlichen Antrag zu formulieren, aber gestatten Sie eine Vorbemerkung, weil wir uns gerade mit dem Griesplatz beschäftigt haben. Die Geriatrischen Gesundheitszentren haben vorgestern in unmittelbarer Nähe des Griesplatzes das Tattenbachsche Haus eröffnet, Kollegin Schönbacher war auch dabei, ein neues Forschungszentrum für Gerontologie. Wichtige Bereiche sind dort jetzt zuhause, z.B. die Österreichische Wachkomagesellschaft, die auch für Süddeutschland und die Schweiz zuständig ist, hochkarätige gerontologische Forschung an unserem neuen Kampus Albert-Schweitzer in Kooperation mit der Med.-Uni Graz, dass wir Altersmedizin konzentriert bei uns am Kampus der GGZ betreiben können. Und dort gibt es einen wunderschönen neuen Park mit Schmetterlingsgarten, wo die Bevölkerung eingeladen ist, sich dort auch zu erholen und zu erfreuen. Pflege alter Menschen, ein heißes Thema für viele, ich darf den Namen der Zeitung nennen, nachdem ein Redakteur bei uns ist, in der Kleinen Zeitung war vorgestern wieder großartig aufgezeigt die Problematik des Themas. Die Gigler hat geschrieben: „Pflegealarm: Es wird eng“. Und vor allem junge in der Pflege Tätige überlegen sich, ob sie in dem Beruf bleiben sollen, es gilt also, dringend den Beruf der

Pflege, insbesondere was die Pflege alter Menschen betrifft, zu attraktivieren. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, wir wissen, die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe in unserem Lande sind die über 85-Jährigen, ergibt sich ein stark steigender Bedarf an Pflegekräften für hochbetagte Menschen. Ich möchte jetzt gar keine Zahlen nennen, vielleicht nur eine, in den nächsten zehn Jahren werden wir wahrscheinlich bis zu 100.000 zusätzliche Pflegekräfte in unserem Land brauchen. Die Pflege alter Menschen ist mit spezifischen Herausforderungen und besonderen Kenntnissen verbunden, Mehrfacherkrankung, Multimorbidität und besondere Bedürfnisse, auch in Folge von Demenzerkrankungen, erfordern hohe Professionalität und einen empathischen, liebevollen Zugang zur Situation der zu Betreuenden, aber auch der Angehörigen, die muss man da immer mithineinnehmen. Eine neue Schwerpunktsetzung in der Pflegeausbildung ist daher dringend notwendig. Wir wissen, die Diplomierten werden ja jetzt neu ausgebildet an den Fachhochschulen, das Studium ist ein sechssemestriges Bachelorstudium, schließt mit dem Bachelor of Science in Health Studies ab und wird von der Fachhochschule Joanneum angeboten, da gibt es jetzt bereits zwei Schwerpunktsetzungen, abgedeckt und abgebildet in Ausbildungsverordnungen des Bundesministeriums für Gesundheit, und zwar betreffend Pädiatrie, also die Kinder, und Psychiatrie; was aber fehlt, ist dieser wichtige Schwerpunkt „Alter Mensch“. Die Pflege Hochbetagter ist auch eine Alternative zur Intensivmedizin, da spreche ich jetzt an, dass wir hören, dass gerade in Folge der Covid-Krise nicht wenige Pflegekräfte, die an Intensivstationen tätig sind, ausgepowert sind und sagen, sie würden sich auch gerne beruflich verändern, eine Weiterbildung machen und vielleicht sich orientieren auch für die Betreuung Hochbetagter. Wir brauchen also dringend auch dieses Zusatzangebot für die Fachhochschulen, einen Schwerpunkt „Alter Mensch“ in der Ausbildung, und ersuchen deshalb die Bundesregierung, insbesondere den Gesundheitsminister Mückstein, ehe baldigst eine entsprechende Ausbildungsverordnung zu erlassen. Ich möchte auch noch hinweisen auf bestehende Ausbildungsmöglichkeiten, etwa das neue Modell der Pflegeausbildung an Bundeshandelsakademien und Handelsschulen, diese Möglichkeiten sind noch zu wenig bekannt, deshalb gibt es da auch noch freie Plätze.

Mitarbeiterzufriedenheit in diesem Bereich ist besonders wichtig, und ich darf auch darauf verweisen, auch in Folge der Tätigkeit im Verwaltungsausschuss der Geriatrischen Gesundheitszentren habe ich doch hier langjährige Erfahrung, dass wir in den GGZ da vorbildlich sind, da kann die Stadt Graz wirklich stolz sein, dass unsere Geriatrischen Gesundheitszentren auch immer wieder vor den Vorhang geholt werden, Auszeichnungen, Great Place to work, familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Wir bauen jetzt in der Albert-Schweitzer-Gasse auch eine Tiefgarage für die Mitarbeiterinnen, dass die einen guten und sicheren Zugang zur Arbeit haben, auch wenn sie spätabends oder frühmorgens zur Arbeit kommen. Kurz gesagt, wir wollen den Schwerpunkt „Alter Mensch“ in der Pflege verstärken und richten deshalb den

dringlichen Antrag:

Die Österreichische Bundesregierung, insbesondere Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein, wird dringend ersucht, Pflegeberufe durch entsprechende Maßnahmen zu attraktivieren, selbstverständlich auch, was Personalschlüssel, Bezahlung usw. betrifft, also die Voraussetzungen, dass der Beruf attraktiver wird, und einen Ausbildungsschwerpunkt auf die Pflege Hochbetagter zu legen und eine Ausbildungsverordnung für eine gerontologische Zusatzqualifikation „Pflege alter Menschen“ für das Fachhochschulstudium für Gesundheits- und Krankenpflege zu erlassen. Ich ersuche höflich um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Österreich ergibt sich ein stark steigender Bedarf an Pflegekräften für hochbetagte Menschen. Dies ist mit spezifischen Herausforderungen und entsprechenden Kenntnissen verbunden – Multimorbidität und besondere Bedürfnisse infolge von Demenzerkrankungen

erfordern hohe Professionalität und einen empathischen Zugang zur Situation der zu Betreuenden sowie ihrer Angehörigen.

Eine neue Schwerpunktsetzung in der Pflegeausbildung ist daher dringend notwendig. Dies bedingt eine neue Ausbildungsverordnung für Fachhochschulen mit der Zusatzqualifikation „Alter Mensch“ für den Studiengang „Gesundheits- und Krankenpflege“ – bspw. wird in Graz an der FH Joanneum das 6semestrige Bachelor-Studium angeboten und schließt mit dem Bachelor of Science and Health Studies ab und hat die Ausbildung zur Diplomierten Gesundheits- und KrankenpflegerIn – DGKP abgelöst.

Die Pflege Hochbetagter ist auch eine Alternative für in der Intensivmedizin tätige Pflegekräfte, die nicht zuletzt durch zusätzliche Belastungen im Rahmen der COVID-Krise vielfach eine berufliche Veränderungsmöglichkeit suchen.

Bundesweit sollen offensive Werbemaßnahmen getroffen werden, um junge Menschen für Pflegeberufe zu begeistern. Aus- und Weiterbildungsangebote sollen auch für WiedereinsteigerInnen forciert werden – insbesondere im Bereich der Pflegeassistenz (PA) und der Pflegefachassistenz(PFA).

Auch bestehende Ausbildungsmöglichkeiten – etwa das neue Modell der Pflegeausbildung an Bundeshandelsakademien und Handelsschulen (BHAK/HASCH) sind derzeit zu wenig bekannt und dementsprechend unzureichend genützt – es ist höchste Zeit, die Pflegeberufe zu attraktivieren! Ein positives Beispiel bieten die GGZ der Stadt Graz: Familienfreundliche Arbeitsbedingungen bringen höhere Zufriedenheit!

Daher richte ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs im Petitionswege an die Österreichische Bundesregierung folgenden

dringlichen Antrag:

Die Österreichische Bundesregierung, insbesondere Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein, wird dringend ersucht, Pflegeberufe durch entsprechende Maßnahmen zu

attraktivieren, einen Ausbildungsschwerpunkt auf die Pflege Hochbetagter zu legen und eine Ausbildungsverordnung für eine gerontologische Zusatzqualifikation „Pflege alter Menschen“ für das Fachhochschulstudium für Gesundheits- und Krankenpflege zu erlassen.

StR Hohensinner:

Danke, Frau Gemeinderätin. Das ist ein ganz wichtiges Zukunftsanliegen. Die Debatte zur Dringlichkeit ist somit eröffnet.

StR Mag. Krotzer:

Dankeschön, die Digitalisierung auch beim Aufzeigen schreitet voran. Sehr geehrte Damen und Herren, werte Mitglieder des Gemeinderates, der Stadtregierung, liebe Antragstellerin, liebe Sissi, vielen Dank für den Antrag. Ich habe mit den Kolleginnen und Kollegen im Pflegereferat des Sozialamtes heute auch noch darüber gesprochen, auch sie sehen es aus ihrer jahrelangen Praxiserfahrung, wie wichtig diese gerontologische Zusatzqualifikation ist, ergänze allerdings, das braucht es in Wahrheit für alle Ausbildungsformen, nicht nur für diejenigen, die jetzt an der FH ein Studium machen, sondern für alle Beschäftigten, für alle diplomierten Pflegekräfte, die diese Möglichkeit haben sollen. Das Ganze ist natürlich auch sehr wichtig, dass das gesetzlich eingebettet ist hier diese Sonderausbildung nach § 65 GuKG, damit hier nicht die Gefahr einreißt, dass hier sozusagen eine Schmalspurausbildung kommt, sondern dass das tatsächlich nach dem entsprechenden Ausbildungsgesetz passiert. Und sehr wichtiger Hinweis auch noch aus dem Pflegereferat war, dass es eigentlich auch eine Zusatzqualifikation für die mobile Pflege und Betreuung brauchen würde, weil das ja ein ganz spezieller Tätigkeitsbereich ist, wo im häuslichen Setting noch einmal ganz andere Fragestellungen auftauchen, als das im stationären Bereich der Fall ist. Wir sehen deinen Antrag in diesem Sinne als ersten Schritt dorthin, und die KPÖ-Gemeinderatsfraktion wird diesem in Dringlichkeit und Inhalt zustimmen.

Apropos Dringlichkeit, du hast eh auch schon einiges skizziert wie, die Pflegesituation in unserem Land sich darstellt, und ich glaube, man kann es noch einmal zugespitzter sagen, wir steuern in Wahrheit auf einen Pflegenotstand zu, wenn hier nicht raschest gegengesteuert wird. Die Lösungen, auch hier hast du schon ein paar Punkte genannt, liegen auf der Hand: Wir brauchen einen massiven Ausbau der Ausbildungsplätze, wir brauchen eine Entlastung der Beschäftigten, gerade auch durch die Anhebung von Personalschlüssel und eine Attraktivierung des Berufes, insbesondere auch durch eine bessere Entlohnung und Verkürzung der Arbeitszeiten. Und da komme ich jetzt nicht ganz umhin, auch zu streifen die Frage, was macht das Land Steiermark in der Situation? Wir haben erst diese Woche im Landtag die Debatte gehabt, viele von euch haben es wahrscheinlich mitbekommen, die Schließung der privaten Pflegeschule ProPraxis. Betroffen davon sind 161 Schülerinnen und Schüler, und bei mir waren erst gestern im Büro zwei Schülerinnen, die komplett verzweifelt sind, überhaupt nicht wissen, wie sie in der Situation weitermachen sollen, weil sie sagen, das einzige Angebot, das wir vom Land Steiermark bekommen, ist, dass wir von einer privaten Pflegeschule in andere wechseln, allerdings mit der Tatsache, dass sie dazu die Ausbildung zusätzlich finanzieren müssen. Pro Jahr 5.555,50 Euro, und viele von denen haben bereits schon einen Kredit aufgenommen, um sich die Ausbildung bei ProPraxis finanzieren zu können. Die Schülerinnen und Schüler eben, die auch künftig unsere diplomierten Kräfte sein werden oder hoffentlich sein werden, besser zu unterstützen, ist eine ganz dringliche Aufgabe. Ich habe dazu heute Vormittag auch schon mit der Landesrätin telefoniert und die hat gesagt eigentlich, das Mindeste wären zinslose Darlehen als Überbrückungshilfe für diese Schülerinnen und Schüler, und hier auch das Ersuchen dieses Anliegen noch einmal zu verstärken. Sie hat mir zugesagt, das jedenfalls zu prüfen. Ich komme damit von den privaten Ausbildungsstätten ganz kurz noch zu den öffentlichen Ausbildungseinrichtungen, eben auch der FH, und darf da kurz verweisen, dass die Vorsitzende des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes, die Marianne Raiger, erst vor kurzem eine Petition gestartet hat für eine massive Aufstockung der Ausbildungsplätze dort für die Diplomkrankenschwestern. Und sie begründet das, das will ich schon noch kurz

vorlesen: „Unser Pflegesystem droht mit 100 km/h an die Wand zu fahren.“ Und sie schreibt weiter: „Warum diese drastische Aussage? Es fehlt massiv eben an den Kapazitäten“, und sie erwähnt hier, dass es gegenwärtig nur 144 Plätze gibt, obwohl es eigentlich 400 Bewerbungen geben würde pro Jahr und in Anbetracht dessen ...

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Du bist jetzt fast zwei Minuten drüber.*

StR Mag. **Krotzer**:

... ja, in Anbetracht dessen ist die Forderung auf Aufstockung auf 380 FH-Plätze eine weitere äußerst dringliche. Dankeschön (*Appl.*).

StR **Hohensinner**:

Vielen Dank, für die Reinigung des Rednerpultes. Einen Applaus bitte für den Mitarbeiter der GBG (*Appl.*).

GR Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Antragstellerin. Wie du richtig erkannt hast, ist das Thema Pflege sehr, sehr dringlich. Einerseits, weil wir glücklicherweise alle immer älter werden, andererseits auch deshalb, weil natürlich viele, die jetzt in der Pflege sind, teilweise schon überlastet sind und aus der Pflege flüchten und auch weil viele bis 2030 auch in Pension gehen werden. Also ich habe mir die Zahlen ein bisschen angeschaut, wir werden bis 2030 ca. 80.000 zusätzliche Pflegekräfte brauchen, und da braucht es einfach viele Ansätze, um das dann auch derheben zu können. Als Gewerkschafter, gemeinsam mit Arbeiterkammer und Ärztekammer, haben wir deshalb auch in den letzten Wochen die Initiative „5 nach 12“ gestartet, wirst du vielleicht mitbekommen habe, also da haben

wir auch in meinem Betrieb einige Aktionen gemacht und ich bin überzeugt davon, wer die Pflege wirklich attraktivieren will, der muss auch bereit sein, wie schon angesprochen wurde, auch bei den Gehältern darüber nachzudenken, dass man da nachbessert. Der muss die Arbeitsbedingungen verbessern, speziell die Arbeitszeitmodelle müssen flexibler werden in der Pflege, damit es wieder attraktiver wird, und wer einen Personalnotstand von morgen bekämpfen will, muss auch die Beschäftigten von heute nicht nur mit Worten und tatsächlich wertschätzen, und wir müssen jetzt handeln, da hast du vollkommen Recht. Und uns hast du da auf jeden Fall auf deiner Seite, weil wir eben das eh schon länger auch fordern. Wie du richtig auch gesagt hast, die Stadt Graz ist da mit den Geriatrischen Krankenhäusern durchaus ein Vorbild, das man für andere herzeigen kann und wo man uns nacheifern sollte. Und ja, es muss unser aller Anliegen sein, wie du es richtig gesagt hast, jenen, die die Pflege vollziehen müssen, auch das notwendige Rüstzeug und Know-how mitzugeben. Das heißt, auch in der Ausbildung, wie du es richtig angesprochen hast, als einen Punkt, dass man da auch neue Schwerpunktsetzungen macht, wie das im Antrag, von dir gefordert, mit der Schwerpunktsetzung für die Pflege älterer Menschen auch jetzt von dir initiiert wird. Und wenn man im privaten Kreis jetzt über die Pflege spricht, dann wird ja immer wieder auch angesprochen, dass es zwar, ich kenne einige, die dort begonnen haben, aber inzwischen weg sind, und der Grund ist eben, dass es einerseits irgendwo so wahrgenommen wird, das ist eine sehr aufopferungsvolle Tätigkeit, aber sie ist ein bisschen unbedankt, sie wird als unterbezahlt wahrgenommen. Und fast niemand kann sich vorstellen, diesen Beruf wirklich bis zur Pension, momentan 65, vielleicht dann für die Jüngeren schon noch weiter, wie es ja manche fordern, also fast niemand kann sich vorstellen, das mit den jetzigen Arbeitsbedingungen leisten zu können, und ich glaube da, ist ein wichtiger Ansatz, den man auch anstreben muss. Es obliegt uns Politikern und Politikerinnen, auf allen Ebenen den Ball aufzugreifen, wie du es ja auch getan hast, und Hand anzulegen für die Pflegeberufe, um einen guten Rahmen zu schaffen, weil ich glaube, das ist unsere Aufgabe, und daher ja zu diesem Dringlichen, ja zum Inhalt, denn, wie ich schon gesagt habe, es ist leider nicht 5 vor 12, es ist schon 5 nach 12. Danke (Appl.).

GRⁱⁿ **Schönbacher:**

Ich begrüße Sie auch alle recht herzlich. Natürlich kommt von unserer Seite ein klares Ja zur Ausbildung und Qualifikation, weil es einfach so wichtig ist. Ich stelle immer häufiger fest, dass oft Angehörige selbst nicht wissen, wie ihre Mutter, ihr Vater oder ihre Großeltern ticken, sie verlangen oft vom Pflegepersonal wesentlich mehr, als sie selbst bereit wären zu geben, deshalb in Richtung Wertschätzung, es ist auch wichtig zu unterstützen, was die Geriatrischen Gesundheitszentren in Graz auch verstärkt anbieten, nämlich die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung und auch den Angehörigen näherzubringen, weil es einfach so wichtig ist, dass man das einfach weiß, wie ticken unsere Älteren, wie tickt unsere ältere Gesellschaft. Mehr Ausbildungsplätze brauchen wir auf jeden Fall, das ist wichtig, ja, aber es ist auch wichtig, dass wir nicht zu akademisch werden. Weil wir brauchen die Mitarbeiter am Patienten selbst, am zu Pflegenden selbst und nicht nur mehr in höheren Bereichen, deshalb sind natürlich sehr viele Ausbildungsplätze wichtig, aber nicht zu akademisch, und dass natürlich auch so, wie es im Motivenbericht steht, WiedereinsteigerInnen gefördert werden, weil es sind sehr viele, die sich vorstellen können, in die Pflege zu gehen, aber die einfach da Berührungängste haben, wenn es zu akademisch ist. Es gefällt mir immer, wenn ich zu Veranstaltungen gehe, weil ich ja für Gesundheit zuständig bin, und alle politischen Fraktionen finden all diese Maßnahmen gut, es ist immer Zuspruch. Die ersten zehn Minuten, solange jeder seine Rede schwingen kann, ist auch jeder da, stimmt auch jeder zu, und danach leider passiert nichts. Und ich finde es einfach zu wichtig, und da möchte ich jetzt wirklich einmal Richtung Landes- und Bundesregierung gehen, ich finde es einfach zu wichtig das Thema, als einfach immer nur mit Überschriften zu kommen. Wir müssen endlich einmal Taten setzen, weil, wie gesagt, es ist wirklich 5 nach 12. Es war vor zehn Jahren, als ich begonnen habe, schon 5 nach 12, dass wir zu wenig Personal hatten, weil wenn das Personal zu wenig Wertschätzung bekommt, zu wenig Lohn bekommt, schlechte Arbeitsbedingungen hat, weil die Arbeitszeiten nicht flexibel sind oder weil wir einfach überlastet sind, weil wir einen Mangel haben, dann müssen wir das einfach akzeptieren und da auch aktiv werden, dann muss man ein Geld in die Hand nehmen, weil für viele andere Dinge, wie

man sieht, haben wir das Geld auch. Diese Probleme haben wir nicht erst seit Corona, sondern seit vielen, vielen Jahren, und wenn wir jetzt nicht endlich mehr ins Tun kommen, dann befürchte ich, dass all das, was wir jetzt als Lippenbekenntnis da von uns geben, einfach nur verpufft und das unseren alten Menschen nicht hilft, und im Endeffekt ja auch uns selbst nicht mehr, weil wir können auch einmal pflegebedürftig werden oder krank und selbst spätestens dann wissen wir, wie wichtig eben diese Berufe sind. Deshalb bitte ich wirklich in Richtung Landes- und Bundesregierung um mehr Wertschätzung, um eine bessere Bezahlung und um flexiblere Arbeitszeiten. Erst dann macht es Sinn, diesen Beruf zu bewerben; weil jetzt einfach nur bewerben, wo wir wissen, dass eigentlich der ganze Hintergrund nicht wirklich zufriedenstellend ist, wäre meiner Meinung nach einfach Frevel. Natürlich stimmen wir dem Antrag zu.
Danke (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Danke, gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Wutte bitte.

Also die 10.000 Schritte werden sich heute ausgehen, Frau Gemeinderätin, stimmt's?

GRⁱⁿ Wutte:

Ja, in einem großen Raum bleibt man aktiv (*lacht*).

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Ich kann mich ganz vielem von dem Gesagten anschließen, auch wir werden den Antrag sehr gerne in der Dringlichkeit und im Inhalt unterstützen. Es ist ein ganz zentrales Thema und wir sehen das auch so, dass es da einen wahnsinnig großen Handlungsbedarf gibt. Was ich zum Gesagten noch hinzufügen kann, also es ist eigentlich eh sehr, sehr viel gesagt worden, ich sehe es auch so, dass einfach die Rahmenbedingungen in der Pflege ganz deutlich verbessert werden müssen, wenn wir eben nicht wollen, dass die Leute nach ein paar Jahren das Handtuch werfen. Weil ich glaube, es gibt so viele engagierte Menschen, die diese Arbeit wirklich gerne machen wollen und mit Freude machen wollen, aber

die dann im Laufe der Jahre einfach wegen der schlechten Bezahlung, wegen des geringen Personalschlüssels, wegen einem Gefühl, dass man nur noch wie am Fließband arbeitet, um sozusagen das Nötigste noch irgendwie erledigen zu können, dann einfach einmal aufhören und einfach nicht mehr können. Und das ist doch wirklich eigentlich ein Armutszeugnis für eine wohlhabende Gesellschaft, dass wir es nicht schaffen, einem so zentralen und wichtigen Beruf die Wertschätzung letztendlich zu geben, die er brauchen würde, und ich bin da eigentlich bei der Kollegin Schönbacher, es braucht eben keine Lippenbekenntnisse, weil hier sind wir uns eh alle einig, sondern es braucht Taten. Ich weiß, dass es den Grünen in der Bundesregierung ein sehr, sehr großes Anliegen ist, dass in dem Bereich etwas weitergeht und wirklich eine Pflegereform, die den Namen verdient, auf den Weg gebracht wird. Habe auch mit der Bedrana Ribo mich jetzt vorher ausgetauscht, die ja lange mit euch gemeinsam im Gemeinderat gesessen ist und auch im Nationalrat jetzt für das Thema zuständig ist, das heißt, wir haben da zum Glück irgendwie auch einen sehr direkten Draht und eine Person, die sich da wirklich sehr vehement und engagiert einsetzt für das Thema. Sie hat mir auch einiges gesagt, also heute, das haben eh vielleicht einige gehört, dass es jetzt ein Fachkräftestipendium für die Pflegeassistenz, ganz neu, geben soll, also es wird gerade einiges auf den Weg gebracht. Es soll einen pflegefreien Tag für pflegende Angehörige geben, auch ein sehr, sehr wichtiges Thema. Es wird ein Community-Nursing-Pilotprojekt gestartet, also es kommt einiges auf den Weg. Aber ich bin ganz eurer Meinung, es ist eigentlich 5 nach 12 und wir müssten die Rahmenbedingungen einfach viel, viel besser machen für die, die in dem Bereich arbeiten. Abschließend möchte ich noch auf ein Projekt einer Grazerin hinweisen, nämlich der Karin Schuster, die selber diplomierte Krankenpflegerin ist und auch ganz lange schon politisch aktiv, und sie hat beim Radio Helsinki und auch an anderen Orten diesen Schwerpunkt Pflegestützpunkt heißt das, wo sie eben auch mit Menschen, die wirklich aus der Pflege kommen, politisch arbeitet und Diskussionsrunden macht. Und das finde ich halt auch immer so wichtig, nicht nur über die Menschen zu reden, sondern wirklich mit den Menschen, die in dem Bereich arbeiten, die diese Arbeit aus der Praxis kennen und deren Empfehlungen abzuholen. Wir stimmen gerne zu (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Heinrichs:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Damen und Herren, werte Sissi. Das meiste ist schon gesagt, dem dringlichen Thema stimmen wir natürlich zu. Die Lösungen der mehr als misslichen Lage für die Pflege, die Pflegereform, stünden natürlich schon längstens an, denn, wie wir wissen, das ist auch schon gesagt worden, 2030 werden 100.000 und nicht 70.000, wie früher kolportiert, Pflegekräfte sein, die die Menschen in Österreich bitter nötig haben werden. Ich selber habe ja das Pflgethema unter anderem in der Gemeinderatssitzung am 29. April bei einer Frage an den Herrn Bürgermeister, das war damals „Personalfluktuation in der GGZ“, gebracht. Stichwort damals: Pflexit. Was bedeutet, dass aus psychischen und physischen Überlastungsgründen die PflegerInnen aus dem Job gehen. Ich habe damals auch Herrn Stadtrat Hohensinner in seiner schriftlichen Beantwortung nach meiner Frage in der Gemeinderatssitzung vom 25. März dieses Jahres zitiert, ich darf das wichtige Zitat wiederholen: „Um den erhöhten Bedarf an Pflegekräften zu decken, sind neben der finanziellen Attraktivierung in Gesundheits- und Pflegeberufen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Entlohnung essentiell.“ Das sehen wir auch so, und darum geht es ja in allen unseren Forderungen, in Richtung mehr Personal, bessere Bezahlung und mehr und garantierte Zeit zur Erholung. Stichwort: bessere Bezahlung, ich darf Ihnen jetzt ein Beispiel vortragen, das Sie sicher alle sehr interessieren wird. Am Beispiel eines jungen Ehepaares mit zwei Kindern, wobei beide in der Pflege arbeiten, beiden arbeiten in ein und dem demselben Pflegeheim der Landeshauptstadt Graz, er ist Pflegeassistent, 25 Jahre alt und hat bereits 5 Berufsjahre, arbeitet Vollzeit, sie arbeitet als Heimhilfe, sie arbeitet derzeit 40 % und macht wegen der kleinen Kinder weder Wochenenddienste noch Nachtschichten. Gemeinsam verdient das Paar 2.532,46 Euro netto, dazu kommen noch zweimal Familienbeihilfe, also á 180,30 Euro. Die Armutsgrenze, meine Damen und Herren, bei zwei Erwachsenen und zwei Kindern liegt in Österreich bei 2.643,90 Euro. Wenn man also als Ehepaar in einem solch bitter

notwendigen Beruf arbeitet und man einkommensmäßig an der Armutsgrenze herumkrebst, dann darf man sich über den prekären Stand der Dinge, in dem wir uns seit Jahren befinden, nicht wundern. Außerdem möchten wir das Augenmerk, und das ist wirklich wichtig, auf Ausbildung mit garantierter Qualität in öffentlicher Hand wissen, z.B. die gefragten Studienplätze auf der FH bitteschön ausweiten. Es muss den politisch Verantwortlichen ...

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Frau Gemeinderätin, bitte den Zusatzantrag gleich einbringen.*

GRⁱⁿ Heinrichs:

... ich komme zum Ende, ja. Es muss den Verantwortlichen klar sein, dass die Bedürfnisse und Forderungen der Pflegekräfte und der Pflegekräfte in spe uns das Wichtigste sein müssen, und daher darf ich meinen

Zusatzantrag

vortragen:

Weil es immer mehr Menschen – selbst junge – in Pflegeberufen gibt, die ernsthaft überlegen, ihren Job an den Nagel zu hängen, da sie aufgrund der vorherrschenden Arbeitsbedingungen stark leiden, wird die Landesregierung ersucht, den Personalschlüssel in der Steiermark anzuheben sowie die Ausbildungsplätze deutlich zu erhöhen. Ich bitte um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Zusatzantrag:

Weil es immer mehr Menschen – selbst junge – in Pflegeberufen gibt, die ernsthaft überlegen, ihren Job an den Nagel zu hängen, da sie aufgrund der vorherrschenden Arbeitsbedingungen stark leiden, wird die Landesregierung ersucht, den Personalschlüssel in der Steiermark anzuheben sowie die Ausbildungsplätze deutlich zu erhöhen.

GRⁱⁿ Potzinger:

Vielen Dank für die Zuerkennung der Dringlichkeit und für die vielen positiven Wortmeldungen. Liebe Kollegin Heinrichs, du hast natürlich inhaltlich Recht, dass viel zu tun ist, das haben wir alle festgestellt. Aber ich darf darauf hinweisen, dass es nicht nur politische Sprechblasen der Verantwortlichen gibt, sondern konkrete Taten. Kollegin Wutte hat schon angesprochen, gestern wurde im Ministerrat beschlossen, dass das Fachkräftestipendium erhöht wird insbesondere für junge Damen und Herren, die in der Pflegeassistenz ausgebildet werden, zur Absicherung ihres Lebensunterhaltes. Ein wesentlicher Schritt, dass die Ausbildung abgesichert ist und es da keine finanziellen Hürden gibt, wenn man sich für diesen Beruf entscheidet. Und der Appell an das Land ist wichtig, ist aber tagesaktuell gehört, nämlich derzeit tagt ein zweitägiges Expertengremium, 20 Damen und Herren höchster Kompetenz, mit unserer Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß auf höchstem Niveau sich damit beschäftigend, was die notwendigen, wichtigen Schritte sind. Was die Finanzierung betrifft, da wäre schon eines dringend notwendig, nämlich, dass es zu einer bundesweiten Regelung der Pflegefinanzierung kommt. Das kann nicht sein, dass eine Pflegerin in Vorarlberg um 30 % mehr verdient als in der Steiermark, also in diesem relativ, EU-weit gesehen, kleinen Land Österreich gehört das einmal bundesweit einheitlich geregelt. Es gibt Taten und nicht nur Worte ...

Zwischenruf StR Mag. Krotzer: Es gibt ja einen Kollektivvertrag.

GRⁱⁿ Potzinger:

... es gibt einen Kollektivvertrag, aber zusätzlich gibt es eben bundesländerweit unterschiedliche Ausformungen bei der Bezahlung, also hier soll es eine einheitliche Regelung doch einmal geben. Wir meinen deshalb, liebe Kollegin Heinrichs, dass dein Antrag heute nicht dringlich ist, weil derzeit gerade aktiv hier und nun auf Bundesebene und auf Landesebene hier intensiv daran gearbeitet wird. Ich darf ersuchen, auch im Inhalt jetzt den Antrag jetzt gemeinsam anzunehmen, ein starkes Zeichen zu setzen. Graz ist Stadt der Menschenrechte, ich sage lieber Stadt der Menschenwürde, Menschenwürde bis ins hohe Alter, dass jeder, der es braucht, entsprechend gepflegt werden kann. Ich möchte jetzt nicht auf andere Städte zeigen, aber mir tun z.B. die Brucker leid, wo ein Pflegeheim mit 120 Betten derzeit leer steht, weil es kein Personal gibt, deswegen bin ich sehr dankbar, dass die Frau Landesrätin Juliane Bogner-Strauß sich mit der Fachhochschule ins Einvernehmen gesetzt hat und spontan vorzeitig die Ausbildungsplätze an der Fachhochschule massiv ausgeweitet wurden, das haben wir jetzt schon erreicht, auch durch unser Lobbying im Vorfeld. Wir sind auf einem dringend notwendigen, aber doch guten Weg, und den werden wir gemeinsam weiter unterstützen. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

8.2 Mietzinszahlung bei Gemeindewohnungen (KO GR Manfred Eber, KPÖ)

KO GR Eber:

Lieber Herr Kurt Hohensinner als Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren. Es geht um die Mietzinszahlung bei Gemeindewohnungen, und ich möchte dazu sagen, es ist ja bekannt eigentlich, dass es viele Menschen in unserer Stadt gibt, die sich die hohen Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht oder nur sehr schwer leisten können, und genau deswegen gibt es ja zum Glück auch, immerhin, muss man sagen, rund 12.000 Gemeindewohnungen bzw. Übertragungswohnbauten, wo die Gemeinde, die Stadt Graz, das Zuweisungsrecht hat. Dennoch ist es auch so, dass manche, vor allem im Übertragungswohnbau, manche Wohnungen recht teuer werden mitunter. Das hat unterschiedliche Gründe, oft einmal ist es das Auslaufen oder Veränderungen bei der Wohnbauförderung. Und so wurde bereits im, ich glaube, Oktober 1997 ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluss gefasst, der darauf reagiert hat und die Mietzinszahlung der Stadt Graz als freiwillige Leistung eingeführt hat, damit sollten die Wohnungskosten, also die Miete, die Betriebskosten und anteilmäßig die Heizkosten, nur mehr maximal ein Drittel des Einkommens ausmachen. Im November 2017 wurde diese Mietzinszahlung nunmehr novelliert und wichtig dabei war, dass bei AlleinerzieherInnen nunmehr ein Abschlag von 200 Euro in Abzug gebracht wird, als das heißt, das Einkommen wird rechnerisch vermindert und somit erhöht sich dann auch die Mietzinszahlung. Bei Mehrpersonenhaushalten beträgt dieser Abschlag ab der zweiten Person jeweils 150 Euro, bei Einpersonenhaushalten wird dieser Abschlag auch in Höhe von 150 Euro, jedoch nur bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 1.000 Euro abgezogen. Nun haben wir das Problem, dass seit 1. Jänner 2021 die Höhe der Pension mit Ausgleichszulage, also das, was man landläufig so unter Mindestpension versteht, genau 1.000,48 beträgt. Das heißt, diese Personengruppe, die alleinstehenden, alleinwohnenden Mindestpensionisten und Mindestpensionistinnen können diese 150 Euro nicht mehr

in Abzug bringen. Ein weiteres Problem sind die Heizkosten. Diese werden derzeit angerechnet mit 0,77 Euro pro Quadratmeter, tatsächlich liegen sie natürlich, wie bekannt ist, in vielen Fällen deutlich darüber, und von daher wäre auch hier eine Anhebung aus unserer Sicht mehr als gerechtfertigt. Ein weiterer Punkt, den ich jetzt nicht direkt im Antragstext verfasst habe, aber der auch wichtig ist meines Erachtens, ist, dass es eine Quadratmeterbeschränkung beim Wohnraum gibt. Also für eine alleinstehende Person etwa sind 50 m² sozusagen vorgesehen bei diesem Berechnungsmodell, das bedeutete, wenn jemand in einer größeren Wohnung lebt, was ja natürlich oft einmal passiert, gerade bei älteren Menschen, wo Kinder ausziehen, wo vielleicht der Ehepartner, die Ehepartnerin verstirbt, ist es dann so, dass die in einer größeren Wohnung sind, dennoch die Mietzinszahlung auf die 50 m² berechnet wird. Ich darf daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

stellen:

Herr Vizebürgermeister Mag. (FH) Mario Eustacchio in seiner Eigenschaft als Wohnungsstadtrat wird ersucht, die Richtlinien für die Mietzinszahlung dahingehend zu überprüfen, dass

1. die Grenze von 1.000 Euro für die Gewährung des Abschlags von 150 Euro für Einpersonenhaushalte entweder entfällt oder angehoben wird, damit AusgleichszulagenbezieherInnen jedenfalls dauerhaft in den Genuss der Gewährung dieses Abschlags kommen und
2. die Heizkosten zur Gänze oder zumindest mit einem Euro je Quadratmeter berücksichtigt werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und ersuche um Annahme. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Es ist wohl unbestritten, dass sich viele Menschen in unserer Stadt die Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht oder nur sehr schwer leisten können. Auch manche Gemeindewohnungen, insbesondere im Übertragungswohnbau, wurden durch verschiedene Gründe, etwa dem Auslaufen von Förderungen, für viele zu teuer.

Bereits 1997 hat die Stadt Graz mit einem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss darauf reagiert und die Mietzinszahlung als freiwillige Leistung der Stadt eingeführt. Damit sollten die Wohnungskosten, also Mieten, Betriebskosten und zumindest ein Teil der Heizkosten nur mehr maximal ein Drittel des Einkommens ausmachen.

Mit der Novellierung der Mietzinszahlung im November 2017 wurde nun Folgendes beschlossen: Bei AlleinerzieherInnen wird ein Abschlag von 200 Euro in Abzug gebracht. Bei Mehrpersonenhaushalten beträgt dieser Abschlag ab der 2. Person jeweils 150 Euro. Bei Einpersonenhaushalten wird dieser Abschlag (auch in Höhe von 150 Euro) jedoch nur bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 1.000 Euro abgezogen.

Seit 1. Jänner 2021 beträgt nun die Höhe der Pension mit Ausgleichszulage, umgangssprachlich Mindestpension, 1.000,48 Euro. Das bedeutet, dass diese Personengruppe (allein wohnende MindestpensionistInnen) bei der Berechnung der Mietzinszahlung nicht mehr 150 Euro für Lebensbedarf in Abzug bringen kann.

Die Heizkosten werden derzeit mit 0,77 Euro angerechnet. Tatsächlich liegen sie in vielen Fällen deutlich darüber, weshalb eine Anhebung mehr als gerechtfertigt wäre.

Gleichzeitig wäre es auch wichtig, wie bei der Wohnunterstützung im Land, die Quadratmeterbeschränkung beim Wohnraum abzuschaffen. So werden z.B. bei einer alleinstehenden Person in einer 60 m² Wohnung 10 m² bei der Berechnung der Mietzinszahlung in Abzug gebracht.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Herr Vizebürgermeister Mag. (FH) Mario Eustacchio wird ersucht, die Richtlinien für die Mietzinszahlung dahingehend zu überprüfen, dass

- 1. die Grenze von 1.000 Euro für die Gewährung des Abschlags von 150 Euro für Einpersonenhaushalte entweder entfällt oder angehoben wird, damit AusgleichszulagenbezieherInnen jedenfalls dauerhaft in den Genuss der Gewährung dieses Abschlags kommen und*
- 2. die Heizkosten zur Gänze oder zumindest mit einem Euro je Quadratmeter berücksichtigt werden.*

KO GR Mag. **Sippel:**

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Manfred Eber, eigentlich müsste ich dir heute einen Preis verleihen, und zwar die Goldene Himbeere, für den am schlechtesten recherchierten dringlichen Antrag in diesem Jahr, so richtig mit Trommelwirbel und Pomp. Vielleicht kann die Magistratsdirektion einmal ein kleines Statuetterl oder einen Award vorbereiten, den ihr euch dann ins Büro stellen könnt als Mahnung, ein bisschen genauer zu recherchieren, wenn ihr solche dringlichen Anträge vorbringt. Denn was ihr hier macht, ist nichts anderes, als irgendwelche Zahlenspielchen zu betreiben, um Härtefälle zu konstruieren, die es gar nicht gibt. Ich kann euch das garantieren, dass es die nicht gibt, ich bin ja als Obmann des Ausschusses Wohnen Graz hier im ständigen Austausch auch mit dem Amt für Wohnungsangelegenheiten, und es gibt diese Härtefälle einfach nicht, und wir haben heute schon darüber diskutiert, es gibt ein breites, dichtes soziales Netz über alle Ebenen, wo diejenigen, die Schwierigkeiten haben, auch unterstützt werden. Du hast dich heute bezogen auf den Mietzinszuschuss. Wir haben Wohnunterstützung, die vom Land kommt, wir haben

den Heizkostenzuschuss, wir haben den Härtefallfonds, wir haben jetzt die SozialCard, wo wir auch noch einmal heute nachgebessert haben, und das ist einfach Faktum. Es gibt ein dichtes Netz und es fällt niemand in dieser Stadt, der es braucht, durch den Rost. Und wenn wir schon beim Mietzinszuschuss sind, dann frage ich dich, um auch einen Werbespruch eine Schweizer Zuckerlmanufaktur zu klauen: Wer hat es erfunden? Die FPÖ, sehr richtig. 2017 ist der Mietzinszuschuss eingeführt worden und zwar für Singles und Alleinstehende. Also für Singles und Alleinstehende 2017 von Mario Eustacchio eingeführt, also insofern verstehe ich nicht ganz, warum du hier daherkommst und einfach versuchst, Härtefälle zu konstruieren, die es nicht gibt, und das ist wieder einmal, und das erleben wir ja fast systematisch jetzt von Sitzung zu Sitzung, das ist wieder einmal ein kommunistisches Störfeuer auf diesen ruhig dahindampfenden Sozialdampfer Wohnen Graz, und ihr müsst es halt auch einmal akzeptieren, dass nach euch im Wohnungsressort etwas weiter geht, dass hier gute Arbeit geleistet wird von Mario Eustacchio. Und man kann ja fast schon auf die Idee kommen, ihr seid nachtragend. Und ich hätte einen Tipp für euch, kümmert euch jetzt einmal am Anfang der Baustellensaison um das, wo ihr auch Zuständigkeit habt, nämlich um den Verkehr. Es droht hier einiges auch jetzt wieder über den Sommer, da braucht es Weitblick, da braucht es Koordination, da gibt es Zuständigkeit, die hat der Gemeinderat auch zuerkannt. Schaut doch hier einmal ein bisschen, dass das funktioniert und tut nicht immer wieder von Sitzung zu Sitzung Themen aufbringen, die so nicht existieren, und aus diesem Grund lehnt die Freiheitliche Fraktion diesen Himbeeren-Antrag ab. Danke (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Wutte.

Also ich kann auch Werbung machen, es gibt jetzt auch im Styria-Verlag das Buch „10.000 Schritte in der Stadt Graz“.

GRⁱⁿ **Wutte**:

Das ist inzwischen ein Running Gag, oder?

StR **Hohensinner**:

Nein, das ist nicht ein Running Gag, das Buch gibt es wirklich. Das haben wir im Zuge des Sportjahres herausgebracht.

GRⁱⁿ **Wutte**:

Ok, na gut, dann kommen wir wieder zurück zum eigentlichen Antragsthema, was ja ein wichtiges und ernstes ist. Ich weiß nicht, mich hat das jetzt eigentlich ein bisschen irritiert deine Wortmeldung, Armin Sippel, weil es ist ja tatsächlich so, dass die Ausgleichszulage, also wie sie auch genannt wird, Mindestpension, erhöht wurde, deutlich erhöht wurde, und dass deswegen jetzt die Leute eben genau über dieser 1.000-Euro-Grenze sind, und deswegen hat der Antrag natürlich seine Berechtigung, weil die Stadt da jetzt entsprechend anpassen müsste, und das ist ja genau das Ansinnen von dem Antrag gewesen ...

*Zwischenruf KO GR Mag. **Sippel** unverständlich.*

GRⁱⁿ **Wutte**:

... ja, wir können das dann gerne später weiterdiskutieren, aber manchmal habe ich einfach den Eindruck, dass gewisse Parteien oder vielleicht Vertreter gewisser Parteien einfach keine Sensibilität für Menschen haben, die halt wirklich am Rande der Armut leben, mit 1.000 Euro im Monat leben und für die das halt schon einen Unterschied macht, ob sie eine gewisse Zuzahlung bekommen oder nicht bekommen, und in welcher Höhe, und deswegen finde ich eben diesen Antrag tatsächlich schon

berechtigt. Kurz zu der Ausgleichszulage. Es ist ja auch Erfolg der Grünen auf Bundesebene, dass die Mindestpension auch deutlich angehoben wurde, nämlich dass es 440 Euro im Jahr mehr gibt für die Menschen, die wirklich sehr geringe Pensionen bekommen, und ich glaube, dass das gerade in Zeiten von Corona und in einer Zeit, wo viele Menschen in Richtung Armutsgefährdung abrutschen, ein sehr, sehr wichtiges sozialpolitisches Signal ist, dass die Leute einfach eine deutliche Pensionserhöhung bekommen haben. Und das macht absolut Sinn, dass man dann eben auch die Grenzen bei Wohnen Graz entsprechend anpasst, von dem her habe ich die Rede vorher überhaupt nicht verstanden. Es ist aber vielleicht eh typisch für das, wie die FPÖ Wohnungs- und Sozialpolitik in der Stadt betreibt, weil wenn man sich die ganze Geschichte mit den Gemeindewohnungen in den letzten Jahren anschaut, habe ich schon sehr stark den Eindruck, dass euer Ansinnen eben nicht ist, den Menschen, die wirklich auf leistbaren Wohnraum in dieser Stadt angewiesen sind und die wirklich in Armut leben, diesen Menschen zu helfen, weil die fünfjährige Meldedauer ist eine große Hürde, anerkannte Flüchtlinge sind auch nach den fünf Jahren ausgeschlossen. Und am Ende des Tages, wenn ein Mensch sich keine andere Wohnung leisten kann, sollte doch egal sein, woher er kommt, oder? Und es ist schlimm, dass wir diesen Konsens hier in der Stadt nicht erstellen können, das ist das eine. Und dann haben diese Richtlinien, also die fünf Jahre Meldefrist, dazu geführt, dass es sogar Leerstand in den Gemeindewohnen gab, und dann habt ihr die Einkommensgrenzen angehoben, und jetzt kann man als Einzelperson mit einem Nettoeinkommen bis zu 2.900 Euro eine Gemeindewohnung in dieser Stadt beantragen, wo ich mir echt denke, die mit einem Nettoeinkommen von 2.900 Euro, das sind nicht die Menschen, die besonders dringend jetzt auf eine günstigere Wohnung angewiesen wären. Also da ist in den letzten Jahren offensichtlich einiges in die falsche Richtung gegangen, und ihr probiert hier mit euren Reden davon abzulenken, dass ihr wirklich keine soziale Wohnungspolitik gemacht habt (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Danke, für den Antrag. Die Mietzinszahlung bei Gemeindewohnungen ist ein wichtiges Instrument. Ich denke, dass man jedenfalls die Höhe überprüfen muss, dass man es anpassen muss. Es gibt ja auch das Kriterium, wo man verzichten muss, ich denke, dass auch das überarbeitbar ist. Und besonders jetzt nach Corona-Zeiten hätte ich auch hier den Antrag gesehen, dass man grundsätzlich einmal fachlich hinschaut, wo gibt es Nachbesserungsbedarf, weil der Herr Kollege von der FPÖ hat gesagt, es gibt keine Härtefälle, weil es viele verschiedene Förderungen gibt. Das Thema ist aber auf der einen Seite die Kosten und auf der anderen Seite das Einkommen plus die Förderungen, und wenn es sich hier nicht ausgeht vom kleinen Heizkostenzuschuss, ich habe heute das Heizen ohne Sorgen als mein Motto gewählt auch bei meinem dringlichen Antrag, also es ist ein Thema, das hier den Leuten unter den Nägeln brennt, und wir können als Stadt Graz das unterstützen, hätte gerne darüber gesprochen, ihr lehnt es ja ab. Und ganz en passant, lieber Herr Kollege, du hast eingeleitet, dass die FPÖ den Mietzinszuschuss erfunden hat ...

*Zwischenruf KO GR Mag. **Sippel:** Für Alleinstehende und Singles.*

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

... ja, genau, Alleinstehende und Singles. Ich erinnere mich noch gut an die Headline, 2.500 Euro für euren ehemaligen Parteibmann als Mietzinszuschuss bestätigt. Ich glaube, ihr redet hier manchmal von verschiedenen Dingen (*Appl.*).

Dort ist es in Ordnung, und auf der anderen Seite, wenn es unseren Bürgerinnen und Bürgern für Verbesserung gewährt ist, dann wollt ihr nichts davon wissen. Wir stimmen diesem Thema der Dringlichkeit natürlich zu. Wir wollen darüber reden, wir wollen auch Verbesserungen erwirken. Danke dem Antragsteller (*Appl.*).

KO GR **Eber**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, danke zunächst Susi Bauer und der Manuela Wutte für die Zustimmung, dem ist ja natürlich nur sehr wenig hinzuzufügen inhaltlich. Sehr wohl muss man aber natürlich ein, zwei Worte verlieren, was der Kollege Sippel von der FPÖ verzapft hat. Das Problem ist zunächst einmal, die Susi Bauer hat schon darauf hingewiesen, natürlich ist die Mietzinszahlung nicht 2017 eingeführt worden, hätte Armin Sippel den Antrag zumindest gelesen, hätte er gewusst, dass das auch drinnen steht, dass sie 2017 novelliert worden ist. Eingeführt worden ist sie 1997, einstimmiger Gemeinderatsbeschluss, nebenbei bemerkt, die KPÖ hat damals über 17.000 Unterschriften gesammelt, um diese Mietzinszahlung einzuführen. Und erst nach vielen Monaten Diskussion, Verhandlung, auch Protestaktionen vor dem Rathaus war dann der Gemeinderat zum Glück, muss man sagen, so weit, also diesem Antrag dann auch tatsächlich zuzustimmen. Die Härtefälle, die es nicht gibt, die werden sich natürlich bedanken, wenn sie das hören, dass es sie nicht gibt. Ein konkretes Beispiel dazu: Eine alleinstehende Frau, Pensionistin, bekommt eine Pension in Höhe von 1.080 Euro, hat aber Fixkosten, jetzt nur mit der Wohnung, von 590 Euro. Natürlich würde sie eine Mietzinszahlung bekommen, wenn es diese 1.000-Euro-Grenze nicht geben würde, und von daher natürlich der Antrag, noch einmal Dank, Manuela Wutte, natürlich ist dieser Antrag also notwendig und ich ersuche natürlich dennoch um Ihre und eure Zustimmung, damit wir diesen weiterbehandeln können, ansonsten hoffe ich natürlich, dass wir auf andere Art und Weise hier Verbesserungen erwirken können. Dankeschön (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) abgelehnt.
(Neos nicht anwesend)***

8.3 MaklerInnenprovision (GRⁱⁿ Mag.^a Sahar Mohsenzada, KPÖ)

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Einen schönen Nachmittag, liebe Kolleginnen und Kollegen und ZuseherInnen im Livestream. Es geht wieder um das Thema Wohnen. Seit vielen Jahren steigen die Wohnungskosten in Österreich dramatisch. Die Teuerung bei den Mieten liegt immer über der Inflation und ist ein wesentlicher Antrieb der Inflation. Doch nicht nur die laufenden Kosten stellen immer mehr Menschen vor große Probleme – und das nicht erst seit den drastischen Einbußen, die viele Haushalte durch die Pandemie schultern müssen, es sind auch die Wohnungseinstiegskosten, die für viele einfach nicht mehr zu stemmen sind. Zusätzlich zur Kautions trägt die Provision wesentlich zu den hohen Wohnungseinstiegskosten bei. Zwei Brutto-Monatsmieten MaklerInnenprovision sind derzeit in Österreich von den MieterInnen zu zahlen. Die MaklerInnen profitieren auch von den hohen Mieten, denn ihre Honorare sind daran geknüpft. Seit langer Zeit fordert nicht nur die KPÖ, sondern auch MieterInnenschutzorganisationen und die Arbeiterkammer, dass die MaklerInnengebühren von demjenigen übernommen werden soll, der die MaklerInnen beauftragt. Das sind in der überwiegenden Zahl der Fälle die VermieterInnen. Das Thema zieht sich schon lange hin: Nach einer Petition des Grazer Gemeinderates im Jahre 2010 stellte der damalige Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner einen Verordnungsentwurf vor, in dem es zu ersten Entlastungen für MieterInnen kommen sollte: Die Höchstprovision wurde von drei auf zwei Bruttomonatsmieten gesenkt, für die Vermittlung von Wohnungen mit 3-Jahres-Mietverträgen durfte nur noch eine Miete verlangt werden. Ist der Makler auch Verwalter, beträgt die maximale Provision eine halbe Monatsmiete; bei Dreijahresverträgen, bei längeren Befristungen beziehungsweise unbefristeten Verträgen eine Monatsmiete. Das war eine wichtige Verbesserung für viele Menschen. Gegen diese Verbesserung hat sich nur eine Partei gestemmt – zum Glück bislang ohne Erfolg: In einer Petition im Folgejahr wollte die FPÖ erreichen, dass die seit 2010 geltende Beschränkung der MaklerInnengebühren auf höchstens zwei Monatsmieten

wieder abgeschafft wird. Seit Juni 2015 gilt in unserem Nachbarland Deutschland das „Bestellerprinzip“: Wer die MaklerInnen bestellt, bezahlt sie auch. Auch andere europäische Länder wie Großbritannien, Irland, Holland, Belgien, Norwegen und die Schweiz kennen keine automatisch von MieterInnen zu bezahlende Maklerprovisionen. Und von jenen (west)europäischen Ländern, wo dies leider noch üblich ist, liegt Österreich bei der Höhe der Provisionen an der Spitze. Nach einer Unterschriftenaktion der KPÖ, die von 7.871 Menschen unterstützt worden ist, hat sich auch der Ausschuss des Nationalrats mit dem Thema befasst. Aber zwei Jahre lang ist nichts geschehen. Dann ist Hoffnung aufgekeimt, als die ÖVP im Wahlkampf ankündigt hat, das Bestellerprinzip auch hierzulande einzuführen. Seitdem wartet man vergebens. Ankündigungen wurden vor allem in Wahlkämpfen gemacht. „Aus meiner Sicht könnten wir hier das deutsche Vorbild übernehmen, also festlegen, dass derjenige die Maklergebühren bezahlen muss, der auch den Auftrag gibt. Das ist im Regelfall – bei einem Mietvertrag – der Vermieter“, hat Bundeskanzler Sebastian Kurz im Wahlkampf 2019 versprochen. Umgesetzt gesetzt wurde bislang nichts. Es steht auch im aktuellen Programm der Bundesregierung – doch Papier ist geduldig. Es ist also höchste Zeit umzusetzen, was für tausende Menschen, die eine Wohnung suchen, eine bedeutende Erleichterung wäre – und wofür es eigentlich auch in diesem Haus eine breite Mehrheit geben sollte.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber zu beschließen, dass die MaklerInnenprovision von der Person zu bezahlen ist, die den Makler bzw. die Maklerin beauftragt. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit vielen Jahren steigen die Wohnungskosten in Österreich dramatisch. Die Teuerung bei den Mieten liegt immer über der Inflation und ist ein wesentlicher Antrieb der Inflation. Doch nicht nur die laufenden Kosten stellen immer mehr Menschen vor große Probleme – und das nicht erst seit den drastischen Einbußen, die viele Haushalte durch die Pandemie schultern müssen. Es sind auch die Wohnungseinstiegskosten, die für viele einfach nicht mehr zu stemmen sind.

Zusätzlich zur Kautions trägt die Provision wesentlich zu den hohen Wohnungseinstiegskosten bei. Zwei Brutto-Monatsmieten MaklerInnenprovision sind derzeit in Österreich von den MieterInnen zu zahlen. Die MaklerInnen profitieren auch von den hohen Mieten, denn ihre Honorare sind daran geknüpft.

Seit langer Zeit fordert nicht nur die KPÖ, dass die MaklerInnengebühren von demjenigen übernommen werden soll, der die MaklerInnen beauftragt. Das sind in der überwiegenden Zahl der Fälle die VermieterInnen.

Das Thema zieht sich schon lange hin: Nach einer Petition des Grazer Gemeinderates im Jahre 2010 stellte der damalige Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner einen Verordnungsentwurf vor, in dem es zu ersten Entlastungen für MieterInnen kommen sollte: Die Höchstprovision wurde von drei auf zwei Bruttomonatsmieten gesenkt, für die Vermittlung von Wohnungen mit 3-Jahres-Mietverträgen durfte nur noch eine Miete verlangt werden. Ist der Makler auch Verwalter, beträgt die maximale Provision eine halbe Monatsmiete; bei Dreijahresverträgen, bei längeren Befristungen beziehungsweise unbefristeten Verträgen eine Monatsmiete.

Das war eine wichtige Verbesserung für viele Menschen. Gegen diese Verbesserung hat sich nur eine Partei gestemmt – zum Glück bislang ohne Erfolg: In einer Petition im Folgejahr wollte die FPÖ erreichen, dass die seit 2010 geltende Beschränkung der MaklerInnengebühren auf höchstens zwei Monatsmieten wieder abgeschafft wird.

Seit Juni 2015 gilt in unserem Nachbarland Deutschland das „Bestellerprinzip“: Wer die MaklerInnen bestellt, bezahlt sie auch. Auch andere europäische Länder wie Großbritannien, Irland, Holland, Belgien, Norwegen und die Schweiz kennen keine automatisch von MieterInnen zu bezahlende Maklerprovisionen. Und von jenen (west)europäischen Ländern, wo dies leider noch üblich ist, liegt Österreich bei der Höhe der Provisionen an der Spitze.

Nach einer Unterschriftenaktion der KPÖ, die von 7.871 Menschen unterstützt worden ist, hat sich auch der Ausschuss des Nationalrats mit dem Thema befasst. Aber zwei Jahre lang ist nichts geschehen. Dann ist Hoffnung aufgekeimt, als die ÖVP im Wahlkampf ankündigt hat, das Bestellerprinzip auch hierzulande einzuführen. Seitdem wartet man vergebens. Ankündigungen wurden vor allem in Wahlkämpfen gemacht. „Aus meiner Sicht könnten wir hier das deutsche Vorbild übernehmen, also festlegen, dass derjenige die Maklergebühren bezahlen muss, der auch den Auftrag gibt. Das ist im Regelfall – bei einem Mietvertrag – der Vermieter“, hat Bundeskanzler Sebastian Kurz im Wahlkampf 2019 versprochen. Umgesetzt gesetzt wurde bislang nichts. Es steht auch im aktuellen Programm der Bundesregierung – doch Papier ist geduldig.

Es ist also höchste Zeit umzusetzen, was für tausende Menschen, die eine Wohnung suchen, eine bedeutende Erleichterung wäre – und wofür es eigentlich auch in diesem Haus eine breite Mehrheit geben sollte.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber zu beschließen, dass die MaklerInnenprovision von der Person zu bezahlen ist, die den Makler bzw. die Maklerin beauftragt.

GR Mogel:

Liebe Zuhörer zuhause an den Bildschirmen, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, liebe Kollegin Mohsenzada, bringen wir es auf den Punkt, wir haben hier zu dem Thema Neuregelung von Maklergebühren, Maklerprovisionen de facto aus dem Grazer Gemeinderat nicht viele beizutragen und im Endeffekt beschreibst du das ja auch in deinem Antrag. Diskutieren wir doch hier lieber über die Dinge, die wir wirklich beeinflussen können, Dinge, die wir selbst umsetzen können, die in unserem eigenen Wirkungsbereich liegen, z.B., und das ist genau eines dieser Themen, die genau darauf passen. Was wir machen können ist, wir können eigenen günstigen, provisionsfreien Wohnraum schaffen, und das tun wir z.B. aus Sicht der Stadt Graz und das tun wir auch, seitdem der Herr Vizebürgermeister Mario Eustacchio dieses Thema verantwortet so erfolgreich wie noch nie. Ich glaube, das sind die Themen, die wir diskutieren müssen, das, was wir hier im Gemeinderat auch tatsächlich umsetzen können. Danke (*Appl.*).

GR Mag. (FH) Egger:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Ich habe jetzt beim Herausgehen schon gehört, jetzt wird es wieder lustig – nein, es wird nicht lustig, es bleibt sachlich. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil in der Zusammenarbeit der aktuellen Bundesregierung das Maklergesetz neu in Vorbereitung ist, vor dem Sommer mit einer Begutachtung zu rechnen ist und ich schon verstehe, warum jetzt die KPÖ das noch einmal als Thema bringt, weil man natürlich ein Wohnungsthema braucht. Aufgewärmt ist nur ein Gulasch gut. Mahlzeit (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Gemeinderätin Susanne Bauer und in Vorbereitung Frau Gemeinderätin Wutte.
Das Buch „10.000 Schritte“ hat Elke Jauk geschrieben, nur als Information.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Dankeschön, Herr Kollege Egger, die hohen Kosten mit einen Gulasch zu vergleichen, wird denjenigen, die zahlen müssen, nicht schmecken. Wir hatten das schon, Moment, jetzt muss ich nachschauen, 2019 haben wir das hier debattiert. Ich habe es nachgelesen im Protokoll, was jeder von uns hier gesagt hat, was die einzelnen Fraktionen gesagt haben. Es gibt in Österreich das Prinzip, der eine bestellt und der andere zahlt, und das ist Problem. Dir schmeckt das ja wahrscheinlich auch nicht, wenn ich bestelle und dir die Rechnung dann schicke. Das ist etwas, was nicht zusammenpasst, deswegen haben wir hier im Gemeinderat, einzelne Fraktionen, auch als Arbeiterkammer haben wir das gefordert, die Maklerprovision soll der Besteller bezahlen. Jetzt darauf zu verweisen von deiner Seite, dass ja sowieso alles in Vorbereitung ist, halte ich wirklich für halbherzig, dann kann man es auch sagen: Ja, wir bereiten vor, wir können hier in Graz auch dahinterstehen und brauchen es nicht vertagen, wie es jetzt vor kurzem im Parlament von ÖVP und Grünen erfolgt ist. Das wäre wirklich gut, es steht im Regierungsprogramm drinnen, dann kann man es auch durchziehen. Also ich denke, dass man hier sehr wohl dahinterstehen kann und die Maklerprovision als Forderung vertreten soll. Und das ist schade, dieses halbherzige Herumschwimmen, ein bisschen doch, aber eigentlich will ich es nicht. Das hat mir nicht gefallen, Herr Kollege. Wir stehen dafür, dass die Maklerprovision der Besteller zahlen soll und nicht der, der nicht bestellt hat. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Es ist eh einiges gesagt worden, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Wie der Kurt Egger richtig gesagt hat, es ist tatsächlich in Ausarbeitung und in Verhandlung in der Bundesregierung. Aber für mich das kein Argument, jetzt hier dem dringlichen Antrag nicht zuzustimmen, weil inhaltlich stehen wir voll und ganz hinter der Forderung. Das ist etwas, was seit Jahren von unterschiedlichsten Parteien und Interessensvertretungen gefordert wird, und das muss jetzt endlich umgesetzt werden. Und je mehr sozusagen Druck von allen Seiten kommt, dass man da sehr

schnell zum Abschluss kommt, desto besser, deswegen würden wir ebenfalls die Dringlichkeit unterstützen, aber inhaltliche Anmerkungen, weil ich ja noch einmal mit einer Mitarbeiterin in Wien geredet habe, weil jetzt auch Deutschland als Vorbild genannt wurde, das ist ganz interessant. Weil man probiert, auch aus dem deutschen Beispiel zu lernen und ein paar Sachen besser zu machen, weil so wie in Deutschland das Bestellerprinzip eingeführt wurde, wird sehr oft von Vermietern umgangen, also anscheinend wird das dann öfters so abgewickelt, dass die Mieter dann selbst ihre Nachmieter suchen müssen und dass dann statt Provisionen auf einmal Ablösen für die neuen Mieter ins Spiel kommen. Das heißt, es ist gar nicht so einfach, ein Maklergesetz zu finden und rechtlich zu formulieren, das diese ganzen Fälle ausschließt, und dass eben wirklich die, die Wohnung auch vermitteln, also loskriegen wollen, die Vermieter, dann tatsächlich auch die Kosten für den Makler zahlen müssen, was ja im Grunde das Logischste und Selbstverständlichste überhaupt ist. Ein drängendes Thema und ich bin wirklich zuversichtlich, dass es da sehr, sehr bald ein gutes, wasserdichtes Gesetz geben wird (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada.**

So, Kollege Mogel, ich frage mich dann, wozu wir dieses Instrumentarium der dringlichen Anträge haben, wenn wir die Bundesregierung nicht ab und zu an ihre Aufgaben erinnern. Das ist auch unsere Aufgabe. Und Kollege Kurt Egger, wir haben jetzt noch einmal nachgeschaut, genau dieselbe Aussage haben Sie 2019 auch getätigt: Ja, ja, es ist auf Schiene, es passiert schon. Aber es ist nichts passiert. Und ich danke für die Unterstützung von der Kollegin Bauer und von der Kollegin Wutte. Danke vielmals (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

**8.4 Vandalismus, Verschmutzung, Beschmierung – Maßnahmenpaket zum Schutz fremden Eigentums
(KO GR Mag. Armin Sippel, MPA, FPÖ)**

KO GR Mag. **Sippel:**

Hoher Gemeinderat, geschätzte Zuhörer via Livestream. Farbbeutel gegen Hausfassaden, politische Parolen, meist ist es ja nur Gekritzel an Wänden, die achtlose Verschmutzung des öffentlichen Raumes, man führe sich die Müllberge im Stadtpark vor Augen oder die Devastierung städtischen Eigentums, beispielsweise neugeschaffene Sitzgelegenheiten, wo mit Skateboards drüberrydirt wird, auch nicht unbedingt Respekt vor Eigentum, und dieser Respekt hat sichtlich in letzter Zeit nachgelassen. Und jetzt kommen auch noch die Demonstrationen ins Spiel zu unterschiedlichen Themen, aber immer mit den gleichen Leuten. Ein gutes Beispiel dafür ist ja dieser gelbe ominöse Bus. Das ist im Übrigen der Bus, der auch Bekanntheit über die Grenzen hinaus erlangt hat bei einer Klimademo, weil hinten das Benzinaggregat, das stinkende, drinnen gestanden ist, der ist jetzt auch wieder bei der letzten Demo eingesetzt worden, also das ist ja das Indiz dafür, dass es sich themenunabhängig immer um dieselben Leute handelt. Um am 5.6. fand eine Demonstration unter dem Titel „Grenzen töten“ statt, wo auch schon im Vorfeld mit Spraydosen an Hauswänden angekündigt wurde, dass diese Demonstration auch stattfindet. Der einzige Unterschied war bei dieser Demonstration, gleiche Leute, dass man jetzt auch den schwarzen Block eingeladen hat, also die Linksradi-kalen, die Gewaltbereiten, und die sind dann so mit geschmacksvollen Plakaten durch die Stadt gezogen, wo oben gestanden ist „Feuer und Flamme den Abschiebbehörden“. Also ich sehe da eher eine gefährliche Drohung, also der Verfassungsschutz sollte sich das jedenfalls ansehen, sei es drum. Zufällig wurden dann in der Nacht zwischen 1.00 und 2.00 Uhr in der Früh zwei Kooperationshäuser mit Farbbomben beworfen und es entstand beträchtlicher Sachschaden. So eine Farbbombe auf einer historischen Fassade kostet dann gleich einmal vom Wert her, vom Sachschaden her, mehrere 10.000 Euro.

(zeigt Fotos)

Und ich habe auch für die Zuseher via Livestream ein paar Bilder mitgebracht, wie das dann aussieht, wie diese Farbbomben auch wirken, was da angerichtet wird, das ist in dem Fall in der Halbärthgasse bei einer studentischen Kooperation. Ähnliches Bild in der Leonhardstraße bei einer Schülerverbindung, wo dann noch einmal vorgestern die Rabauken vorbeigezogen sind und noch einmal Übergriffe in Form von Sachbeschädigung getätigt haben. Und das zeigt auch, wie dringlich diese Initiative ist und wie groß der Handlungsbedarf natürlich ist. Klarerweise lässt sich das nicht beweisen, das da die gleichen Leute waren, aber die zeitliche Nähe, zuerst Demonstration, dann Sachbeschädigung, ist zumindest sehr, sehr auffällig. Sehr geehrte Damen und Herren, in der Menschenrechtsstadt Graz haben politisch motivierte Übergriffe auf Andersdenkende, egal ob das jetzt auf Eigentum oder auf Personen ist, keinen Platz und darüber müssen wir diskutieren. Darüber müssen wir reden, denn Schutz des Eigentums ist auch Menschenrecht, mehr dazu im Übrigen im Artikel 1 des Ersten Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention. Und als Menschenrechtsstadt haben wir hier eine besondere Verpflichtung, uns um den Schutz des Eigentums auch zu kümmern, und deshalb gibt es ein Maßnahmenpaket, das wir auch konstruktiv hier vorschlagen. Wir wollen einmal erheben lassen, wie hoch der Schaden eigentlich tatsächlich ist, durch diese Vandalenakte verursacht. Wir können das nur einmal natürlich auf öffentlichen Gebäuden erheben lassen, es wäre aber selbstverständlich auch interessant zu wissen, wie viel Schaden hier auch Privaten entsteht. Wir wollen Initiierung, eine Aufklärungskampagne zur Bewusstseinsbildung unter dem Motto „Sachbeschädigung ist kein Kavaliersdelikt“. Ich glaube auch, dass diese Schmierfinken einmal wissen sollten, welchen Schaden sie tatsächlich anrichten. Da würde eine Aufklärungskampagne sicher auch etwas bewirken, und klarerweise braucht es besseren polizeilichen Schutz von exponierten Gebäuden, vor allem in zeitlicher Nähe zu diesen besagten Demonstrationen. Denn mittlerweile müssen ja leider nicht mehr nur religiöse Gebäude geschützt werden, ich erinnere da an den dauerhaften Polizeischutz bei der Synagoge oder bei anderen anerkannten Gebäuden von

Religionsgemeinschaften, mittlerweile müssen wir wirklich darüber nachdenken, ob man nicht in zeitlicher Nähe zu diesen Demonstrationen auch Vereinsgebäude oder auch Parteizentralen schützt. Wir brauchen auf jeden Fall hier eine bessere Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden, und zwar zum Schutz des Eigentums, egal ob das jetzt die ÖVP-Zentrale ist, egal ob das eine Burschenschaft ist oder auch ein Universitätsgebäude. Und als letzter Punkt: Prüfung einer Förderung durch die Stadt von leichter zu reinigenden Wandanstrichen, da gibt es Nanotechnologie, das kann man auftragen, dann kann man das zumindest leichter runterputzen, für private Hausbesitzer. So ein Fonds wäre sinnvoll. Ich darf Sie deshalb auffordern, mit Ihrer Zustimmung sich für eine schönere und lebenswertere Menschenrechtsstadt, wo Eigentum auch geschützt wird, stark zu machen. Danke (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Ob Farbbeutel gegen Hausfassaden, politische Parolen an Wänden, die achtlose Verschmutzung des privaten und öffentlichen Raumes oder die Devastierung städtischen Eigentums – der Respekt vor fremden Eigentum hat sichtlich nachgelassen. Vor allem der zeitliche Zusammenhang von Demonstrationen und Sachbeschädigungen, die in letzter Zeit vermehrt an Parteizentralen, Denkmälern oder auch an Vereinssitzen von Traditionsverbänden auftreten, ist auffällig. Nicht jede Schmiererei ist gleich ein Graffiti. Zumeist findet man nur Gekrakel, sinnlos aneinander gereimte Worte oder den Versuch, durch provozierende Wortwahl seinem Ärger Luft zu machen. Oftmals scheint den Vandalen und Schmierfinken gar nicht bewusst zu sein, welchen Schaden sie anrichten. So kann ein einziger Farbbeutel an einer historischen Fassade bereits mehrere 10.000 Euro Schaden verursachen. Graz rühmt sich, eine der schönsten und lebenswertesten Städte der Welt zu sein. Es wird mit einer schönen, sauberen und lebendigen Stadt auf touristischer Ebene geworben. Diesem Versprechen wird Graz zurzeit nur bedingt gerecht. Ziel muss es sein, auch in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden den Schutz des Eigentums – egal ob Partei-Zentrale, Burschenschaft oder Uni-Fassade, insbesondere in

zeitlicher Nähe zu den Kundgebungen zu gewährleisten sowie die privaten Hausbesitzer bei dieser Art des Vandalismus nicht alleine zu lassen.

Um Graz wieder ein Stück sauberer zu machen und den nötigen Respekt vor fremden Eigentum zu stärken, ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- *Erhebung des tatsächlichen Sachschadens an öffentlichen Gebäuden infolge Vandalismus, Graffiti & Co. der letzten fünf Jahre durch die Abteilung für Immobilien*
- *Initiierung einer Aufklärungskampagne über die städtischen Informationskanäle, zum Beispiel über die BIG, zur Bewusstseinsbildung unter dem Motto: „Sachbeschädigung ist kein Kavaliersdelikt“*
- *Die zuständigen Stadtsenatsmitglieder mögen sich für einen besseren polizeilichen Schutz von exponierten Gebäuden vor allem in zeitlicher Nähe von Kundgebungen einsetzen*
- *Prüfung einer Förderung der Stadt von leichter reinigbaren Wandanstrichen für private Hausbesitzer. Das städtische Erscheinungsbild und damit auch die touristische Anziehungskraft von Graz würde dadurch enorm profitieren*

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (15.38 Uhr).

StRⁱⁿ **Kahr:**

Weil ja, wie vorhin schon angesprochen worden ist, ich ja viel mit dem Wohnen zu tun habe, in der Vergangenheit und natürlich auch jetzt sind immer wieder Leute zu uns gekommen. Das ist tatsächlich wahr, dass es ärgerlich ist, wenn du als Eigentümer eines Objektes, egal ob das jetzt ein städtisches Wohnhaus ist, ein privates ist, ob Einfamilienhaus oder was auch immer, dann streichst du es gerade, steht etwas oben, ein paar Monate später wieder. Also wir haben das ja auch auf unseren städtischen Objekten sehr oft, im Übrigen auch auf unserem Volkshaus in der Lagergasse ist es auch regelmäßig, in der Schützgasse das. Jetzt ist es relativ irrelevant, was da oben steht, hoffentlich nichts, das gegen irgendwelche Staatsgesetze ist, aber egal, ob da oben steht „Ich liebe Susi“ oder einfach ein Smiley oben ist. Es ist einfach nicht klasse, um das so zu sagen, und ärgert zu Recht sehr viele, und da gibt es auch unterschiedliche Überlegungen, wie man sozusagen auch Eigentümer hier gut beraten kann, um das sozusagen abwaschbarer zu machen. Einige Gedanken habt hier ja angesprochen, und ich möchte das einfach nur hier anmerken, weil wir werden jetzt der Dringlichkeit nicht zustimmen, wir würden aber gerne dem Punkt 1 und 2 zustimmen, weil das halten wir für vernünftig. Und im Übrigen wäre es sinnvoll, hier eigentlich auch, ich weiß nicht, ob es die Möglichkeit hier irgendwie gibt, in welchen Ausschuss das passen würde, aber da gute und praktische Tipps zu geben, würde ich hier für sinnvoll erachten, weil die gibt es (*Appl.*).

GR Mag. **Kuhn:**

Wie die Kollegin Elke Kahr eben schon gesagt hat, es ist natürlich unangenehm, wenn auf Häuserwänden Parolen stehen unterschiedlicher Art, da sind auch unterschiedliche Leute betroffen. Es ist ja nicht so, dass hier eine Gruppe ausgelassen wird, man muss auch unterscheiden, deshalb ist es etwas eigenartig, wenn man sagt, Aufklärungskampagne in der BIG, dass sehr wohl Leute wissen, was sie tun, und man muss einfach unterscheiden zwischen jenen, die einfach das mit ihrer politischen Agitation verwenden, andererseits aber auch Leute, wie die Elke eben gesagt hat,

irgendwas hinaufsprayen oder malen. Die zweitere Gruppe könnte man sehr wohl auch stark abholen, dass man einfach mehr Wände ganz offiziell zur Verfügung stellt, da kann man ganz viel abholen. Ich habe das schon ganz oft gesagt, entlang der Mur. Es gibt auch ganz viele Flächen, die auch bewusst eben man auch zur Verfügung stellen könnte. In Graz gibt es leider nur zwei Stellen, der Saubermacher, das nutzen auch viele, da kann man ganz viel kanalisieren, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wien macht das ja, Wien hat entlang von der Donau ganz viele Flächen, da kann man auch ganz viele Leute sozusagen auch hinbringen, wenn man sieht, das funktioniert gut, die anderen wird man wahrscheinlich nicht mit solchen Aktionen natürlich wegbringen. Wie gesagt, es sind alle betroffen, also das ist jetzt nicht ein Unikat davon. Dann mit dieser Geschichte, dass das die Stadt übernehmen soll, es gibt Versicherungen natürlich. Die Frage müssen wir uns halt auch stellen: Wo endet das? Also wenn man z.B. natürlich anderswertig etwas zerstört, eine Fensterscheibe oder ich weiß nicht was: Wo zieht man da die Grenzen? Was noch ein wesentlicher Punkt ist, die Erhebung. Warum soll man das erheben? Man sieht das ja eh, also muss ich sagen, bei den Demonstrationen ist es auch so, da nehme ich an, dass die Polizei verstärkt schaut bei Demonstrationen, was passiert, dort, glaube ich, wird auch eine hoher Wert darauf gelegt. Bei dem Tourismus, dass das jetzt den Tourismus einbremst, glaube ich persönlich nicht. Man muss nur einmal schauen, in der Stadt Berlin oder in der Stadt Athen, da sind natürlich ganz viele Graffitis an den Häuserwänden, teilweise auch schöne, aber ich glaube, die Hausbesitzer und Hausbesitzerinnen sind auch nicht immer ganz glücklich, auch wenn schöne dort sind, aber viele Leute fahren dann dort auch bewusst hin. Also ich würde, wie gesagt, das trennen voneinander, und aus diesem Grund würden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber auch dem Inhalt nicht (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) angenommen.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Und wieso zeigst du dann auf, Dani Gmeinbauer? Du hast nicht aufgepasst, darauf darf ich dich aufmerksam machen.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Passt schon. Die Dringlichkeit ist gegeben. Möchte jemand zum Inhalt eine Wortmeldung?

StRⁱⁿ Kahr:

Ich muss mich melden zum Inhalt. Nachdem die Wiederholung der Abstimmung dazu geführt hätte, dass die ÖVP auch zugestimmt hätte, werde ich jetzt nicht blöd herumtun, aber ihr habt falsch abgestimmt, aber egal. Ich wollte eigentlich zu einem anderen Punkt was sagen, und zwar das, was der Gemeinderat Kuhn gesagt hat, weil das ist durchaus richtig, und da muss ich aber auch ehrlicherweise sagen, gibt es eh schon sehr viele Fortschritte, nämlich Flächen zur Verfügung zu stellen für Graffitis usw. Das kann man natürlich noch verstärken, gibt es aber recht gute Entwicklungen in die Richtungen, und da kann man durchaus erfreut sein über manche Fassaden, die sozusagen wirklich auch mit schönen Sachen und wirklich Kunstwerken regelrecht erscheinen, und da möchte ich auch ganz zuletzt darauf aufmerksam machen, und das sollten wir eigentlich noch verstärken, wir haben erst vor kurzem am Römerweg nämlich auch mit Jugendlichen, die das gar nicht professionell gemacht haben, sondern wirklich einfach sich gewünscht hätten, auf einer öffentlichen Fläche das einmal zu machen, ermöglicht. Und in die Richtung sollten wir auch gehen. Das halte ich für vernünftig (*Appl.*).

KO GR Ehmann:

Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen im Livestream, lieber

Antragsteller, lieber Armin. Auch wir haben uns das angesehen und gut überlegt, ob es jetzt tatsächlich dringlich ist, haben wir auch anders gesehen die Dringlichkeit, aber ok. Es ist anlassbezogen jetzt natürlich aufgrund der Vorfälle, die halt passiert sind, aus eurer Sicht, weil die Dringlichkeit wäre ja damals genauso gegeben gewesen. Ich erinnere, ist jetzt zwar eine andere Fraktion, aber wie damals bei den Grünen das Parteihaus beim Dach überschüttet wurde, da hätte man vielleicht auch einen dringlichen derartigen Antrag stellen können, das war damals halt nicht der Fall, wurde anders gesehen, heute wird es so gesehen, ja, ist ok. Sachbeschädigung ist tatsächlich kein Kavaliersdelikt, das sehen wir selbstverständlich auch so. Also auch Farbbeutel an Wände zu schmeißen, Eigentum hier zu verunstalten und zu schädigen, das soll natürlich nicht sein, wobei ich beim Malen bei den Graffitis und bei der Zurverfügungstellung von Wänden dies grundsätzlich persönlich auch begrüße, aber immer insofern ein bisschen skeptisch bin. Ich glaube, das Problem, das dabei besteht, ist doch, dass es eben offensichtlich für manche motivierten Graffiti-Sprayerinnen und -Sprayer halt nicht so interessant ist, wenn man es wo darf, und ich glaube, das ist ja eines der Hauptprobleme, die da bestehend sind. Also insofern ist vielleicht eine Aufklärungskampagne schon im Bereich zuvor, also präventiv gesehen, vielleicht doch zielführend. Also wir ersuchen euch auch, hier das zu überlegen, ob hier getrennte Abstimmung vorgenommen werden kann, weil wir würden auch den Punkt 1 und 2 unterstützen, also auch die Erhebung des tatsächlichen Schadens und die Initiierung der Aufklärungskampagne, und würden aber im Zuge der Aufklärungskampagne auch ersuchen, darauf Rücksicht zu nehmen, dass es genauso wie bei Sachbeschädigung und hier Verunreinigungen auch um Verhetzung, Diskriminierung und viele andere politische Bereiche geht, und Verunglimpfungen, die hier im Zusammenhang damit stattfinden, und wir wollen hier gleichzeitig einen Zusatzantrag einbringen zum Punkt 2, wenn man so will, zu der Aufklärungskampagne. Die im 2. Punkt des Antragstextes angesprochene Bewusstseinskampagne möge um nachfolgendes Motto erweitert werden: „Verhetzung, Rassismus und Diskriminierung etwa aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sexueller Orientierung sind keine Kavaliersdelikte.“

Also wir werden ersuchen, hier diesen Zusatzantrag zusätzlich aufzunehmen, dann, wie gesagt, wir können Punkt 1 und 2 auch unterstützen. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich nachfolgenden

Zusatzantrag:

Die im zweiten Punkt des Antragstextes angesprochene Bewusstseinskampagne möge um nachfolgendes Motto erweitert werden:

„Verhetzung, Rassismus und Diskriminierung etwa aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sexueller Orientierung sind keine Kavaliersdelikte“

KO GR Mag. **Sippel:**

Ich darf mich einmal bedanken für die Diskussion, für den einen oder anderen Vorschlag. Ja, Graffiti-Kunst in allen Ehren, das meiste hat mit Kunst wenig zu tun. Das ist halt, aus welcher Motivation auch immer, letztlich Sachbeschädigung, und in einer Bewusstseinskampagne geht es eben darum, dass man darauf hinweist, dass es kein Kavaliersdelikt ist. Und die Erhebung dient dazu, um einmal wirklich plakativ darzustellen, welche Schäden hier den Privaten, aber auch der Öffentlichkeit entstehen. Und was ich jetzt nicht ganz verstehe, ist, dass man hier jetzt bei Menschenrechten unter Schutz des Eigentums, das ist ein Menschenrecht, genauso wie das Diskriminierungsverbot ein Menschenrecht ist, dass man da jetzt beginnt, vor allem von den selbsternannten Menschenrechtsparteien da ein bisschen, das eine Menschenrecht ist mehr wert und das andere weniger, dass man sich hier jetzt auch dagegen auch verwehrt, dem zuzustimmen und dem auch Dringlichkeit zuzuerkennen. Es war noch nie so schlimm wie jetzt, ich glaube, darauf können wir uns verständigen,

lade ein, einmal eine Stadttour vor allem durch den Bezirk Geidorf rund um die Uni zu machen und einmal mit offenen Augen da herumzuspazieren und zu schauen, wie viel hier auch tatsächlich devastiert ist, angesprayed ist, und das ist etwas, was nicht unbedingt einer Stadt auch gut tut, die touristisch, und selbstverständlich auch damit wirbt, eine der lebenswertesten und saubersten Städte der Welt zu sein, also insofern gibt es da Handlungsbedarf, aus unserer Sicht dringlich. Über eine getrennte Abstimmung können wir, glaube ich, diskutieren, und der Zusatzantrag vom Kollegen Ehmann, also das ist natürlich Thema, keine Frage, ich glaube, da haben wir uns schon diesbezüglich oft genug geäußert, nur das hat jetzt mit dem ursprünglichen Antrag, nämlich jetzt für Schutz des Eigentums zu sorgen, nicht wirklich etwas zu tun, deshalb findet der Zusatzantrag keine Zustimmung. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 1) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 2) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 3) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 4) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) abgelehnt.

**8.5 Corona-Impfung: Finger weg von unseren Kindern!
Petition an den Gesundheitsminister Dr. Mückstein
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, FPÖ)**

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer im Livestream. Heute geht es mir um ein ganz wichtiges Thema als Mutter, nämlich um die Impfeempfehlung des Gesundheitsministers für alle Kinder ab 12 Jahren, eine uneingeschränkte Impfeempfehlung, also egal, ob Kinder eine Vorerkrankung haben oder vollkommen gesund sind, alle sollen geimpft werden. Und ich sage es gleich vorweg, ich bin keine Impfgegnerin, meine Kinder sind gegen alle Kinderkrankheiten geimpft, aber eine Impfung soll eben den Geimpften schützen, und Corona ist keine Kinderkrankheit. Selbst die Deutschen, was mich richtig gewundert hat, sehen das etwas kritischer als der grüne Gesundheitsminister, sie sprechen nämlich nur eine Impfeempfehlung für Kinder mit Vorerkrankungen aus. Und ganz anders der Vorstandsvorsitzende des Weltärztebundes, Dr. Frank Ulrich Montgomery, der weigert sich gänzlich, eine Impfeempfehlung auszusprechen. Er sagt, dass sich aufgrund der wenigen vorhandenen Daten zum Impfstoff noch keine Aussage über das Risiko einer Impfung bei Kindern tätigen lässt und dass die Studienlage absolut noch ergeben kann, dass das Risiko einfach zu groß ist, dann wird man sogar von der Impfung abraten müssen. Und ich meine, das ist ja nicht irgendjemand, der Präsident des Weltärztebundes, und trotzdem bleibt man in Österreich bei der Meinung und zieht das mit der Empfehlung für alle Kinder durch. Aber zum Glück gibt es auch in Österreich schon Widerstand, es haben sich 120 Ärzte und Ärztinnen zusammengeschlossen und eine Initiative gegründet, dazu gibt es auch ein Video, das findet man unter #wirzeigenunserGesicht. Das ist absolut sehenswert und empfehlenswert für alle Eltern zur Meinungsfindung und Meinungsbildung, und natürlich untermauern die ihre Kritik mit vielen Argumenten, beispielsweise dass die Zulassung des Impfstoffes von Biontech/Pfizer wiederum nur eine Notzulassung ist, und Not ist bei den aktuellen Neuerkrankungen ja wirklich nicht zu erkennen, und bei Kindern schon gar nicht. Dann erwähnen sie die Risiko-Nutzen-Abwägung, da besteht bei Kindern eigentlich überhaupt keine

Notwendigkeit, weil Kinder, das weiß die Wissenschaft, haben einen harmlosen Verlauf, es gibt kaum schwere Verläufe, geschweige denn, dass ein Kind versterben würde, und da wird eben abgewogen das Risiko einer Impfung mit der geringen Datenlage, mit den zu kurzen Beobachtungszeiträumen. Es gibt keine Langzeitfolgenkenntnisse noch, was Impfschäden betrifft, Impfreaktionen und eben schwerwiegende Nebenwirkungen. Das heißt, es gilt abzuwägen, gesunde Kinder und eben das Unwissen noch eines nicht fertiggetesteten Impfstoffes. Dann erwähnen sie noch, also diese Ärzte, dass die neuen genbasierten Impfstoffe nicht mit althergebrachten Impfstoffen vergleichbar sind und dass noch niemand abschätzen kann, wie sich der Impfstoff auf das kindliche Immunsystem auswirken wird. Und dieser Impfstoff für Kinder befindet sich ja noch in der klinischen Studie, in Phase 3. Das heißt, es wird auch von diesen Ärzten als unmoralisch bezeichnet, dass Kinder ungefragt zu Studienteilnehmern gemacht werden, dass sie als Versuchskaninchen hergenommen werden, das bezeichnen diese Ärzte als unmoralisch und das empört uns und mich als Mutter wirklich zutiefst, wie da mit der Gesundheit unserer Kinder umgegangen wird. Es gibt noch zwei Punkte, die uns auch noch sehr wichtig sind. Und zwar wir sprechen uns ganz klar gegen eine Impfpflicht durch die Hintertür für Kinder aus, und der Gesundheitsminister Mückstein hat ja schon festgestellt, dass er sich Impfungen im Herbst in Schulen vorstellen kann, um den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten. Und da sehen wir schon die Gefahr wieder eines indirekten Impfdrucks den Eltern gegenüber, die sagen, wenn ihr wollt, dass die Kinder in die Schule gehen können und es nicht wieder zu Home-Schooling kommt, könnt ihr schauen, wie ihr Home-Schooling und Home-Office unter einen Hut bringt, dann lasst eure Kinder impfen. Oder indirekter Impfdruck für die Jugendlichen: Liebe Jugendliche, wenn ihr keine soziale Isolation mehr erleben wollt, dann lasst euch schön brav impfen, und dagegen versperren wir uns vehement (*Appl.*).

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt für uns ist noch, der von der Bundesregierung vollkommen ausgespart wird, dass Kinder Rechte haben, Grundrechte, und diese Rechte werden seit 15 Monaten mit Füßen getreten. Sie haben ein Recht auf Bildung, auf uneingeschränkte Bildung, sie haben ein Recht auf körperliche Unversehrtheit, sie

haben ein Recht auf ein soziales Leben, das heißt, ein Recht auf Spiel- und Freizeit, und zwar ohne Einschränkung, ohne einen Impfstatus oder eine Impfung, die dann dafür die Eintrittskarte sein soll. Und daher ergeht im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Grazer Gemeinderat fordert Gesundheitsminister Dr. Mückstein am Petitionswege auf, die auf einer mangelhaften Datenlage aufgebaute verbindliche Impfempfehlung für Kinder zurückzunehmen.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das Nationale Impfgremium in Österreich, der grüne Gesundheitsminister

Dr. Mückstein sowie die Ärztekammer empfehlen die Corona-Impfung für Kinder ab 12 Jahren uneingeschränkt. Damit schließen sie sich der Empfehlung der europäischen Arzneimittelagentur und der Zulassungsbehörde EMA an.

Die Ständige Impfkommission (STIKO) in Deutschland sieht das kritischer. Sie spricht eine andere Empfehlung aus – nämlich Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren nur dann zu impfen, wenn sie aufgrund von Vorerkrankungen ein erhöhtes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf haben.

Der Vorstandsvorsitzende des Weltärztebundes Dr. Frank-Ulrich Montgomery spricht sich laut Bericht der Kleinen Zeitung vom 26.5.2021 gegen die Impfung Minderjähriger aus. „Gegenwärtig gibt es noch zu wenig Daten, die Aussagen über das Risiko der Corona-Impfung bei Kindern zulassen“, sagt der deutsche Radiologe und weigert sich,

Minderjährigen eine Corona-Impfung zu empfehlen. Es sei bekannt, dass der Krankheitsverlauf bei Kindern deutlich geringer und weniger gefährlich sei als bei Erwachsenen oder Betagten. Laut Montgomery könne die Studienlage auch ergeben, dass das Risiko der Impfung von Kindern größer ist als das der Erkrankung in dieser Altersgruppe. „Dann wird man sogar von der Impfung abraten müssen“, so der Vorstandsvorsitzende.

Auch in Österreich regt sich großer Widerstand. Über 120 Mediziner sprechen sich in einer Video-gestützten Initiative gegen die Impfung von Kindern aus. Unter #wirzeigenunserGesicht ist das Video im Internet zu finden. Die Ärzte kritisieren, dass die Empfehlungen seitens des Gesundheitsministers sowie der Ärztekammer nicht mit dem aktuellen Stand der Wissenschaft übereinstimmen und sie sehen es als ihre moralische Verpflichtung an, darauf hinzuweisen. Und natürlich untermauern sie ihre Kritik mit zahlreichen Argumenten über die Eltern unbedingt nachdenken sollten, bevor sie ihre Kinder leichtfertig impfen lassen:

- Es handelt sich bei der Zulassung des Impfstoffes von Biontech/Pfizer wieder nur um eine Notzulassung. Obwohl die Zahl der Neuansteckungen wirklich keine Not erkennen lässt. Die Studie, die in den USA durchgeführt wurde, hatte eine viel zu geringe Anzahl an Kindern, um daraus sichere Daten für eine Massenimpfung abzuleiten.*
- Es gibt keine Notwendigkeit, Kinder gegen SARS-COV-2 impfen zu lassen, da der Verlauf der Krankheit bei Kindern in den meisten Fällen harmlos ist. Bei jedem medizinischen Eingriff muss eine Risiko-Nutzen-Analyse gemacht werden. Der kaum auftretende schwere Krankheitsverlauf bei Kindern steht der geringen Datenlage, einem sehr kurzen Beobachtungszeitraum und fehlender Langzeitstudien gegenüber.*
- Die neuen genbasierten Impfstoffe sind nicht mit den althergebrachten Impfstoffen vergleichbar. Niemand kann die Auswirkungen auf das kindliche Immunsystem abschätzen. Die Substanzen sind immer noch in einem*

experimentellen Stadium. Sie befinden sich erst in Phase 3 einer klinischen Studie.

- *Ein Erwachsener kann alle Für und Wider der Impfung abwägen und selber entscheiden, ob er sich einem Risiko aussetzen möchte und bei einer Studie mitmachen möchte. Aber Kinder zu Studienteilnehmern zu machen, ist unmoralisch.*

Wir, die FPÖ, sprechen uns ganz klar gegen eine Impfpflicht durch die Hintertür aus. Gesundheitsminister Dr. Mückstein hat jedoch schon festgehalten, dass er sich ein Impfen in Schulen im Herbst vorstellen kann, um den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten.

Ein wesentlicher Punkt wird dabei von dieser Bundesregierung übersehen: Kinder haben Rechte! Das Recht auf uneingeschränkte Bildung, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Spiel und Freizeit.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Grazer Gemeinderat fordert Gesundheitsminister Dr. Mückstein am Petitionswege auf, die auf einer mangelhaften Datenlage aufgebaute verbindliche Impfempfehlung für Kinder zurückzunehmen.

GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera**:

Hohe Stadtregierung, geschätzte Hörerinnen und Hörer bzw. Seherinnen und Seher im Livestream, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Montgomery, der Präsident der Ärzte, der internationalen, ist Radiologe. Der Impfstoff ist ausreichend getestet, sonst wäre er nicht zugelassen worden, aber ich bin Medizinerin und als solche Naturwissenschaftlerin. Naturwissenschaftlern sagt man nach, dass sie sehr nüchtern auf Fragestellungen zugehen, deshalb bleiben wir lieber ganz auf der Sachebene. Die Grundlage eines Staates ist die Vernunft, dieser Satz ist 400 Jahre alt und stammt vom englischen Sozialtheoretiker und Philosophen Thomas Hobbes. Wenn man Hobbes Thesen und Sätze weiterverfolgt und die für heute zusammenfasst, dann kommt man zu der Erkenntnis, dass in einer Demokratie der Souverän das Volk ist. Der Souverän bestimmt ein Gremium, wir können das heute Regierung nennen, das die Pflicht hat, dem wird die Pflicht auferlegt, für ein gedeihliches Miteinander zu sorgen, dafür sind bestimmte Regeln erforderlich und Empfehlungen. Er hat vor 400 Jahren von Demokratie gesprochen, er war wirklich ein Vordenker, denn vor 400 Jahren, im 17. Jahrhundert, war in keinem Staat von Demokratie die Rede, heute haben wir Gott sei Dank Demokratie und ein Gremium, nämlich die Regierung, die sich in allen Bereichen des Lebens darum kümmert, dass es ein gedeihliches und vernünftiges Zusammenleben gibt. Und deshalb gibt es Regeln für den Verkehr, es gibt Regeln für die Gesundheit, es gibt Regeln für die Bildung. Die meisten dieser Regeln oder sehr viele davon sind festgeschrieben, z.B. das Helmtragen beim Motorradfahren. Es gibt welche, die sind nicht festgeschrieben, oder sind auch festgeschrieben, nämlich das Anschnallen des Sicherheitsgurtes im Flugzeug. Es gibt andere, die sind wirklich gar nicht festgeschrieben, man macht es aber trotzdem, dass man im öffentlichen Raum keinen Müll hinterlässt, und es gibt auch Regeln für die Gesundheit, und darunter finden sich die Empfehlungen für gewisse gesundheitszuträgliche Handlungen, und dazu gehören Impfungen. Wir hatten vor vielen Jahren die Pockenimpfung, die die meisten über sich ergehen lassen haben. Wir hatten die Diskussion um die Röteln-Masern-Mumps-Impfung. Wir hatten Diskussion um alle Impfungen, weil eine Impfung ein Eingriff in die Gesundheit ist, zum Positiven oder zum Negativen, meist zum

Positiven, das hat sich vielfach gezeigt und so ist es auch hier. Es ist eine Empfehlung, von einer verbindlichen Empfehlung kann nicht die Rede sein, weil das ist ein Widerspruch ins sich, aber es ist eine Empfehlung der Experten, das nationale Impfgremium ist ein Expertengremium ...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Bitte zum Ende kommen, Daisy.

GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera:**

... ja, von 18 Personen, die sich sehr eindringlich damit befassen und auch Fachleute auf diesem Gebiet sind und daher werden wir dem Antrag nicht zustimmen, auch der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir denken, dass jeder dieser Empfehlung nachkommen kann oder auch nicht. Es ist eine freie Entscheidung, es ist keine Impfpflicht, sondern eine Empfehlung (*Appl.*).

GR Mag. **Haßler:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer zuhause im Livestream. Die überfüllten Intensivstationen in den vergangenen Monaten und die Zahl der mit Corona in Verbindung stehenden Todesfälle, die enormen Probleme, die viele Menschen aufgrund von Langzeitfolgen haben, das alles zeigt uns, dass Covid 19 wahrlich nicht zu unterschätzen ist. Und ich glaube, auch innerhalb der FPÖ gibt es da unterschiedliche Ansätze, ich denke nur an euren oberösterreichischen Landesvorsitzenden, der leider ja auch schwer davon betroffen war von diesen Folgen dieser Pandemie. Und wer jetzt glaubt, die Bedrohung wäre vielleicht vorbei, weil es jetzt momentan besser ist, da sieht man eh schon die nächsten Vorzeichen auch in Großbritannien mit der Delta-Mutation, und ich befürchte leider, dass auch wir noch da die ein oder andere Auswirkung davon zu spüren bekommen werden und ebenso, wie das, was ich vorher gesagt habe, dass man

das nicht kleinreden kann. Ebenso ist es bei den Kinder, wo man zuerst geglaubt hat, dass die eigentlich kaum davon betroffen sind, hat sich das auch als Irrtum herausgestellt. Es gibt durchaus schwere Verläufe auch bei Kindern, also auch dort kann man das Ganze sicher nicht so abtun, dass das dort mehr oder weniger nichts anderes als ein besserer Schnupfen ist, der dadurch ausgelöst werden kann. Und wenn ich jetzt zum Antrag komme, ich habe es am Beginn selbst ausgeführt, dass das Nationale Impfgremium in Österreich und der Gesundheitsminister und auch die Ärztekammer die Empfehlung ausgesprochen hat, weil sie sich selber damit beschäftigt haben und weil natürlich auch Expertinnen und Experten auf europäischer Ebene, die Zulassungsbehörde, sehr intensiv sich das angeschaut hat und festgestellt hat aus ihrer Sicht, dass eben der Nutzen die Risiken überwiegt. Und ihr wollt jetzt diese Empfehlung sozusagen verbieten, andererseits habt ihr selber auch von Empfehlungen oder hast du in deinem Antrag von Empfehlungen gesprochen, die Impfgegner ausgesprochen haben, und aus meiner Sicht ist das jedem unbenommen, Empfehlungen auszusprechen. Auf der einen Seite gibt es welche, die empfehlen es, sich impfen zu lassen, auf der anderen Seite gibt es andere, die empfehlen, sich nicht impfen zu lassen, weil es gefährlich ist. Und ich finde, meine Empfehlung wäre, dass jeder für sich selbst den Hausverstand einschaltet und selbst dann eine Entscheidung trifft. Ich kann es für mich selber sagen, ich bin glücklicherweise aufgrund meines Alters jetzt mit einer Teilimpfung ausgestattet, ich könnte jetzt ohne Testen mich frei bewegen, ich tu es aber nicht, weil noch nicht gesichert ist, dass ich nicht Überträger sein kann. Ich habe ein Enkelkind, das kann sich so oder so nicht impfen lassen. Aus meiner Verantwortung heraus habe ich entschieden, dass ich mich weiter auch testen lasse, und so würde ich es auch mit diesen Empfehlungen halten, ich will keinem verbieten, dass er etwas empfiehlt, und ich empfehle jedem, mit seinem Hausverstand eine Entscheidung zu treffen. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Es ist jetzt schon vieles gesagt worden. Ich habe selbst zwei kleine Kinder und kann das natürlich absolut verstehen, dass man, Eltern, sich immer genau informieren möchte und das Beste für seine Kinder möchte und da sicher sein möchte, keine falsche Entscheidung zu treffen. Aber umso wichtiger finde ich es, an alle politischen Parteien gerichtet, dass das, was wissenschaftlicher Konsens ist, was der Wissensstand zum Thema Covid-Impfungen ist, nämlich dass sie für Jugendliche absolut unbedenklich sind, dass das auch von allen mitgetragen wird und keine Ängste oder Zweifel geschürt werden, die, wie es eigentlich eh die Daisy Kopera gesagt hat, nicht begründet sind. In dem Antrag sind echt sehr viele durchaus befremdliche Formulierungen da. Nämlich „eine Impfpflicht durch die Hintertür“, die gibt es in Österreich nicht, niemand ist verpflichtet, sich impfen zu lassen, obwohl es natürlich empfohlen wird. Es gibt auch keine verbindlichen Impfeempfehlungen, und in keinsten Weise werden in Österreich Kinder zu StudienteilnehmerInnen gemacht, weil es gab, wie die MedizinerInnen und WissenschaftlerInnen von uns wissen, ist das ja ein ganz aufwendiges und langes Verfahren, bis der Impfstoff zugelassen wird, und ja, die Covid-Impfungen wurden schneller zugelassen, um diese globale Pandemie zu beenden, aber da wurden wirklich alle Sicherheitsstandards dabei eingehalten, also von dem her finde ich es wirklich wichtig, die Menschen nicht mit Falschinformationen zu verunsichern. Und ja, natürlich kann das jeder für sich selbst entscheiden. Es gibt aber eine klare Empfehlung, und man kann das auch ganz gut erklären, warum es in Deutschland nur eingeschränkt empfohlen wurde. Also von vielen Wissenschaftlern wurde ja auch gesagt, der Hauptgrund, warum es jetzt nicht für alle Jugendlichen empfohlen wird, ist die Knappheit des Impfstoffes, also dass sie sagen, sie möchten jetzt zuerst einmal die besonders gefährdeten Menschen durchimpfen. Also von dem her gibt es wirklich keine Dringlichkeit für den Antrag. Und ich würde es wirklich, im Sinne der Pandemiebekämpfung und im Sinne der Gesundheit von uns allen, wünschenswert finden, wenn wir einfach auf wissenschaftlicher Basis argumentieren und die Menschen nicht verunsichern (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Ja, ja, ja. So, weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Gibt es keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Dann die Antragstellerin bitte zum Schlusswort.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Danke für die Wortmeldungen. Also was sicher nicht bestritten wird, ist, dass eine Impfung ja eigentlich ja den Geimpften schützen soll, weil sonst hätte ja eine Impfung überhaupt keinen Sinn. Und es ist erwiesen, das weiß man, dass bei Kindern der Verlauf einer Corona-Erkrankung harmlos ist, dass sie keine, bis fast keine Symptome haben. Der Bereich, wo ein schwerer Verlauf ist, das liegt im Promillebereich, das heißt, da muss man abwägen, ob man gesunde Kinder dieser Impfung aussetzt, für die es einfach viel zu wenige Daten gibt. Die Studie, auf die die Notzulassung beruht, das waren 1.000 Kinder in der USA, das ist einfach viel zu wenig, und das sage nicht ich, das, was ich hier gebracht habe, das sind Meinungen von Ärzten. Und wenn jetzt die Meinung vom Dr. Montgomery zu wenig ist und wenn die Meinung von 120 österreichischen Ärzten aus unterschiedlichsten Fachdisziplinen zu wenig ist, dann habe ich noch ein anderes Beispiel. In den Niederlanden haben sich 1.500 Ärzte, 1.500 Ärzte, das können nicht alles „Covidioten“ sein, zusammengeschlossen, und einen Brandbrief geschrieben an die zuständige Behörde mit dem Titel „Setzen wir unsere Kinder nicht aufs Spiel“, das sagt doch schon alles. Und, liebe Daisy, du hast für mich wirklich ein richtiges Schlagwort gegeben, nämlich die Vernunft. Die Vernunft sollte uns leiten und die Meinung der anderen Wissenschaftler, eine große Anzahl, sollte gehört werden. Und natürlich hat der Gesundheitsminister gesagt, um den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten im Herbst, das hat er gesagt, natürlich ist das schon eine gewisse Impfpflicht, ein Druck für Eltern und Jugendliche, sich impfen zu lassen, und das finden wir einfach nicht richtig (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (16.16 Uhr).

**8.6 Radfahren ist die Zukunft – bereiten wir unsere Kinder darauf vor!
(GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne)**

GRⁱⁿ Wutte:

So, da bin ich schon wieder, heute bin ich umtriebiger, aber ich glaube, das ist das letzte Mal, dass ich heute draußen stehe, aber zu einem sehr wichtigen Thema, wo ich auf breite Zustimmung hoffe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Es geht um das Thema, wie wir mehr Kinder in der Stadt für das Radfahren begeistern können. Warum ist das so wichtig? Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass wir die sanfte Mobilität in Graz voranbringen müssen, weil es einfach die Grundlage dafür ist, dass wir eine bessere Luft in der Stadt haben, dafür, dass wir das Klima in der Stadt schützen und dass einfach mehr Lebensqualität für die Menschen in der Stadt ermöglicht wird, und meistens diskutieren wir das Thema eher aus einer Perspektive der Verkehrsplanung. Ich möchte das heute aus einer verkehrspädagogischen Perspektive angehen. Wenn wir nämlich die Menschen nachhaltig in der Zukunft für sanfte Mobilitätsformen begeistern wollen, müssen wir bei unseren Kindern heute anfangen. Weil es gibt ganz viele Studien dazu, dass die Mobilität, die Kinder im Alltag erleben, dann auch die ist, die sie später als Erwachsene bevorzugt einsetzen, also ist ja auch ganz naheliegend, also ein Kind, das z.B. immer mit dem Auto in der Stadt herumgefahren wird, für das Kind ist halt das die gängigste Mobilitätsform und die wird es dann in vielen Fällen auch später selbst einsetzen. Wir tun in Graz in dem Bereich auch schon vieles, es gibt das schulische Mobilitätsmanagement, wo es verschiedene Workshop-Angebote für Schulklassen gibt, es wird vieles getan, aber trotzdem machen nach wie vor sehr wenig Kinder den Schulweg beispielsweise mit dem Rad, also wir bemühen uns, aber es ist anscheinend noch nicht ausreichend. Und ich glaube, es ist eine Mischung aus verschiedenen Dingen, es ist natürlich auch die Radweginfrastruktur, die in manchen Bezirken einfach schlecht ist und weswegen sich

die Eltern dann auch nicht trauen, die Kinder alleine mit dem Rad fahren zu lassen. Neben diesen Radwegen braucht es aber sozusagen Orte, wo Kinder spielerisch das Radfahren in der Stadt üben können. Am Wochenende gab es auch die „Kidical Mass“ in Graz, also ich weiß nicht, ob das allen ein Begriff ist, es gibt ja diese Critical Mass, wo FahrradfahrerInnen auf der Straße unterwegs sind und mehr Raum in der Stadt einfordern und das gab es jetzt zum ersten Mal auch mit Kindern, und da wurde eben auch die Forderung erhoben, dass es mehr Radspielplätze in der Stadt geben soll. Und im BürgerInnenbudget ist jetzt auch ein Vorschlag für einen Radspielplatz von Fratz Graz eingereicht worden. Was ist ein Radspielplatz genau? Das ist jetzt nicht das Gleiche wie eine Pumptrack-Anlage, die z.B. jetzt in Mariatrost entstanden ist, was ja sehr erfreulich ist. Sondern bei einem Radspielplatz geht es darum, eben wirklich Radfahren als Form der Alltagsmobilität zu erproben, also nicht zu sehr, dass man nur zum Spaß über ein paar Hügel drüberfährt, sage ich einmal, was natürlich auch super ist, sondern dass man wirklich auch so Situationen im Stadtverkehr übt. Also dass man z.B. das Queren von Straßenbahngleisen übt, verschiedene Straßenbeläge, also da gibt es ein paar ganz tolle Ideen, wie man Kinder spielerisch auf Radfahren in der Stadt vorbereiten soll. Das ist in den letzten Jahren auch schon ein paar Mal diskutiert worden, es gab einmal die Idee, im Stadtpark den Verkehrskindergarten in einen Spielplatz umzubauen, aber da ist jetzt noch nichts Konkretes passiert und wir müssen uns halt vorstellen, gerade für kleinere Kinder ist halt das Wohnortnahe zentral, weil die werden jetzt natürlich nicht durch die ganze Stadt fahren, um zu einem Radspielplatz zu kommen, sondern was Kinder brauchen, das ist wirklich, dass in ihrer Nähe sie mit dem Rad zu einem Spielplatz fahren können, da möglichst oft am Nachmittag herumfahren können und einfach ein Sicherheitsgefühl und eine Freude entwickeln können am Rad. Großes Vorbild wäre da die Stadt Bern, die haben 2019 beschlossen, dass sie 30 Radspielplätze über die ganze Stadt verteilt bauen, und Bern hat ca. halb so viele Einwohner wie Graz, also kann man es sich ausrechnen, in Graz könnten wir in der Größenordnung 50-60 Radspielplätze machen, um wirklich in der Nähe von den Siedlungen für die Kinder hier ein Angebot zu haben. In Wien sind da auch schon ein paar Sachen umgesetzt worden, und was halt auch super wäre, wäre,

wenn es so einen zentralen Radspielplatz gibt, wo es wirklich ein betreutes Angebot gibt, da gab es im Vorfeld beim dringlichen Antrag ja ein paar Missverständnisse. Also betreut meint, dass da ein Verein ist, der z.B. Radkurse anbietet, wo es vielleicht eine Kinderradtauschbörse gibt, wo es eine Reparatur gibt, also wo es einfach so eine Art Treffpunkt gibt, wo man unterschiedlichste Dinge mit dem Kinderrad erledigen kann, und das würde dann sicher, glaube ich, total angenommen werden von der Bevölkerung. Ich stelle deswegen folgenden

dringlichen Antrag:

- Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl als für Grünraum und Gewässer zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, in Abstimmung mit Dr. Günter Riegler als für Immobilien zuständiges Stadtsenatsmitglied neben dem geplanten Standort im Verkehrskindergarten im Stadtpark weitere geeignete Orte für Radspielplätze in Graz zu ermitteln und die Vorschläge dem Ausschuss für Grünraum bis September 2021 vorzulegen.
- Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, ein Konzept für einen betreuten Radspielplatz mit Angeboten wie Fahrradkurse, Fahrradreparatur, Leihräder und Leihhelme sowie eine Kinderradtauschbörse in Anlehnung an die in Wien realisierten Projekte von Alec Hager zu entwickeln und dem Gemeinderat bis September 2021 vorzulegen, und ich hoffe auf breite Zustimmung für dieses wichtige und schöne Anliegen. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Parteiübergreifend setzen wir uns alle in unterschiedlicher Weise für die sanfte Mobilität in Graz ein. Wir wissen, dass wir für saubere Luft, für den Klimaschutz und für mehr Lebensqualität diese Mobilitätsformen bestmöglich fördern müssen. Ich will dieses Thema heute aus einer anderen Perspektive ansprechen – nämlich nicht aus einer verkehrsplanerischen, sondern stärker aus einer verkehrspädagogischen

Perspektive. Wollen wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten möglichst viele Menschen für sanfte Mobilitätsformen begeistern, müssen wir nämlich vor allem bei unseren Kindern ansetzen. Unzählige Studien belegen, dass der Grundstein für späteres Mobilitätsverhalten in der Kindheit gelegt wird. Kinder, die schon früh mit dem Fahrrad in der Stadt unterwegs sind, erleben das Fahrradfahren als selbstverständliche, unkomplizierte Mobilitätsform.

Graz hat in diesem Bereich auch bereits einiges vorzuweisen: Seien es die vielfältigen Workshop-Angebote des „Schulischen Mobilitätsmanagements“, die Schulklassen für sanfte Mobilitätsformen begeistern, seien es die kostenlosen Fahrradtrainings, die Kinder in Vorbereitung auf die freiwillige Radfahrprüfung besuchen können.

Angesichts der vielen Elterntaxis, der teilweise erschreckend hohen Zahl an Kindern, welche die Radfahrprüfung nicht schaffen und einer in den vergangenen Jahren insgesamt rückläufigen Zahl an Kindern, die in Graz mit dem Rad unterwegs sind, scheint es aber deutlich mehr zu brauchen. Die eine Seite ist natürlich die in vielen Bezirken unzureichende Radwegeninfrastruktur und das daraus entstehende Unsicherheitsgefühl vieler Eltern in Hinblick auf die eigenständige Mobilität ihrer Kinder. Die andere Seite ist aber, dass wir mehr Orte und Angebote brauchen, um Kinder spielerisch auch außerhalb der Schule auf das Radfahren im Stadtverkehr vorzubereiten.

Am Wochenende fand in Graz die erste „Kidical Mass“ statt, auf der sich unzählige Familien für den Vorrang der sanften Mobilität einsetzten. Unter anderem wurden dort Radspielplätze eingefordert, auf denen spielerisch verschiedene Verkehrssituationen (z.B. Queren von Straßenbahngleisen) erprobt werden können. Auch im BürgerInnen-Budget steht die Errichtung eines Radspielplatzes (eingereicht von Fratz Graz) in der engeren Auswahl.

Nicht zu verwechseln sind Radspielplätze mit Pumptrack-Anlagen, die sich vor allem an RadfahrerInnen richten, die das Radfahren als Freizeitbeschäftigung und Sport betreiben. Hier haben wir erst vor kurzem mit dem Radpark in Mariatrost eine sehr erfreuliche Erweiterung des Angebots beschlossen, die sich an alle Altersgruppen richtet. Einen betreuten Radspielplatz im engeren Sinn, der spielerisch auf verschiedene

Situationen im Stadtverkehr vorbereitet, haben wir in Graz aber noch nicht. Zu den Plänen, den Verkehrskindergarten im Stadtpark zu einem Radspielplatz umzubauen, gibt es derzeit noch keine konkreten Informationen.

Wenn wir wollen, dass Kinder möglichst oft, spielerisch und in den Alltag integriert, ihr Radfahrkönnen verbessern, braucht es wohnortnahe Angebote. Als Vorbild kann uns dabei die Stadt Bern dienen, die ca. halb so groß wie Graz ist und im Gemeinderat 2019 die Errichtung von 30 Radspielplätzen über die ganze Stadt verteilt beschlossen hat. Kleinere Radspielplätze gerade für jüngere Kinder sollten bei der Gestaltung aller neuen Parks und Freiflächen schon mitgedacht werden. Ein Leuchtturmprojekt wäre ein zentral gelegener, betreuter Radspielplatz, auf dem neben Radkursen auch ein kleiner Radverleih, eine Kinderradtauschbörse und eine Reparaturwerkstatt beheimatet sein könnten. Derartige betreute Radspielplätze nach dem Konzept von Alec Hager/Die Radvokaten wurden bereits in Wien realisiert.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- *Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl als für Grünraum und Gewässer zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, in Abstimmung mit Dr. Günter Riegler als für Immobilien zuständiges Stadtsenatsmitglied neben dem geplanten Standort im Verkehrskindergarten im Stadtpark weitere geeignete Orte für Radspielplätze in Graz zu ermitteln und die Vorschläge dem Ausschuss für Grünraum bis September 2021 vorzulegen.*
- *Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, ein Konzept für einen betreuten Radspielplatz mit Angeboten wie Fahrradkurse, Fahrradreparatur, Leihräder und Leihhelme sowie eine Kinderradtauschbörse in Anlehnung an die in Wien realisierten Projekte von Alec Hager zu entwickeln und dem Gemeinderat bis September 2021 vorzulegen.*

KO GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Danke zunächst für den Antrag. Radspielplätze sind natürlich eine einerseits tolle, andererseits wichtige Sache, deswegen habe ich ja auch bereits vor einem Jahr eben diesen Antrag gestellt, dass man einen Radspielplatz, wenn möglich, im Stadtpark errichten soll. Meines Wissens hat es seither Gespräche gegeben, vor allem von Grünraum und Gewässer und der Verkehrsplanung, dort ist man aber leider zu dem Schluss gekommen, dass sich der Stadtpark für dieses Projekt eben nicht eignen würde, was natürlich sehr schade ist, weil es gibt natürlich, du hast es eh angeführt, in Wien ein paar Beispiele. Es ist eine Idee, die eigentlich aus Dänemark kommt, wo es sehr viele gute Beispiele schon gibt. Und wie du eben auch im Antrag schon ausgeführt hast, ist es natürlich eine sehr wichtige Sache, weil Kinder so spielerisch umgehen lernen mit Fahrrädern und halt dieser Art der umweltfreundlichen Fortbewegung. Wichtig ist, glaube ich, auch, dass man das vielleicht versucht. Du hast es natürlich anders gesagt, sozusagen, dass diese Pumptrack-Anlage, die es gibt, das ist natürlich nicht das Gleiche, aber vielleicht kann man dort im Umfeld dieser Anlagen eine Erweiterungsmöglichkeit finden und Radspielplätze dort eventuell auch einrichten. Wir unterstützen diesen Antrag jedenfalls und hoffen natürlich auch, dass er eine Mehrheit findet. Dankeschön (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Günter, werter Gemeinderat, liebe Frau Gemeinderätin Manuela Wutte. Dein Anliegen ist auch unser Anliegen, wir treten diesbezüglich auch wirklich fest in die Pedale, und ich kann nur sagen, wenn man jetzt deinen Antrag anschaut, über die Dringlichkeit kann man diskutieren, weil schon viel passiert ist, weil wir viel vorhaben, aber weil der Inhalt sehr gut ist, werden wir dem dringlichen Antrag auch zustimmen. Wir wissen, dass das Radfahren in unseren Breiten eigentlich ein Kulturgut ist und es ist, glaube ich, aus pädagogischer Sicht, das hast du angesprochen, ganz wichtig, dass wir allen Kindern das Radfahren beibringen, egal ob

die Eltern jetzt dahinter sind oder nicht, natürlich wäre es wünschenswert, wenn die Eltern ihren Kindern das Radfahren beibringen würden. Drei Punkte, der erste Punkt: Was passiert im Bildungsbereich? Da haben wirklich schon seit Jahren ein sehr gutes Projekt, wo alle Viertklässlerinnen und Viertklässler in den Volksschulen in den Genuss kommen, eine Fahrradprüfung zu machen. Davor ist ein Fahrradkurs, das wird organisiert gemeinsam ABI und auch Elke Kahr, Ressort für Verkehr, hier haben sich drei Fahrschulen, oder Radfahrschulen, zusammengeschlossen: ARGUS, Easy Drivers und die Fahrschule. Die Abteilung für Bildung und Integration übernimmt auch die Kosten für die Busse, damit die Kinder dorthin gelangen, das ist ähnlich wie beim Schwimmenlernen und wir haben, unsere Abteilung, auch eine Mitarbeiterin abgestellt, sie organisiert diese Kurse. Des Weiteren haben wir einige Fahrradspielplätze in Kinderbetreuungseinrichtungen integriert, ich kann nur vom Kindergarten meiner Kinder erzählen, Lustbühel hat das z.B., das wird dort spielerisch wirklich toll angenommen. Zweiter Punkt, was die Infrastruktur betrifft: Die Pumptracks sind angesprochen worden, das ist ein Projekt, das wir über das Sportamt sehr stark vorangetrieben haben, auf den Eustacchio-Gründen haben wir den ersten Pumptrack umgesetzt. Wer dort einmal vorbeigegangen ist, es fahren so viele Kids dort, von ganz klein bis jugendlich, alle nehmen Rücksicht aufeinander und ich stimme dir eigentlich überall zu, ich stimme dir jetzt aber nicht zu, dass das nicht dem Straßenverkehr dient. Weil gerade beim Straßenverkehr, die Kinder schaffen oft die theoretische Prüfung, aber wenn es darum geht, ein Handzeichen zu geben an der Kreuzung, da haben sie dann Schwierigkeiten, Gleichgewicht zu halten, und gerade mit so einem Pumptrack lernt man, das Gleichgewicht zu halten. Weil es so gut funktioniert hat, haben wir jetzt in Mariatrost einen ganz großen Pumptrack im Umsetzung, der wird heuer noch fertig, das ist der zweitgrößte Österreichs. Und wenn er auch so stark angenommen wird, hätte ich vor und ich werde mich einsetzen, dass wir im nächsten Jahr im Westen auch etwas zusammenbringen. Der dritte Punkt, ob wir nicht so einen Radfahrspielplatz zusammenbringen, dass wir einen größeren umsetzen. Ja, das ist bereits in Planung, es gibt ein fixfertiges Konzept von der Bärenburg, die ist am LKH angesiedelt, die Ärzte dort sind auch interessiert, dass die

Kinder gut Radfahren können, gemeinsam mit der Fahrschule, und für dieses Konzept suchen wir jetzt über die Liegenschaftsabteilung einen geeigneten Ort. Und mein Wunsch wäre die Kombination, dass wir einerseits einen Pumptrack haben, andererseits genau diese Verkehrssituationen, die du beschrieben hast, und ich werde mich verstärkt um dieses Thema annehmen. Und ich möchte deinen Betreff zitieren, du schreibst „Radfahren ist die Zukunft“, ich ändere das ein bisschen ab: „Radfahren ist in Graz auch schon die Gegenwart“, aber wir bündeln die Kräfte für die Zukunft (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Dankeschön, als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Sickl für die Position der FPÖ.

GR DI Sickl:

Ich bin Diplomingenieur und kein Doktor.

StR Dr. Riegler:

Ach so, Entschuldigung.

Aber die Gattin ist ja Doktorin, oder (*Appl. und Gelächter im Saal*)?

GR DI Sickl:

Ja, am Standesamt geheiratet, das schafft man auch nicht oft. Aber wir wollen uns ja nicht über akademische Grade auslassen. Die Dringlichkeit sehen wir bedingt gegeben, stimmen der zu. Das Radfahren in der Stadt ist ganz, ganz wichtig, auch, dass die Kinder das lernen. Das Radfahren ist eine schnelle Bewegungsart durch die Stadt, wo man auch sehr flott von A nach B kommt, und ich kann es auch eigener Erfahrung sagen, das haben wir das letzte Mal, wir Zwei, auch schon besprochen bei einem

ähnlichen Antrag. Also wir fahren, oder die Frau Doktor fährt mit den Kindern, oder ich, mit den Kindern jeden Tag in die Schule, und wir sind wirklich eher wenige, also wir sind ein eher verschwindend kleiner Prozentsatz. Und ich denke, es wäre ganz leicht, wenn das mehrere machen würden und sich drübertrauen würden, und vielleicht würden sie sich dann drübertrauen, wenn es Radspielplätze und Ähnliches gibt, damit die Kinder das Radfahren etwas besser lernen. Und erschreckenderweise war ich voriges Jahr erstmals bei einer Fahrradprüfung dabei von den Viertklässlern, weil ja eben die Eltern dabei sein haben müssen, weil die Schulen oder die Lehrer nicht mit ihnen hingegangen sind, und wenn man da zuschaut, wie die beim ÖAMTC draußen herumfahren und wie die Kinder wirklich schlecht einhändig Radfahren können oder überhaupt schlecht Radfahren können, kann das nur gut sein, deshalb stimmen wir dem zu. Was ich nur gerne gefragt hätte zum Punkt 2: Wie denkst du, betreute Radspielplätze, soll das jemand sein von der Stadt, wie siehst du das? Wo diese Fahrradkurse natürlich angeboten werden, dass Fahrradkurse angeboten werden, und jemand dort ist, der das leitet, das ist klar, Fahrradreparatur ist auch klar. Aber wie ist das? Soll da jemand draußen sitzen und zuschauen und ist der dann auch verantwortlich, wenn Kinder stürzen? Dem würde ich nämlich nicht gerne zustimmen wollen oder eigentlich nicht zustimmen.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Wutte** unverständlich.*

GR DI Sickl:

Gut, dann passt das. Du wirst es vielleicht kurz ausführen. Also, gute Idee, viel gemacht bereits jetzt in der Koalition und wird in der Zukunft wohl noch mehr gemacht werden, und danke dafür. Der Herr Doktor verabschiedet sich (*Appl. und Gelächter im Saal*).

StR Dr. **Riegler**:

Na, weil Sie auch so einen gebildeten Eindruck machen (*Gelächter im Saal*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Wutte**:

Dankeschön, ich bin jetzt eigentlich eh wunschlos glücklich, weil sich so eine breite Zustimmung abzeichnet, und das freut mich natürlich sehr, weil es, glaube ich, wirklich uns allen einfach ein wichtiges Anliegen ist. Und wir alle wissen, dass schon viel getan wird, und auch besonders eben mit den neuen Anlagen einiges getan wird, aber dass es eben noch mehr braucht. Und, Kurt, was du gesagt hast, also wenn wir das wirklich hinkriegen, dass es einen großen Radspielplatzstandort gibt, also wenn da schon was in Planung ist, das fände ich wirklich spitze. Und ich glaube, das würde so gut angenommen werden, das wäre wirklich großartig und auch eben, dass man das neben einer Pumptrack-Anlage macht oder irgendwie kombiniert, macht total Sinn und eben wirklich kleinere Elemente an verschiedenen Standorten verteilt, dass man wirklich sagen kann, alle Kinder in Graz haben in der Nähe ihres Wohnortes etwas, wo sie gut Radfahren üben können und das spielerisch machen können.

Jetzt zu diesem Betreuungsthema, weil das jetzt noch aufgekommen ist als Frage. Ich müsste mir das auch noch einmal anschauen, wie das in Wien gemacht wurde, aber ich verstehe es so, das ist einfach ein offener Spielplatz, den man natürlich jederzeit betreten kann. Aber es gibt eben dann noch sozusagen bestimmte Zeiten, wo eine Person vor Ort ist und eben diesen Verleih betreut, weil ja eben manche Kinder gar keine Fahrräder haben, dass einmal das z.B. abgedeckt ist. Weil Kinderräder, wie, glaube ich, die Eltern von euch wissen, sind die echt teuer, also das muss man auch einmal mitbedenken, dass sie sich einfach auch Räder leihen können dort und eben dass dann auch Kurse angeboten werden. Also in der Art ist es gedacht, aber nicht so, dass die Person dann irgendwie Haftung übernimmt oder die

Aufsichtspflicht übernehmen würde. Vielen Dank für die Zustimmung und das Unterstützen dieses Anliegens (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

8.7 Ausbau des Bio-Angebots auf Grazer Märkten (GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne)

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. In meinem dringlichen Antrag geht es um den Ausbau des Angebotes für Bio-Produkte, Bio-Gemüse, Bio-Obst auf den Grazer Bauernmärkten. Es ist ja so, dass es in Graz zwei Bio-Märkte gibt, einen vor der Herz Jesu-Kirche und einen in Grottenhof. Und wenn wir uns das so anschauen, ist es so, dass gerade auf den großen Bauernmärkten das Bio-Angebot wirklich sehr überschaubar ist und sich auch nicht verbessert hat in den letzten Jahren, im Gegensatz dazu, dass die Nachfrage, und das sehen wir ja auch, wenn wir uns das anhören, was im letzten Jahr passiert ist, dass die Handelsketten, die großen, berichten, dass ihre Bio-Marken, dass die Nachfrage nach Bio-Gemüse und -Obst massiv gestiegen ist. Und im Gegensatz dazu ist eben das Bio-Angebot auf den Grazer Bauernmärkten ein sehr überschaubares und wir erhalten immer wieder Anrufe, verbunden mit der Frage: Warum gibt es so wenig Bio-Gemüse und Bio-Obst auf den Märkten zu kaufen? Und ich habe mir gedacht, das müsste sich doch ändern lassen und habe ein Gespräch geführt mit Bio Ernte Steiermark, und dort wurde mir auch gesagt, dass erfreulicherweise junge Menschen, auch QuereinsteigerInnen, teilweise kleine Landwirtschaften übernehmen, das ist scheinbar im Trend in der letzten Zeit, kleine Landwirtschaften mit bis zu 5 Hektar, um dort eben biologische Landwirtschaft zu betreiben, also auch Unternehmen betreiben. Und dass die Bio Ernte, wenn die Stadt Graz das will, wenn sie Interesse hat, dass das

Bio-Angebot auf den Bauernmärkten ausgebaut wird, auch gerne bereit ist, auch zu vermitteln, gemeinsame Gespräche zu führen, damit wir das in Zukunft den Grazerinnen und Grazern anbieten können. Und ich glaube auch nicht, dass das ein Problem sein könnte für die schon vorhandenen Standlerinnen und Standler, weil wir einfach sehen, dass die Leute gerne auf den Bauernmärkten einkaufen, dass es ohnehin auch eine natürliche Fluktuation gibt bei den Standlern und Standlerinnen und dass es wahrscheinlich gut wäre, auch diesen Trend der Zeit zu erkennen und das entsprechende Angebot auszuweiten, daher stelle ich seitens der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Die Stadt Graz bekennt sich zu einer kontinuierlichen Ausweitung des Bio-Angebotes auf den Grazer Bauernmärkten, insbesondere auf den beiden großen Märkten am Lendplatz und am Kaiser-Josef-Markt.
- 2.) Der für Marktangelegenheiten zuständige Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Bio Ernte Steiermark ein Konzept zur Erweiterung des Bio-Angebots auf den Grazer Bauernmärkten, insbesondere auf dem Kaiser-Josef-Platz und am Lendmarkt, zu erstellen und dem Gemeinderat dazu in der Sitzung im Oktober 2021 einen Informationsbericht vorzulegen.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In Graz gibt es zwei Bauernmärkte, auf denen regionale ProduzentInnen biologisch erzeugtes Gemüse und Obst anbieten, und zwar sind dies der Markt vor der Herz-Jesu-Kirche und jener in Grottenhof. Auf den anderen Märkten und speziell auf den großen Bauernmärkten am Kaiser Josef-Platz und am Lendplatz ist das Bio-Angebot hingegen sehr überschaubar.

Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Bio-Waren stetig. Es erreichen uns auch immer wieder Anfragen, ob das entsprechende Angebot auf den großen Grazer Bauernmärkten nicht ausgebaut werden könnte. Erfreulicherweise nimmt aber auch die Zahl biologisch wirtschaftender Betriebe stetig zu.

So gibt es laut Auskunft der Bio Ernte Steiermark aktuell einige jüngere LandwirtInnen, die kleinere Betriebe übernommen haben und auf biologischen Anbau setzen. Die Bio Ernte Steiermark erklärte sich in einem Vorgespräch, das ich führte, auch dazu bereit, die Stadt Graz dabei zu unterstützen, den Kontakt zu bäuerliche Bio-ProduzentInnen herzustellen. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass die Stadt Graz sich dem Ziel verschreibt, das Bio-Angebot auf den Grazer Bauernmärkten kontinuierlich ausbauen zu wollen.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Die Stadt Graz bekennt sich zu einer kontinuierlichen Ausweitung des Bio-Angebotes auf den Grazer Bauernmärkten, insbesondere auf den beiden großen Märkten am Lendplatz und am Kaiser-Josef-Markt.*
- 2.) Der für Marktangelegenheiten zuständige Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Bio Ernte Steiermark ein Konzept zur Erweiterung des Bio-Angebots auf den Grazer Bauernmärkten, insbesondere auf dem Kaiser-Josef-Platz und am Lendmarkt, zu erstellen und dem Gemeinderat dazu in der Sitzung im Oktober 2021 einen Informationsbericht vorzulegen.*

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Sehr geehrte Antragstellerin, liebe Andrea, danke für diesen Antrag, der gibt mir Gelegenheit, darüber zu sprechen, was Bürgermeister-Stellvertreter Eustacchio da in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat. Er ist ja zuständig für das Marktwesen, und das Wichtigste für mich, und sicher für viele Grazer, ist, dass er es zustande

gebracht hat, dass die Bauernmärkte voriges Jahr in allen Lockdowns offen waren, das heißt, dass die Grazer Bürger über die gesamte Corona-Krise hinweg sich mit regionalen gesunden Lebensmitteln versorgen haben können (*Appl.*).

Die Märkte werden und wurden saniert, umgestaltet, modernisiert und verbessert, es sei da der Kaiser-Josef-Platz erwähnt, der Markt ist jetzt barrierefrei, es gibt moderne Unterflur-Müllcontainer beispielsweise, was wichtig für die Sauberkeit ist. Es gibt moderne Stromversorgung für die Standler, erwähnt ist auch die neue Markthalle am Lendplatz. Der Markt am Hofbauerplatz soll saniert werden, und auch in Reininghaus wird ein neuer Markt entstehen. Zur Qualität der Lebensmittel: Es gibt ja für alle Bauern den Produzentennachweis, alle Bauern, die an Grazer Märkten anbieten, müssen diesen durchmachen. Einmal beinhaltet der eine Prüfung, eine Betriebsprüfung durch die Landwirtschaftskammer, dann erfolgt eben durch das Marktreferat noch eine Prüfung zur Eigenproduktion. Das heißt, die Grazer können sich sicher sein, dass sie an den Märkten regionale, selbst produzierte, hochwertige Lebensmittel erhalten. Es gibt natürlich jetzt schon, wie erwähnt, ein Bio-Angebot, Bauern bieten Bio schon an, aber das ist eben freiwillig und soll in unseren Augen auch freiwillig bleiben. Der Schwerpunkt soll einfach am Bauernmarkt auf der Regionalität liegen, und weil du vorhin den Handel erwähnt hast, das ist wahrscheinlich auch gescheitert, dass man im Handel die regionale österreichische oder steirische Gurke nimmt und nicht die Bio-Gurke aus Spanien oder woher auch immer. Also für uns ist im Marktwesen alles im grünen Bereich, und deshalb für uns keine Dringlichkeit (*Appl.*).

GR Pogner:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Andrea. Ja, Bio ist ein wichtiges Produkt für unsere Bürgerinnen und Bürger, damit sie sich mit guten Lebensmitteln versorgen können, und wie die Astrid schon gesagt hat, wir haben auf unseren Bauernmärkten eine gute Qualität, die hier angeboten wird. Und ja, Bio, das ist ein so weit gestreuter und breit gestreuter Begriff, der für so viel verwendet wird, und in Wirklichkeit gibt es da 100.000 verschiedene Zertifizierungen dafür. Es gibt so

viele unterschiedliche Vereine und Institutionen, die Bio anbieten. Und wenn ich mir auf der Homepage der Grünen z.B. anschau, was da an Gütesiegeln empfohlen wird, da hätten wir die Bio Austria, die AMA, dann haben wir Ja! natürlich, dann gibt es noch einige: Zurück zum Ursprung, Spar Natur*pur, usw. Das sind alles unterschiedliche Zertifizierungen, die ihr auf eurer Homepage habt. Die Landwirtschaftskammer z.B. hat dann auch noch drauf Gutes vom Bauernhof, das ist sehr regional bei uns, die Genussregion, dann das AMA-Gütesiegel, das AMA-Biosiegel, die geschützte Vermarktung usw. Und wenn man in den Konsument hineinschaut, im Konsumenten sind 104 Gütesiegel aufgezählt und aufgelistet, davon tragen alleine einmal 28 nur den Namen Bio in sich. Also das heißt, wir haben hier 28 Bezeichnungen, die alle mit Bio arbeiten, und da haben wir noch Alnatura und den Morgentau noch nicht einmal mit dabei, die auch auf Bio abzielen. Also das heißt, wenn wir heute hergehen und sagen, wir arbeiten mit der Bio Ernte Steiermark zusammen, dann vergraulen wir einmal alle anderen, die auch zertifizieren. Bio ist wichtig und Bio soll auf unseren Märkten angeboten werden, keine Frage, das ist ganz klar, und je mehr da kommt desto besser. Aber bedenken wir bitte vor allem auch, es kann nicht jeder Bio produzieren, wir haben klimatische Unterschiede bei uns. Wenn ich heute ins Burgenland schau, da tu ich mir etwas leichter mit einem Bio-Betrieb, als wenn ich in die Südsteiermark gehe, schwierig. Also wenn es freiwillig ist und wenn die Leute das machen und wenn die jungen Bäuerinnen und Bauern das tun, dann nur her mit ihnen, wir sind froh, wenn wir sie auf den Grazer Märkten haben. Aber, noch einmal, jemanden zu bevorzugen und extra herzuholen und ihn dann vielleicht auch noch zu fördern, das ist, glaube ich, der falsche Weg, nicht richtig. Denn wenn ich dann die jungen Unternehmerinnen und Unternehmer, die sie ja dann auch sind, vielleicht so unter Druck setze, dass sie selbst nicht mehr zusammenkommen mit diesem Produzieren der Bio-Geschichte, dann wird es einfach kritisch, weil dann besteht schon die Gefahr, dass das eine oder andere auch einmal zugekauft wird. Das wollen wir nicht, wir wollen gute Produkte auf unseren Märkten, und es gibt da auch schon eine Initiative vom Herrn Bürgermeister gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer, wo eben z.B. schon diese Lebensmittelautomaten, wo unsere Bäuerinnen und Bauern ihre Produkte verkaufen

können, angeboten werden, und daher ist für uns diese Forderung jetzt einmal nicht dringlich, aber jederzeit sind unsere Landwirte bei uns herzlich willkommen. Danke (Appl.).

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, manchmal gibt es überraschende Wortmeldungen. Also ich verstehe ja manches nicht, ich verstehe irgendwie das Lob für das, was in den letzten Jahren auf den Märkten passiert ist. Das sehen wir auch, wir sehen auch, dass es super ist, dass das so gut funktioniert hat während der Corona-Zeit, dass die Grazer Bauernmärkte immer offen waren, und ich glaube auch, dass das von den Grazerinnen und Grazern sehr geschätzt wurde. Aber es gibt für die Grazer Bauernmärkte eine Marktordnung und da ist ganz klar definiert, was auf diesen Märkten verkauft werden kann, nämlich das, was Bäuerinnen und Bauern selber produzieren. Und warum du, Astrid, dann mit einem Beispiel von einer Gurke aus Spanien kommst, wo du ganz genau weißt, dass das nach der Marktordnung für die Grazer Bauernmärkte gar nicht möglich ist, das ist mir nicht nachvollziehbar. Und es gibt viele Zertifizierungen, das stimmt, und das ist teilweise auch schwierig für die Menschen, das zu durchschauen. Aber ich glaube, wir haben sehr klare Regeln mit unserer Marktordnung und es steht nirgends, dass da Bauern geholt werden sollen, dass die gefördert werden sollen, sondern es geht darum, Gespräche zu führen mit der Bio Ernte Austria, einfach, weil die viele kennt. Es geht darum, Gespräche zu führen und ein Konzept zu erstellen, und nicht mehr und nicht weniger wollte ich. Und ich habe nicht gefordert, dass irgendwelche Betriebe da quasi gezwungen werden, die gerade gegründet wurden und dann vielleicht überfordert sind, weil sie produzieren und verkaufen sollen, und ich habe auch nirgends geschrieben, dass jemand gefördert werden soll. Ich glaube, dass eure Ablehnung dieses dringlichen Antrages ziemliches Erstaunen auslösen wird bei manchen Grazerinnen und Grazern. Das sind natürlich Dinge, die man nicht nur kommunizieren kann, die man dann auch kommunizieren muss, wenn wir wieder Anrufe bekommen in die Richtung. Danke (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

StR Dr. **Riegler:**

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag. Dieser wurde eingebracht von der SPÖ, von Frau Gemeinderätin Mag.^a Bauer, und betrifft einen Masterplan gegen wachsende Verunsicherung betreffend Heizungsumstellungen, danach gibt es noch zwei weitere Dringliche und dann gibt es noch den nicht öffentlichen Teil. Und ich überbrücke in der Zwischenzeit den langen Weg der Frau Gemeinderätin Bauer, aber bitte keine Eile.

**8.8 Masterplan gegen wachsende Verunsicherung betreffend
Heizungsumstellungen
(GRⁱⁿ Mag.^a Susanne Bauer, SPÖ)**

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

(trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Heizen ohne Sorgen“)

Dankeschön, der Weg ist weit, die Halle ist groß. Danke für die Worterteilung, ich darf in meinem dringlichen Antrag ein Thema aufgreifen, nämlich die geforderte Dekarbonisierung. Die Dekarbonisierung, die alle Lebensbereiche betrifft, die Produktion, aber auch die Haushalte und ich möchte mich hier im Speziellen mit den Problemlagen auseinandersetzen, die auf die Häuslbauer bzw. Eigenheimbewohner, aber auch auf die Mehrparteienwohnungen zukommt, die derzeit noch mit Öl oder Gas heizen, denn die Klimaziele sind beschlossen und damit auch das schrittweise Aus. Ich habe nachgeschaut, die Regierung hat festgelegt, mit 2022 soll das Verbot kommen, das heißt, dann ist es schon nicht mehr erlaubt in der Überlegung, Öl zu verwenden. Das Ministerium weiß um die Vielfältigkeit bescheid, sagt ok, wir wollen raus aus Öl und Gas, wir erlassen Gesetze, wie beispielweise das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, es gibt Förderungen. Die CO²-Bepreisung ist im Gespräch, aber auch die Raumplanung für leitungsgebundene Energieträger ist Thema, und ich habe jetzt noch eine

Wortmeldung von der Ministerialbeamtin gehört, es soll auch Ausnahmen geben. Das heißt, da kommt ein Bündel auf uns zu. Die Formel ist einfach, Ölheizung raus und umweltfreundliche Heizung im Wohnbereich rein, aber das ist in der Theorie einfach gesagt, in der Praxis einfach viel schwieriger zu bewerkstelligen. Und über diesen Wechsel Ölheizung raus und ökologische Heizung rein soll auch noch der gesamte Energieverbrauch gesenkt werden. Das heißt, das sind zwei Aufgaben, die zu bewerkstelligen sind. In der Steiermark stehen wir vor dem Thema, dass 90.000 Ölheizungen und 48.000 Gasheizungen in den nächsten Jahren getauscht werden sollen, das heißt ein Änderungspotential von 7.000 Ölheizungen bzw. 3.000 Gasheizungen. Die Eigenheim- und Wohnungsbesitzer sind verunsichert. Wie geht man das an? Wer gibt Rat? Wer sagt, was Sache ist? Wie wird die beste Lösung gefunden? Was tun, wenn die aktuelle Heizung kaputt ist? Ist die Reparatur gut? Soll man sie in Angriff nehmen? Und dann die Frage nach der Alternative: Welche Alternative? Eine Wärmepumpe, Erdwärme, sind nur für jene Häuser gedacht, wo Fußbodenheizung drinnen ist. Das haben viele, die in den 70er-, 80er- und 90er-Jahren gebaut wurden, natürlich nicht. Und das kostet. Die Heizungsumstellung kostet 20.000 Euro aufwärts, das ist keine kleine Tatsache, die man wegwischen kann, und wenn man zusätzlich auch noch Energie senkt, kostet es auch noch die Sanierung. Das heißt, nicht nur eine Änderung kommt herbei, sondern auch eine Kostenlawine und hier stellt sich die Frage: Wie schaut die soziale Abfederung aus? Wo sind die Fachleute, die wirklich beraten, nämlich nicht nur energetisch, sondern auch finanziell, individuell oder auch von der Stadt aus gesehen, kommt die Fernwärme, dann ist es eine Einzellösung für die Siedlung oder muss sich jeder Häuslbewohner selber darum kümmern? Die Wärmeproduktion ist eine darüber hinaus weiter spannende Frage, da haben wir ja im letzten Gemeinderat einen Beschluss auch gefasst, weil Graz natürlich auch Probleme hat in der Zusammensetzung des Wärmeaufkommens. Und im Winter müssen wir uns fragen, das ist nicht unspannend, ich war echt erstaunt, ob wir denn genug Ökostrom haben, um die Luft-Wärmepumpen zu betreiben. Also es ist alles in allem eine sehr komplexe Frage, auch die Installateure sind gefordert. Das ist auf der einen Seite schön, denn es gibt Beschäftigung, es gibt zu tun, aber sind auch die Kapazitäten

vorhanden? Oder sind Knappheiten da, damit es auch vielleicht noch zu Preissteigerungen kommt. Das gilt es zu beachten. Aus anderen Regionen wissen wir, der Klimaschutz steht und fällt in Summe mit der Bereitschaft, die erforderlichen Maßnahmen mitzutragen. Mitgetragen werden die Maßnahmen von der Bevölkerung nur dann, wenn man auch von der Sinnhaftigkeit und von den Vorteilen überzeugt ist, und dazu braucht es etwas. In dem Sinne habe ich hier Fragen aufgelistet: Welche Heizungstechnik ist für welches Objekt gut? Wer sorgt für eine neutrale Beratung? Welche Kriterien zur Erreichung bestmöglicher wärmetechnischer Standards des jeweiligen Objektes sind zu beachten, ist das zielführend? Gibt es eine Fernwärme in der Nähe? Wie hoch sind die Kosten der Umstellung unter Berücksichtigung der Förderungsmöglichkeiten oder auch des Förderdschungels? Ist ja gar nicht so einfach, da durchzublicken. Es wird viel von Förderungen gesprochen, einiges ist in Planung, aber auch noch nicht da, und gibt es begleitende Maßnahmen, die die Akzeptanz im Großen und Ganzen auch erhöhen. Dieser genannte Komplex kann natürlich nicht auf kommunaler Ebene alleine gelöst werden, aber es muss in der Kommune umgesetzt werden, und aus diesem Grund habe ich hier den dringlichen Antrag gestartet, nämlich wir brauchen einen Masterplan, damit die Menschen, die von der Heizungsumstellung betroffen sind in fünf Jahren, damit sie wissen: Wie geht es dorthin? Was hat die Stadt in Planung? Was gibt es an Beratungen? Und wir wollen vor allem die Menschen mitnehmen, damit diese Umstellung auch gut gelingen kann. Im diesem Sinne stelle ich seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Umweltstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, gemäß Motivenbericht und anhand unter anderem der darin aufgelisteten Fragestellungen bzw. Problemfelder einen Masterplan ausarbeiten zu lassen, wie der wachsenden Verunsicherung der Bevölkerung betreffend des im Sinne des Klimaschutzes beschlossenen schrittweisen Verbots von Heizungen mit fossilen Brennstoffen begegnet werden kann. Ein solcher Masterplan sollte auf jeden Fall auch beinhalten,

- a) welche Maßnahmen (Information, Beratungsleistungen, sachlich-fachliche bzw. finanzielle Unterstützungsleistungen/Förderungen) für eine positive Abwicklung der Heizungsumstellungen erforderlich sein werden und
- b) welche dieser Maßnahmen seitens der Stadt Graz geleistet werden können bzw. welche Hilfestellungen und Unterstützungsleistungen von Land, Bund und speziell vom Klimaschutzministerium, oder auch, habe ich heute erfahren, vom Bundeskanzleramt erwartet werden.

Ich ersuche um Annahme des Antrages und dementsprechend auch um einen Bericht an den Gemeinderat, wie die Stadt Graz den Masterplan gestaltet. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Klimaziele sind beschlossen und damit ist auch das schrittweise Aus für Heizungen mit Öl, Kohle und Gas – beginnend mit 2022 – von der Regierung festgelegt worden. Derzeit soll laut Klimaschutzministerium Folgendes zur Umsetzung beitragen: Gesetze (bspw. Erneuerbares Wärmegesetz), Förderungen, CO₂-Bepreisung und die Raumplanung für leitungsgebundene Energieträger.

Die Ölheizung raus und umweltfreundliche Heizung im Wohnbereich rein: Das klingt in der Theorie recht einfach – aber ist das auch in der Realität so einfach zu bewerkstelligen? Wobei gleichzeitig auch der gesamte Energieverbrauch im Haus von der Heizung über die Warmwasseraufbereitung bis hin zur Kühlung auch noch gesenkt werden soll. In der Steiermark gibt es in Wohngebäuden mehr als 90.000 Ölheizungen und rund 48.000 Gasheizungen, das heißt, jährlich wären bis zu 7.000 Ölheizungen bzw. 3.000 Gasheizungen zu tauschen; auch in Graz sind zehntausende Haushalte betroffen.

Die Eigenheim- und WohnungsbesitzerInnen, die derzeit mit Öl, Gas oder Kohle heizen und auf die diese Umstellung zukommt, sind großteils bereits schwerst verunsichert, da

sich ihnen Fragen über Fragen stellen, für die es bislang jedoch keine oder kaum Antworten gibt:

- *Was tun, wenn die aktuelle Heizung kaputt ist?*
- *Wie lange und welche Reparaturarbeiten werden überhaupt zugelassen bzw. aufgrund der Ersatzteile möglich sein?*
- *Soll sofort und auf welche Alternative umgestellt werden? Wärmepumpe und Erdwärme sind primär nur für Häuser mit Fußbodenheizung geeignet und in den wenigsten Eigenheimen vorhanden, Fernwärme gibt es nicht überall – also was tun?*
- *Ist eine Heizungsumstellung für das kleine Einfamilienhaus, das quasi vom sprichwörtlichen Mund abgespart und mit immens vielen Eigenleistungen errichtet wurde, für mich oder die Kinder überhaupt finanzierbar, oder müssen wir unser Eigenheim am Ende zu einem Spottpreis an Immobilienverwerter verkaufen?*
- *Wie wird die angekündigte soziale Abfederung aussehen?*
- *Wo gibt es die Fachleute, die umfassend Bescheid wissen und eine seriöse Beratung durchführen?*
- *Gibt es eine siedlungsbezogene Lösung oder muss sich jeder alleine um eine Lösung bemühen?*

Dazu kommen natürlich auch noch spezifische regionale Fragen, etwa in Hinblick auf den Ausbau der Fernwärmeanschlüsse vor Ort sowie - mindestens ebenso wichtig – betreffend die Fernwärmeproduktion. Oder gibt es in der Region im Winter genug Öko-Strom für die Luft-Wärmepumpe? Ist das Potenzial bei den Installateuren groß genug, um nicht durch die massive Nachfrage in extra Preissteigerungen zu landen?

Fazit: Klimaschutz steht und fällt in Summe mit der Bereitschaft einer möglichst breiten Mehrheit, die erforderlichen Maßnahmen mitzutragen. Umso wichtiger wird es sein, etwa in Zusammenhang mit den geplanten Heizungsumstellungen seriöse, fachlich

fundierte Informationen und entsprechende Hilfestellungen anzubieten, damit diese für unser Klima so wichtige notwendige Maßnahme von vielen Betroffenen nicht als existentielle Bedrohung empfunden und somit Klimaschutz insgesamt abgelehnt wird. Die in diesem Zusammenhang zu beachtenden Bereiche sind:

- 1. Welche Heizungstechnik eignet sich für welches Objekt/Umfeld? Wer sorgt für eine möglichst „neutrale“ Beratung?*
- 2. Welche Kriterien zur Erreichung bestmöglicher wärmetechnischen Standards sind zu beachten – wieviel Energie ist notwendig, ist eine Sanierung zielführend?*
- 3. Gibt es Fernwärme in der Nähe und ist ein Anschluss möglich bzw. welche anderen Alternativen können zur Anwendung kommen?*
- 4. In welcher Größenordnung werden die kurz- und langfristigen Kosten der Umstellung unter Berücksichtigung aller Fördermöglichkeiten/Förderdschungels sein?*
- 5. Welche begleitenden Maßnahmen wären erforderlich bzw. machbar, um für diese Heizungsumstellungen größtmögliche Akzeptanz auch bei allen Betroffenen zu erreichen, um insgesamt das Bewusstsein für die Klimaschutzreize zu schärfen?*

Dass dieser gesamte Komplex nicht auf kommunaler Ebene allein gelöst werden kann, liegt auf der Hand: Einen wesentlichen Beitrag wird der Bund und im Speziellen das Klimaschutzministerium leisten müssen. Was es dazu aber vorrangig braucht, ist ein entsprechender „Fahrplan“, ein Masterplan, um den von den geplanten Heizungsumstellungen betroffenen Menschen die Sicherheit zu geben: Ja, die Heizungsumstellungen sind machbar, schaffbar, finanzierbar. Und dazu sind eben unter anderem die angeführten Problemfelder und Fragestellungen raschest abzuarbeiten.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Umweltstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, gemäß Motivenbericht und anhand unter anderem der darin aufgelisteten Fragestellungen bzw. Problemfelder einen Masterplan ausarbeiten zu lassen, wie der wachsenden Verunsicherung der Bevölkerung betreffend des im Sinne des Klimaschutzes beschlossenen schrittweisen Verbots von Heizungen mit fossilen Brennstoffen begegnet werden kann. Ein solcher Masterplan sollte auf jeden Fall auch beinhalten,

- a) welche Maßnahmen (Information, Beratungsleistungen, sachlich-fachliche bzw. finanzielle Unterstützungsleistungen/Förderungen) für eine positive Abwicklung der Heizungsumstellungen erforderlich sein werden und*
- b) welche dieser Maßnahmen seitens der Stadt Graz geleistet werden können bzw. welche Hilfestellungen und Unterstützungsleistungen von Land, Bund und speziell vom Klimaschutzministerium erwartet werden.*

Dem Gemeinderat ist bis spätestens November ein entsprechender Bericht vorzulegen.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke, Kollegin Bauer. Geschätzter Gemeinderat, es bewegt sich viel, du hast es gerade beschrieben, in Bezug auf die Energiewende, es ist viel in Bewegung im Bund. Auf Gesetzesebene gibt es ein Bündel an Maßnahmen, vieles wird gerade ausverhandelt und diskutiert und wir stehen vor großen Veränderungen. Das bringt die Energiewende mit sich und insofern denke ich auch, dass es Common Sense ist, dass wir aus Öl und Gas aussteigen wollen und dass es viele gemeinsame Anstrengungen braucht, und insofern unterstütze ich die Dringlichkeit, dass es nämlich wirklich dringlich ist, weil wir nur mehr wenig Zeit haben, um die Klimaziele zu erreichen, du hast es schon erwähnt, und um die Wende zu schaffen. Insofern entbehrt es ja nicht einer gewissen Ironie, dass gestern erst eure eigene Landesrätin sich gegen ein Verbot des Ölkesseltauschs ausgesprochen bzw. das beschlossen hat, dass sie das doch noch nicht durchzieht, aber zumindest die Öllobby ist begeistert. Ich denke mir nur, wir müssen wirklich gemeinsam, Bund, Land und Kommune, Anstrengungen setzen, um

diese Energiewende zu schaffen. Also insofern Unterstützung unsererseits, und die Andrea Pavlovec-Meixner wird eh auch noch was dazu sagen. Wir werden also gemeinsam an einem Strang ziehen müssen und natürlich muss diese ganze Wende sozialgerecht passieren, und es gibt eine Menge an Förderungen, jetzt vom Bund erst im April beschlossen. Von den 750 Mio., die für diese ganze Heizwende und Energiewende zur Verfügung stehen, sind 100 Mio. alleine vorbehalten jenen Menschen mit geringem Einkommen, mit sozial schwächeren Haushalten, die Unterstützung dabei bekommen sollen. Wir haben in Graz, und ich sage immer wieder, das ist das Klimaschutzprojekt schlechthin bisher, wir haben den Fernwärmeausbau, und da ist wirklich viel weitergegangen. Ich möchte mich an dieser Stelle wieder einmal beim Werner Prutsch, beim Leiter des Umweltamtes und dem Kopf, der federführend bei der Wärmegruppe der Stadt Graz das Ganze federführend betreibt, bedanken. Die haben in Graz sehr viel weitergebracht, mehr als bei der Mobilität, muss man dazusagen. Und ich möchte auch, weil den ganzen Tag heute schon auf der Seite da die Laufschrift vorbeigeht, etwas erwähnen, was gerade in Graz relevant ist in Bezug auf den Umstieg von Öl und Gas auf klimaschonende Fernwärme. Graz ist noch immer weit hinten in Bezug auf die Luftgüte. Wir haben nur mäßige Luftgüte, wir stehen auf Platz 234 von 323 von der EU-Umweltagentur ausgewerteten Städten, also wir haben auch hier eine gewisse Dringlichkeit. Und ich glaube, das Commitment, das haben wir auch über mehrere Gemeinderatsbeschlüsse hier im Raum beschlossen. Insofern verstehe ich, dass es eine Strategie braucht, dass wir einen Plan brauchen, wie das vor sich gehen soll die Wende, dass die Menschen auch wissen, wie das passiert, wie sie austauschen können, wie sie umsteigen können und dass es da einen Plan braucht. Es braucht aber meiner Ansicht nach keinen Masterplan. Wir haben den Energiemasterplan übrigens, der Energiemasterplan, die Evaluierung, das habe ich schon angekündigt, in der letzten Gemeinderatssitzung wird im Juli in den Ausschuss kommen. Das heißt, wir können dort den Energiemasterplan umfassend diskutieren, und da wird auch dargestellt an dem, was passiert bzw. was noch zu tun ist, und darauf aufbauend können wir auch wieder einiges beschließen. Was da jetzt angesprochen ist in Bezug auf Bund und Land und Informationen für die Menschen beim Umstieg

betrifft ausschließlich und in erster Linie eine Kommunikationsstrategie, deswegen auch der Abänderungsantrag von Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner. Ich würde bitten, den zu unterstützen, weil es geht um transparente und gute Information und Aufklärung für die Bürgerinnen und Bürger, damit sie wissen, woran sie sich wenden können, wenn sie die vielen Fragen, die in Ihrem dringlichen Antrag drinnen sind, beantwortet haben wollen, das geht durch eine ordentliche, gute Kommunikationsstrategie. Also ich bitte, das zu unterstützen und dann sollten sich in der Folge bald einmal alle auskennen, wenn wir das auch umsetzen. Dankeschön (*Appl.*).

GR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hoher Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream. Ja, Susanne Bauer, der Antrag ist dringlich. Wir von unserer Fraktion werden diesen Antrag unterstützen, auch deshalb, weil ich schon in der letzten Gemeinderatssitzung, da hast du das angesprochen, insbesondere die Thematik der zukünftigen Fernwärmeaufbringung, einschließlich, und das war der Knackpunkt, wenn ich das so sagen darf, der entsprechenden Förderungsmaßnahmen, angesprochen habe. Ja, wir müssen uns damit auseinandersetzen. Wie kann die zu befürwortende anzustrebende Dekarbonisierung, auch das hast du angesprochen, in der Praxis auf den konkreten Fall fokussiert, jetzt im Bereich der Heizung, umgesetzt werden? Da fehlen aus meiner und aus unserer Sicht die nachvollziehbaren, verständlichen Umsetzungs- und Förderungsmaßnahmen und Handlungsanweisungen, insbesondere auch heruntergebrochen auf die gerade diskutierten Themen, was das Steiermärkische Baugesetz und das Raumordnungsgesetz betrifft. Also wir müssen ja diese Schritte, die hier auf Bundesebene angedeutet und umgesetzt werden, möglicherweise noch mit dem EAG-Beschluss vor dem Sommer, die ja auch dann entsprechend dann in unseren Gesetzen der jeweiligen Bundesländer auch umgesetzt werden. Ich denke, und das hat die Frau Stadträtin angesprochen, es erscheint sinnvoll, die angesprochenen Fragen

und diesen Themenkomplex in einer hoffentlich zukünftig oder bald möglichen Präsenzsitzung des Umweltausschusses mit dem Umweltamt, Herr Dr. Prutsch ist ja ein Experte auf dem Gebiet, anzusprechen, zu diskutieren, ich glaube, das wäre die sinnvolle Vorgangsweise. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen und die Bitte aussprechen auch an die Astrid Schleicher, als Vorsitzende des Umweltausschusses in der nächsten Präsenzsitzung des Umweltausschusses diesen Themenkomplex anzusprechen, damit wir auch sozusagen die fragende Bevölkerung entsprechend informieren können. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Dankeschön, Kollege Topf, für die Unterstützung. Es ist ein Themenkomplex. Und liebe Frau Stadträtin, ich bin etwas erstaunt, dass du diesen Themenkomplex mit einer Informationskampagne wegwischen willst. Man kann nicht informieren, weil manche Informationen noch nicht da sind, die fehlen einfach. Und ich möchte jetzt noch eine Runde tiefer gehen, nämlich wer muss etwas tun? Ein Installateur muss planen, die Verwaltung muss genehmigen. Dann muss noch eine Entscheidung getroffen werden, wird getauscht oder saniert? Und dann noch das Ganze: Wie wird es finanziert? Das ist ein Themenkomplex, der noch weiteres dazu hat. Ein Wirtschaftskammervertreter hat gemeint, der Installateur-Innungsmeister der Steiermark, 2021 und 2022 sind die entscheidenden Jahre mit wichtigen Weichenstellungen, und wir stehen jetzt genau davor, und da hilft uns keine Informationskampagne. Es fehlen uns auch Fachkräfte, der Innungsmeister der Installateure hat auch gemeint, da ist was zu tun. Die Gewerkschaft hat eine Umweltarbeitsstiftung gefordert, um insbesondere auch jetzt der Arbeitslosigkeit zu begegnen und die notwendigen Arbeitskräfte auszubilden, die wir in diesem Bereich brauchen, es sind technische Fragen, die da geklärt werden müssen, und auch Förderungsfragen. Ich habe nachgesehen, in Österreich gibt es für den selben Tausch unterschiedliche Förderungen, die reichen von Niederösterreich 8.000 Euro bis hin 14.000 Euro in Tirol. Das heißt, hier ist eine Ungleichbehandlung auch über das Bundesland und dementsprechend meine ich, dass grüne Politik, wie es

jetzt hier von Bundesseite verkündet wurde, wir stellen um, und auf kommunaler Ebene, wo Verantwortung auch da ist, nicht angenommen wird. Wir wollen den Menschen die Probleme nehmen und dafür auch Sorge tragen und ich denke, dass man dahingehend auch zuarbeiten muss. Das darf man nicht ignorieren. Man darf auch nicht ignorieren etwas, wo wir noch unwissend sind, nämlich beispielsweise die Subjektförderung des Bundeskanzleramtes, das angesprochen wird oder angedacht ist, da müssen wir auch sagen, ja, bitte, wir wollen eine Subjektförderung, die soll so und so ausschauen. Ich denke, dass das die kommunale Aufgabe ist, und in dem Sinne natürlich auch dein Zuständigkeitsfeld. Ich denke auch, dass die Koordinierung in der Stadt notwendig ist zwischen Energieagentur, Stadtplanung und Information der Bürger und der Finanzen. Und wir haben auch Probleme natürlich im Bereich der Wohnbauförderung. Ich möchte jetzt noch das ansprechen, denn wohnbaugeförderter Wohnbau kann nur dann stattfinden, wenn die Wärmeversorgung auch dementsprechend gestaltet ist, auch hier haben wir zu tun. Also nicht wegschauen, nicht ignorieren, hinschauen und dementsprechende Aufgaben annehmen. Ich bedanke mich für die Unterstützung der Fraktionen für den Masterplan und freue mich auf die Diskussion im Umweltausschuss. Dankeschön (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.05 Uhr).

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream, liebe Susi Bauer, danke, für deine Initiative zum Energiethema und auch danke an Georg Topf für seinen Input. Wenn ich auch zugeben muss, dass ich teilweise über die Wortmeldungen etwas überrascht bin, weil von euch beiden Themen angesprochen wurden, wie das Raumordnungsgesetz, wie das Baugesetz,

bitte das sind eindeutig Themen, die auf Landesebene liegen und die wir in der Stadt Graz kaum lösen werden. Ich muss sogar sagen, im Gegenteil, wir wissen, dass wir ja oft mit Petitionen an das Land Steiermark herantreten, der Herr Bürgermeister hat das auch schon öfter erwähnt, die dann vom Land abgelehnt werden, weil das Land Steiermark oft nicht erkennt, dass es einen Unterschied gibt zwischen einem urbanen Raum und einem ländlichen Gebiet. Um zum Thema zurückzukommen, wir alle wissen, dass das Umweltamt und auch wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte seit vielen, vielen Jahre, ich sage nur Kommunales Energiekonzept, an verschiedenen Themen arbeiten, an der Energieeffizienz, an der Fernwärmeaufbringung und dass wir uns sehr bemühen, eine gute Lösung für die Stadt Graz zu bekommen. Es ist auch so, und das freut mich persönlich auch sehr, dass der Energiemasterplan nun soweit fertig ist, dass er in der nächsten Gemeinderatssitzung, also im Juli 2021, zuerst im Ausschuss und dann im Gemeinderat präsentiert wird. Ich glaube, das ist quasi das Nachfolgeprojekt zum Kommunalen Energiekonzept und sicher ein sehr spannendes Thema, das wir diskutieren werden. Ich habe diesen dringlichen Antrag ehrlich gesagt nicht verstanden, weil es einfach so ist, dass auch wir viele Anfragen bekommen von Bürgerinnen und Bürgern, aber natürlich auch von UnternehmerInnen die Anfragen kommen, und es gibt Energieberatungsstellen, man kann zum Umweltamt gehen, man kann zum Land Steiermark gehen, man kann zu den Energieagenturen gehen, auch die EVUs bieten Unterstützung an. Also alles, was beschlossen ist an Maßnahmen und an Förderungen, all das wissen diese Leute und können diese Information zur Verfügung stellen und zu dem, was noch nicht beschlossen ist, kann natürlich auch der beste Energieberater, die beste Energieberaterin keine Information geben mehr. Und ich glaube aber, dass es wichtig ist, diese Beratungsleistungen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und deshalb war auch unser Vorschlag, dass man da eben eine Informationskampagne unter Federführung der städtischen Klimaschutz Arbeitsgruppe ins Leben ruft und dass man vor allen Dingen auch dem Thema Energieeffizienz ein stärkeres Augenmerk gewährt. Es ist einfach so, wir können nicht so tun, als könnten wir unendlich mehr Energie aufbringen, sondern wir müssen echt schauen, dass wir einmal beim Weg der Einsparung vorankommen, und deshalb ist gleichzeitig das

Thema der thermischen Sanierung mitzunehmen, der thermischen Sanierung von Gebäuden und natürlich auch beim Einsatz von energieeffizienten Geräten. Daher stelle ich seitens der Grünen folgenden

Abänderungsantrag:

Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz werden unter inhaltlicher Federführung der städtischen Klimaschutzarbeitsgruppe mit der Ausarbeitung einer Informationskampagne zu den Themen thermische Sanierung und Heizungsumstellung zur Erreichung der Klimaziele beauftragt. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen einerseits der Bewusstseinsbildung und andererseits der Bekanntmachung der Beratungs- und Unterstützungsangebote dienen. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Auch uns erreichen Anfragen von BürgerInnen zu den neuen Vorgaben bei Heizungsumstellungen. Glücklicherweise gibt es Angebote im Umweltamt der Stadt Graz und über das Land Steiermark sowie die Energieagenturen, wo sich BürgerInnen Informationen über passende alternative Heizsysteme und Fördermöglichkeiten auf allen Ebenen vom Bund abwärts abholen können. Zusätzlich gibt es eine gute Kooperation mit sozialen Einrichtungen wie der Caritas und der Diözese, die als Anlaufstelle für sozial Schwache empfohlen werden können.

Sicher ist es sehr wichtig und wünschenswert, diese Angebote verstärkt und gebündelt durch geeignete Kommunikationsmaßnahmen an Betroffene heranzutragen. Zur Erreichung unserer Klimaziele wird die Umstellung des Heizsystems allein aber nicht ausreichend sein. Energie-Effizienz und damit verbundene Maßnahmen zur thermischen Sanierung von Gebäuden sind das Gebot der Stunde, wenn wir in unserer Stadt im Kampf gegen den Klimawandel erfolgreich sein wollen!

Daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgenden

Abänderungsantrag:

Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz werden unter inhaltlicher Federführung der städtischen Klimaschutzarbeitsgruppe mit der Ausarbeitung einer Informationskampagne zu den Themen thermische Sanierung und Heizungsumstellung zur Erreichung der Klimaziele beauftragt. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen einerseits der Bewusstseinsbildung und andererseits der Bekanntmachung der Beratungs- und Unterstützungsangebote dienen.

KO GR Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen. Liebe Antragstellerin in dem Fall, danke Susi, dass du diesen Antrag, diesen dringlichen, eingebracht hast, ich halte ihn für sehr, sehr wichtig, denn eine Heizungsumstellung letztendlich und quasi ein Ausstieg aus dem Öl, aus fossilen Brennstoffen usw., ich glaube, das brauchen wir hier nicht mehr diskutieren, das ist ja wahrscheinlich hier hoffentlich unisono auch so oder wird auch so gesehen. Dass gestern diese Entscheidung anders ausgegangen ist, das ist ja wohl eine logische Tatsache aufgrund dessen, weil die Datenlage, die Basisförderungen, nicht einmal klar sind oder sonst irgendwas. Wie soll denn das gesetzlich sofort jetzt schon in dieser Form, bevor die anderen Informationen abgebildet sein? Also da frage ich mich schon, das hat schon eine gewisse Logik gehabt. Das kann doch gar nicht anders sein. Wie sollte das sonst sein? Stellt euch vor, wir gehen jetzt zu Häuslbauerinnen und Häuslbauer und EigentumswohnungsbesitzerInnen und MieterInnen und was auch immer und sagen: So, es ist jetzt entschieden worden, Ausstieg aus dem Öl, ja, gut, 2022 die Klimazielerreichung oder bzw. für die Klimaziele, und ok, ihr nehmt jetzt ein paar Tausend Euro in die Hand, und sehr viele Tausend Euro in manchen Fällen, und jetzt werden wir umstellen. Jetzt weiß aber keiner, wie und auf was. Was ist überhaupt geeignet usw. Dann werden Stellen angesprochen, Informationsstellen, ja, stimmt

schon, aber nur die Leute können jetzt von Pontius zu Pilatus rennen, um sich die ganzen Informationen einzuholen; natürlich ist das eine Holschuld, aber es ist auch eine Bringschuld, und da muss man schon einmal klarmachen: Was will man, was will man bewirken damit, wie soll das ausschauen, wie kann das gut funktionieren, wie kann die Finanzierung sichergestellt werden, wie können Unterstützungsleistungen sichergestellt werden? Ich glaube, das muss man in der Reihenfolge schon einmal behirnen, weil das grenzt ja schon fast, entschuldigt mir den Ausdruck, aber ein bisschen an Überheblichkeit, hier herzugehen und zu sagen: Ja, wir stellen uns das jetzt so vor und dann macht ihr das bitte alle so. Aber vom Bund abwärts wird nicht einmal angegeben, wie man sich das vorstellt und wie das im Detail aussehen soll. Und beim Abänderer dann, der geht eigentlich fast an die Decke, weil beim Abänderer liest man dann: Ja, da gibt es die Informationen dort und da und zusätzlich gibt eine gute Kooperation mit sozialen Einrichtungen wie die Caritas und der Diözese, die als Anlaufstelle für sozial Schwache empfohlen werden können. Ich meine, entschuldigt, wisst ihr, was das heißt, was ihr da geschrieben habt? Ihr habt geschrieben: Wer sich grünen Klimaschutz nicht leisten kann, soll zur Caritas gehen. Ich meine, wo kommen wir denn da hin? Nicht böse sein (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

8.9 Teilzeitfalle (GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, geschätzte Damen und Herren im Livestream. Die sogenannte „Teilzeitfalle“ ist uns allen im

Gemeinderat ein Begriff, weil wir sie hier im Gemeinderat auch schon oft genug diskutiert haben. Wie wissen, dass vor allem Frauen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, also oft in Teilzeit und in den Beschäftigungsverhältnissen, von denen sie sich ihr Leben einfach nicht leisten können, arbeiten und oft keine Möglichkeit haben, von Teilzeit auch auf Vollzeit umzusteigen. Heute geht es nicht darum, die Teilzeit per se zu verteufeln, denn sie ist keine schlechte Erfindung, sofern sie freiwillig ist und auch nur in kurzen Lebensphasen angewendet wird. Wird Teilzeit zur Norm, hat das zur Folge, dass Menschen, und vor allem auch Frauen, sich ihr Leben nicht leisten können und dass sie auch vorprogrammierte Altersarmut zu erwarten haben. Die Stadt Graz hat sich die Frauenförderung an die Fahne geheftet und auch im letzten Gemeinderat haben wir hier den Gleichstellungsplan des Haus Graz beschlossen, unter den Zielen wir auch die vermehrte Vollzeitquote oder die Vollzeitquote erhöhen fanden, dennoch finden wir uns nach zahlreichen Anträgen leider schon wieder am gleichen Punkt. Auch im Haus Graz gibt es die Teilzeitfalle, auch bei uns arbeiten Frauen vermehrt in Teilzeit und die Pandemie hat uns auch gezeigt, dass diese Drängung in Teilzeit oder sogar in Geringfügigkeit noch ärger geworden ist. Aber die Pandemie hat uns auch gezeigt, dass es meistens auch diese frauendominierten Bereiche sind, die unsere Stadt am Laufen gehalten haben, aber es sind auch leider die gleichen Bereiche, die oft durch geringe Einkommen und vor allem erhöhte Teilzeitquoten schlechter bezahlt und schlechter entlohnt werden. Oft sind auch diese Teilzeitmodelle die Norm und, wie gesagt, die Frauen haben dann keine Möglichkeit, eben auf Vollzeitmodelle umzusteigen. Im Personalbericht des Hauses Graz von 2019 geht auch hervor, dass wir einen enormen Gender-Gap, also einen enormen Unterschied zwischen Männern und Frauen, über alle Bereiche im Haus Graz und im Magistrat haben, wobei Männer in allen Bereichen fast auf 95 % Beschäftigungsgrad kommen, kommen Frauen nur in der Holding auf einen 90 % Beschäftigungsgrad, in allen anderen Bereichen fällt das massiv ab. In den Shared Services kommen wir derzeit nur auf 65 % Beschäftigungsgrad. Wir wissen alle, was die am stärksten betroffenen Bereiche sind, das sind die Reinigungskräfte, das sind die Kinderbetreuung und das ist auch der Parkraumservice. Wir haben heute schon für

eine Reinigungskraft hier applaudiert, und das möchte ich noch einmal tun, danke für den Service, danke für den Service in der Pandemie, aber Applaus am Ende des Tages ist nicht genug, wir erhoffen uns höhere Einkommen und mehr Wertschätzung auch durch diese Einkommen. Im Bereich des Parkraumservice finden wir auch fast ausschließlich 50-prozentige Beschäftigungsverhältnisse und jenen Damen und Herren werden die Nachteile im späteren Einkommensleben deutlich spürbar werden. Die vorwiegend weiblichen Reinigungskräfte haben in der Pandemie und auch davor einen extrem wichtigen Betrag für unsere Stadt geleistet und trotzdem haben sie, obwohl der Flächenauftrag oft gestiegen ist, in der Vergangenheit die Stundenaufwendungen nur sehr leicht anheben können. Und deswegen stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

1. Der zuständige Beteiligungsstadtrat Günter Riegler möge im nächsten Gemeinderat im Juli 2021 den Bericht über die Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse im Haus Graz und die seit 2017 ausstehenden Lösungsansätze für Teilzeitbeschäftigten, welche ein Vollzeitverhältnis anstreben, vorlegen. Desgleichen wird Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio ersucht, einen analogen Bericht betreffend die Magistratsabteilungen der Stadt Graz vorzulegen.

Und Punkt 2, weil uns auch hier schon oft erklärt wurde, dass gewisse Bereiche keine Vollzeitstellen aufweisen können, fordern wir im 2. Punkt auch:

2. Die zuständigen Bereiche der Stadt Graz mögen prüfen, ob in Fällen, wo Vollzeit-Normarbeitsmodelle nicht möglich sind, eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich umsetzbar wäre.

Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die sogenannte „Teilzeitfalle“ ist uns allen im Gemeinderat ein Begriff, auch weil diese Problematik schon vielfach hier diskutiert wurde. Frauen sind vermehrt von atypischen Beschäftigungsverhältnissen betroffen und haben oft keine Möglichkeit, von Teilzeit- auf Vollzeit-Beschäftigung umzusteigen. Teilzeit-Arbeitsmodelle sind per se keine schlechte Erfindung, wenn sie durch die ArbeitnehmerIn gewünscht und nur als zusätzliches Alternativ-Modell für kurzweilige Lebensphasen eingesetzt werden.

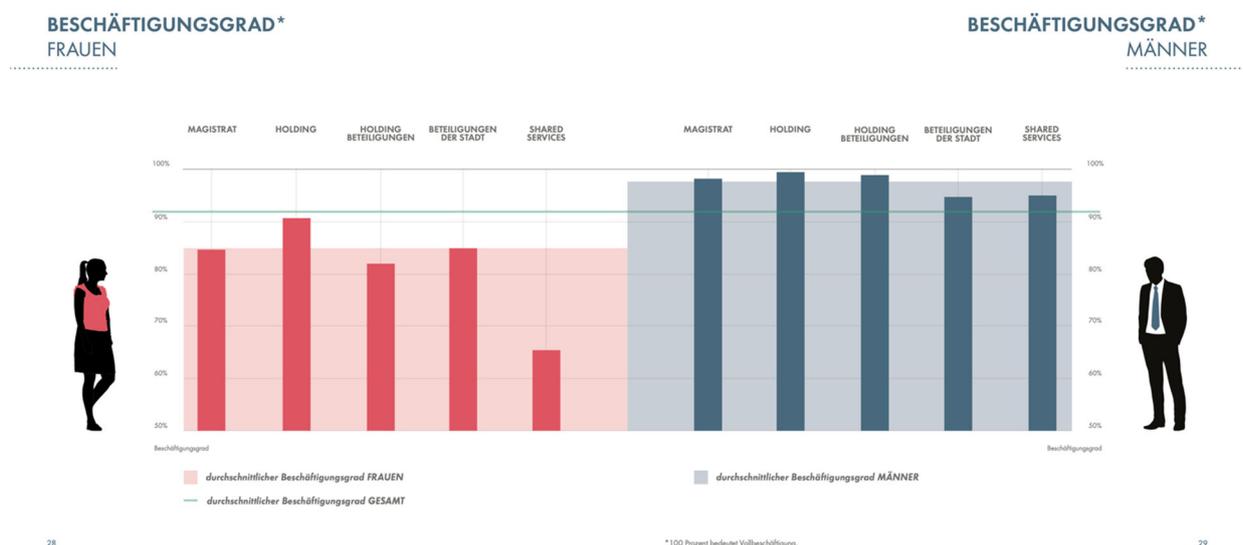
Die Stadt Graz hat sich zwar die Frauenförderung und die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen an die Fahnen geheftet, doch ist sie in diesem Fall leider kein Vorbild für die Privatwirtschaft. Erst im letzten Gemeinderat stand der Gleichstellungsaktionsplan des Hauses Graz an der Tagesordnung, unter anderem auch mit zahlreichen Punkten zum Ausgleich struktureller Benachteiligung im Arbeitsbereich. Auch der Punkt „Vollzeitquote erhöhen und Umstieg von Teilzeitbeschäftigungen“ fand sich unter jenen Zielen. Dennoch finden wir uns, auch nach zahlreichen angenommenen Anträgen, am gleichen Punkt wieder:

Die Teilzeitfalle betrifft immer noch vor allem Frauen, die Pandemie hat noch mehr Frauen in Teilzeit oder sogar in die Geringfügigkeit oder Jobaufgabe gedrängt und auch für die besonders betroffenen Bereiche im Haus Graz liegen uns keine Lösungsansätze vor.

Durch die Pandemie wurden wir daran erinnert, dass es auch die Frauen-dominierten Bereiche sind, die unsere Stadt am Laufen gehalten haben und einen besonders wichtigen Dienst an der Gemeinschaft leisten. Trotzdem sind es oft auch genau dieselben Bereiche, die eine besonders hohe Teilzeitquote aufweisen oder sogar Teilzeit-Beschäftigung als Normarbeitsmodell vorsehen. Die Folgen daraus sind meist gering entlohnte Frauen, die sich ihr Leben nicht leisten können und vorprogrammierte Altersarmut in der Zukunft!

Für das Haus Graz und die Stadt Graz gibt es hier genügend Handlungsbedarf: Wie aus dem Personalbericht des Haus Graz 2019 hervorgeht, liegt über dem gesamten Haus

Graz mit all seinen Bereichen ein enormer Gender Gap in der Vollzeitbeschäftigung. Während Männer durchschnittlich in keinem Bereich unter ein 95 %-Anstellungsverhältnis kommen, erreichen Frauen ein durchschnittlich 90 %-Anstellungsverhältnis nur im Bereich der Holding. Alle übrigen Bereiche wie Magistrat, Beteiligungen, etc. weisen einen signifikant niedrigeren Beschäftigungsgrad auf. Besonders drastisch erkennbar in den „Shared Services“, wo Teilzeit die Norm ist und damit nur einen durchschnittlichen Beschäftigungsgrad von 65 % aufweist.



Die am stärksten betroffenen Bereiche sind uns ebenso allen bekannt: die Reinigungskräfte, die Kinderbetreuung und auch das Parkraum-Service. Das sind jene Bereiche, in denen die Teilzeitquote überproportional hoch oder sogar Teilzeit die Norm ist. Dies hat sich auch in den letzten 4 Jahren, seit dem einstimmig angenommenen Dringlichkeitsantrag der SPÖ, nicht erheblich verbessert.

Im Bereich des Parkraum-Service finden wir fast ausschließlich 50 %-Beschäftigungsverhältnisse, welche jenen Damen und Herren aber auch dementsprechende Nachteile im späteren Einkommensleben bereiten.

Unsere vorwiegend weiblichen Reinigungskräfte leisten einen extrem wichtigen Beitrag in der Stadt Graz und trotzdem sind auch sie in der Stadt Graz und unseren Beteiligungen fast ausschließlich in geringem Stundenausmaß beschäftigt und dadurch auch in absoluten Zahlen sehr gering entlohnt. Verbesserungen im Stundenausmaß konnten in der Vergangenheit nur um wenige Stunden pro Tag erreicht werden, obwohl der Flächenauftrag in vielen Fällen gestiegen ist.

Im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

- 1. Der zuständige Beteiligungstadtrat Günter Riegler möge im nächsten Gemeinderat im Juli 2021 den Bericht über die Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse im Haus Graz und die seit 2017 ausstehenden Lösungsansätze für Teilzeitbeschäftigten, welche ein Vollzeitverhältnis anstreben, vorlegen, desgleichen wird Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio ersucht, einen analogen Bericht betreffend die Magistratsabteilungen der Stadt Graz vorzulegen.*
- 2. Die zuständigen Bereiche der Stadt Graz mögen prüfen, ob in Fällen, wo Vollzeit-Normarbeitsmodelle nicht möglich sind, eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich umsetzbar wäre.*

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke, Anna Robosch, für den Antrag, den zumindest meine Fraktion in der Dringlichkeit unterstützt, weil es ein dringliches Thema ist. Wir alle wissen, dass Teilzeit, und du hast es ausgeführt auch im Motiventext, nicht existenzsichernd ist. Wir wissen noch immer, dass die Hauptlast von unbezahlter Arbeit in der Betreuung, in der Pflege Frauen übernehmen, das haben wir besonders jetzt in der Pandemie erlebt. Wir wissen, dass oft viele schlechter bezahlt wird, dass diese Berufe leider weniger wert

sind, wir haben hier schon mehrmals auch im Zusammenhang mit den Einkommensberichten im Gemeinderat die Diskussion gehabt, ja, es verdienen in den jeweiligen Berufsgruppen Männer und Frauen gleich viel, aber die Entlohnung ist trotzdem nach wie vor unterschiedlich bewertet, das sehen wir in den frauentypischen Berufen. Frauen bekommen einfach in der Regel für gleichwertige Arbeit weniger bezahlt, und gerade in dem Zusammenhang, wir wissen, dass auch Alleinerziehende, wir haben da heute den Sozialbericht vorliegen, da steht auch wieder drinnen, ganz eindringlich, dass Alleinerziehende und Alleinstehende, in der Regel Frauen, armutsgefährdet sind. All das hat mit der Berufsbiografie zu tun und mit dem beruflichen Vorleben und dem, was man dann an Geld im Alter übrig hat, deswegen sollte die Stadt Graz als Vorbild voranschreiten. Wir unterstützen das. Wir sollten Transparenz herstellen. Wir sollten faire Löhne zahlen bei verantwortungsvoller Arbeit, die viele Menschen und Frauen im Haus Graz leisten. Wir sollten die Berufe neu bewerten, nämlich genau die in der Pflege, in der Reinigung, dort, wo Frauen wenig verdienen und trotzdem wertvolle Arbeit machen, und wir sollten offensiv Arbeitssuchende aufnehmen, um da auch als Arbeitgeberin, die Stadt Graz als Arbeitgeberin, voranzuschreiten. Ein Thema vielleicht noch das ist die fehlende Kinderbetreuung. Gerade bei den Kindern unter einem Jahr haben wir, also was Kinderkrippen anbelangt, noch Nachholbedarf. Also Frauen ist es teilweise auch verunmöglicht, vor allem wenn sie Alleinerziehende sind, dass sie dann der Arbeit nachgehen in der Vollzeit, und auch da sollten wir hinschauen. Also insofern unterstützen wir die Dringlichkeit. Danke (*Appl.*).

GR Luttenberger:

Guten Abend, sehr geehrte Damen und Herren und auch an alle HörerInnen, die uns hier global zuschauen. Ich mache es kurz, also wir stimmen der Dringlichkeit und im Großen und Ganzen auch dem Inhalt dieses Antrages zu, mit einer einfachen Begründung: Je länger eine Kollegin oder ein Kollege Teilzeit arbeitet oder arbeiten muss, es gibt ja auch durchaus Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das einige

Zeit gerne freiwillig machen, denen muss klar sein, dass es dann bei der Pension nicht sehr gut aussieht. Und wir glauben auch, dass die Stadt Graz hier durchaus Möglichkeiten hätte, dass man sich das einmal anschaut und dass man sich einmal zusammensetzt und dass man das einmal genau beleuchtet und diskutiert. Der Inhalt, der Motivenbericht, der ist sehr gut recherchiert, da kann man überhaupt nichts sagen, es geht um die Bereiche Kinderbetreuung, es geht um die Bereiche Reinigung und es geht teilweise auch um den Bereich der Parkraumwirtschaft, und ich möchte sozusagen eine Lanze brechen für eine Gruppe, die da jetzt gar nicht genannt ist, nämlich für die Personalvertretung der Stadt Graz bzw. im Haus Graz. Da gibt es eine Menge Expertise und Erfahrungsberichte, und die Kolleginnen und Kollegen sollte man hier einbinden bzw. nicht aus der Verantwortung entlassen, also deswegen auch hier mein Appell an die Spitze der Personalvertretung in Graz, aufgewacht und mitgemacht, das gibt es einiges zu tun, und ich glaube, die betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben sich das verdient, jetzt sage ich schon, fast egal, ob das jetzt als dringlich eingestuft wird oder nicht, dringend ist es allemal. Danke fürs Zuhorchen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Schönbacher:

Das ist so ein bisschen wie alle Jahre wieder, kommt mir das vor. So ein versteckter Versuch, die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Gehalt wieder einzuführen und das dann zu belegen, das macht halt die Sozialdemokratie sehr gerne. Ich weiß, dass sehr viel Frauen gerne Teilzeit arbeiten, auch Männer. Alleine nur durch die Work-Life-Balance wollen sehr viele nur mehr weniger Stunden arbeiten; natürlich kommt euch das dann Recht, wenn man sagt, ok, man arbeitet weniger Stunden, aber bekommt dafür das volle Gehalt. Das ist nicht unser Zugang, weil als Stadt Graz sind wir verantwortlich, wir müssen sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig arbeiten, und wenn jetzt z.B. im Reinigungsdienst ein 30-Stunden-Job ausgeschrieben ist, dann habe ich halt nicht mehr Stunden zur Verfügung und dann ist zwar romantisch zu sagen, ja ok, dann zahle ich halt Vollzeit, obwohl ich nur 30 Stunden zur Verfügung habe, sozialromantisch, aber das ist nicht wirtschaftlich, und das geht einfach nicht. Weil wir müssen einfach

Verantwortung zeigen, indem wir gut haushalten mit unseren Einnahmen und Ausgaben und da können wir einfach nicht verschwenderisch das Geld verteilen, so sehr romantisch und nett sich das auch anhört. Wie gesagt, wenn die Stunden da sind, dann kann man das auch dementsprechend entlohnen. Aber für uns wäre das wirklich ein Hintertürchen, wir nehmen lieber Geld in die Hand, um Arbeit zu schaffen und lassen sie sie uns nicht reduzieren, das ist nicht unser Zugang, und ich möchte noch wirklich eine Lanze brechen für die Teilzeitarbeit. Weil meine Mama, die hat so viel Zeit gehabt für mich und meine Schwester als Kind, und das war für mich immer so schön, dass ich mir immer gedacht habe, wenn ich einmal ein Kind bekomme, dann möchte ich für dieses Kind Zeit haben, und ich möchte echt dafür plädieren, dass wir mehr Geld den Frauen geben, die länger bei ihren Kindern zuhause bleiben, die für ihre Kinder da sind. Das haben sich unsere Kinder, die Mütter und Väter auch verdient, das wäre unser Zugang, und wenn man dann Teilzeit arbeiten möchte, und die Kinder nicht zu kurz kommen, dann soll das so sein. Und im Haus Graz ist es so, dass wenn man wechseln möchte auf mehr Stunden, dann ist das auch möglich, deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen (*Appl.*).

GR Mag. (FH) **Egger:**

Herr Bürgermeister, werte Stadtregierungsmitglieder, wenn die zwei Damen aufgehört haben zu tratschen, rede ich weiter.

Zwei Gemeinderätinnen unterhalten sich in der Nähe des Podiums.

GR Mag. (FH) **Egger:**

Danke für die ungeteilte Aufmerksamkeit, Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Ich möchte meine Wortmeldung dreiteilen. In einem ersten Teil sagen, dass das ein ganz wichtiges

Thema ist und zwar, wenn es darum geht, die Wahlfreiheit in der Berufsausübung sicherzustellen und klar darauf hinzuweisen, dass in den allermeisten Fällen die Teilzeitarbeit der Wunsch des jeweiligen Betroffenen ist. Fast 90 % jener, die Teilzeit arbeiten, wollen auch Teilzeit arbeiten, das darf man in dem Zusammenhang nicht vergessen. Und die Teilzeitarbeit ist ein ganz wichtiger Teil in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (*Appl.*).

Wenn 90 % das wollen, wollen 10 % das nicht. Das stimmt, da bin ich sehr dafür, dass wir uns gemeinsam überlegen, wie wir diesem Wunsch nähertreten. Ich widerspreche dem Kurt Luttenberger sehr ungern, damit bin ich bei meinem zweiten Teil, der gesagt hat, der Motivenbericht ist sehr gut recherchiert. Ich habe mich auch ein bisschen auf den Weg gemacht, um mit den einzelnen betroffenen Töchtern zu sprechen und bin zum Schluss gekommen, der Motivenbericht ist relativ schleißig recherchiert, nämlich deswegen, weil die Antragstellerin nicht einmal mit GBG, nicht einmal mit dem Parkraumservice telefoniert hat, um zu schauen ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Robosch: Doch, habe ich.

GR Mag. (FH) Egger:

... zumindest nicht mit der Geschäftsführung.

Um zu schauen, was sind die wahrlichen Motive dahinter. Und das freut mich ja ganz besonders, dass auf einmal die Sozialdemokratie daherkommt, und damit bin ich bei meinem ersten Beispiel, nämlich in der GBG, bei Damen und Herren, die im Putzdienst sind, mit mir darüber reden, wie man Arbeitsrecht z.B. eine Teilung von Vormittagsdienst und Nachmittagsdienst zusammenbringt. Weil sonst ist es relativ schwer möglich, wenn ich an den Tagesrandzeiten Putzdienst habe, nämlich bevor ich dort die öffentlichen Flächen nutze, nämlich in einer Schule z.B., von 4.00 Uhr Früh oder 5.00 Uhr Früh bis 8.00 Uhr, und dann nach der Schule wieder in den Dienst gehe, nämlich, wie ihr sicher wisst, brauche ich zwischen den zwei Einheiten elf Stunden

Ruhezeit. Das geht sich nicht ganz aus. Aber wenn wir darüber reden wollen, also ich bin der Erste, der dort dabei ist. Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, aber man muss halt ein bisschen aufpassen, dass man im Politischen oder, wie soll ich sagen, dass im Überziehen der Forderungen man nicht den Vogel abschießt. Beim Parkraum ist es so, dass viele gar nicht 40 Stunden arbeiten wollen, das die ganze Zeit jemandem zu unterstellen, und vor allem verstehe ich ja gar nicht, warum man jetzt hergeht als Gemeinderätin mit einem dringlichen Antrag, eine eigene Stadttochter anpatzt, wo man die Möglichkeit hätte, zum Handy zu greifen und, falls du die Handynummer nicht hast, kann ich sie dir gerne geben, und sich dort einmal zu erkundigen, was wollen die MitarbeiterInnen? Wie rennt das dort? Wie kann man das organisieren? Wie kann man das gemeinsam auf die Reihe bringen? Es gibt ja gar kein Interesse, das gemeinsam zu machen. Es geht um einen billigen Punkt in der Zeitung, die auch nicht recherchiert und nicht nachfragt, und darum, einfach aufzuzeigen, dass man auch da ist. So funktioniert Politik nicht (*Appl.*).

Und nachdem das rote Lamperl schon leuchtet, komme ich zu meinem dritten Punkt, der Armin Sippel ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das heißt eigentlich, dass man dann aufhören soll zu reden.

GR Mag. (FH) Egger:

... ich habe ja von der KPÖ gelernt, dass Redezeitbeschränkungen nicht wirklich dazu da sind, um aufzuhören zu reden, wenn es darum geht, dass das rote Lamperl leuchtet ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Heute nicht aufgepasst wahrscheinlich.

GR Mag. (FH) **Egger:**

... heute nicht, aber die letzten Male gut zugehört. Damit bin ich ...

Bgm. Mag. **Nagl:**

Meine Damen und Herren, keine Wechselreden. Bitte, die Zeit auch wieder einhalten.

GR Mag. (FH) **Egger:**

... außerdem habe ich ein paar Sekunden gut, wo die zwei Damen sich am Anfang unterhalten haben. Damit bin ich jetzt beim dritten Punkt. Der Armin Sippel hat heute angesprochen, er vergibt den Award des besten oder lustigsten Antragstextes. Ich glaube, da kann man jetzt mithalten, wenn man sich nämlich den Punkt 2 durchdenkt, die zuständigen Bereiche der Stadt Graz mögen prüfen, ob in Fällen, wo Vollzeit-Normarbeitsmodelle nicht möglich sind, eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn umsetzbar wäre. Heißt übersetzt, zwei 20-Stunden-Jobs für 200 % Gage, also großartige Idee, das übertrifft sogar den kommunistischen Antrag vom letzten Mal, wo der Kurt Luttenberger den See plus dem Hotel nach Simmering verpflanzen wollte. Also ich glaube, da müssten wir noch einmal nachdenken darüber, wenn man solche Texte schreibt, daher finden wir den Antrag nicht dringlich (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl:**

Es darf sich jeder zu Wort melden. Ich darf auch wieder alle bitten, dem Kollegen oder der Kollegin, die am Rednerpult sind, die Aufmerksamkeit zu schenken, ich darf auch alle bitten, sich an die Redeordnung zu halten, wenn jemand sich zu Wort melden möchte, geht da ja. Frau Stadträtin Kahr hat sich gerade gemeldet.

StRⁱⁿ Kahr:

Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Ich hätte mich gar nicht zu Wort gemeldet, aber weil heute so oft von einem Award vergeben geredet wird und der Herr Gemeinderat Egger hier ja indirekt auch uns angesprochen hat. Erstens einmal, danke Anna, dass du diesen Antrag einbringst und es ist unbestritten, dass hier im Gemeinderat sowieso jede Fraktion eine Haltung und Position dazu haben kann. Wir teilen deine Überlegungen und unterstützen das natürlich selbstverständlich gerne, und eines ist auch klar, um irgendwie weiter den Award zu verteilen, der Herr Gemeinderat Egger wird den Award für Interessen von Arbeitern und Angestellten ganz sicher nicht bekommen (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

So, jetzt habe ich auch wieder einen Fehler gemacht, weil die Frau Stadträtin hätte ja gar nicht reden dürfen, weil wir ja noch bei der Dringlichkeit sind, deswegen darf noch jemand zur Dringlichkeit reden. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, dann darf die Antragstellerin zum Schlusswort kommen.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vielen, vielen Dank an die Stadträtin, an die KPÖ und, ich schätze, auch an die Grünen für die Unterstützung. Aber heute ist schon viel zu dem Thema gesagt worden. Und, liebe Claudia, ich finde es ein bisschen komisch ehrlicherweise, dass du dich zum Pflege Thema herausstellst und sagst, es ist so oft schon gesagt, dass die Pflege mehr Wertschätzung verdient, es ist schon oft gesagt, dass die Pflege mehr Geld verdient und noch nie ist was passiert. Genau das Gleiche ist es eben bei der Teilzeitfalle auch, und 2017 haben wir genau hier einen einstimmigen Beschluss zusammengebracht, der sich dieser Thematik, genau dieser Thematik, für die Menschen, die Teilzeit in Graz arbeiten, die aber Vollzeit arbeiten wollen, widmet. Der ist damals 2017 einstimmig ausgegangen, seitdem haben wir weder einen Bericht im

Gemeinderat gesehen, noch haben wir Lösungsansätze für diese Thema präsentiert bekommen und heute sagt ihr, eigentlich ist es schon ein Problem, aber wir sind nicht mehr willig, uns diesem Problem anzunehmen und das ist wirklich auch das, was die Leute, glaube ich, in Graz und generell an der Politik so anzipft, dass immer nur geredet wird, aber die Lösungen will dann keiner finden. Und weil angesprochen worden ist, 90 % wollen Teilzeit arbeiten, mich würde auch interessiert, wo du die diese Zahlen hernimmst. Und selbst wenn es 90 % wären, sind 10 % sehr viele und könnten wir diesen 10 % die Vollzeit auch geben. Aber genau diese Bereiche, die ich heute aufgezählt habe, sind schon hier im Gemeinderat gestanden, die GPS ist schon hier gestanden und hat uns erklärt bei einem Antrag von der Alex Marak-Fischer, dass es körperlich für die Angestellten nicht möglich ist, das Parkraumservice in Vollzeit auszuüben. Wir haben damals auch lange darüber diskutiert, aber am Ende des Tages kann es auch nicht auf der anderen Seite sein, dass man sagt, es gibt keine Vollzeit und wir zahlen auch den Menschen über lange Zeit hinweg Löhne, die sie dann in der Altersarmut enden lassen. Das kann auch einer Stadt Graz nicht würdig sein und das kann uns auch nicht recht sein. Und zum Abschluss möchte ich noch sagen, ich habe sehr wohl recherchiert, ich habe sehr wohl mit sehr vielen Bereichen gesprochen, ich werde meine Quellen jetzt hier sicher nicht preisgeben, und sehr viele von den Angestellten und ArbeiterInnen wollen eben nicht Teilzeit arbeiten, vor allem auch nicht über so lange Zeit hinweg, weil sie sich ihr Leben einfach nicht mehr leisten können. Und auch schön, wenn sie Zeit für Work-Life-Balance haben, meine Mama hat auch in der Stadt Graz selbst sehr lange Teilzeit gearbeitet, sie hat gerne in dem Bereich gearbeitet, aber am Ende des Tages wird sie irgendwann einmal mit einer sehr, sehr geringen Pension ausgestattet sein, obwohl sie ihr ganzes Leben lang einen sehr wichtigen Beruf in der Kinderbetreuung gemacht hat, und das ist, wie gesagt, einfach einer Stadt Graz nicht würdig. Danke (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Meine geschätzten Damen und Herren, ich könnte auch erzählen, dass meine Mutter eine Rente von 360 Euro letzten Endes bezogen hat, aber ich möchte auf etwas anderes aufmerksam machen, weil sehr, sehr viele Stadtsenatsmitglieder, aber auch Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, heute hier ein Bild gezeigt haben, das aus meiner Sicht dem Hause Graz, der Stadt Graz und auch unseren Beteiligungen nicht entspricht. Beginnen möchte ich damit, dass heute gesagt wurde, dass es nicht faire Löhne gäbe. Ich möchte festhalten, dass in der Stadt Graz für die gleiche Arbeit, egal ob Mann oder Frau, der gleiche Lohn bezahlt wird, und ich will da gar keine falschen Gerüchte in die Welt kommen lassen (*Appl.*).

Das Zweite, meine geschätzten Damen und Herren, ist mir auch wichtig, es fehle die Transparenz oder es gäbe keine Berichte. Selbst in diesem dringlichen Antrag von Frau Gemeinderätin Robosch ist sehr klar ersichtlich durch die Grafik, die drinnen ist, dass wir jährlich Berichte erstellen und dass wir, glaube ich, als Magistrat Graz, aber auch im Bereich der Holding und unserer Beteiligungen, sehr genau die Ziffern und Zahlen ausweisen und sogar die Grafiken dafür erstellen (*Appl.*).

Und das Dritte ist, und das möchte ich auch der KPÖ gerne mitgeben und dem Herrn Luttenberger, hier draußen zu sagen die Personalvertretung soll aufwachen: Ich kann ihnen nur sagen, wir haben ein sehr gutes Miteinander zwischen Stadtregierung und Personalvertretung der Stadt Graz. Das ist nicht ein Thema, das man erst jetzt erfinden muss, sondern das ist ein Thema, an dem wir schon sehr lange arbeiten. Und wir arbeiten deswegen lange daran, weil wir schon viele Modelle versucht haben, vor allem im Kinderbetreuungsbereich, wo wir anfangs einmal einstellen mit reduziertem Beschäftigungsausmaß, dass wir nämlich versucht haben, all jene Personen, die wirklich ein höheres Beschäftigungsausmaß oder Vollbeschäftigung haben wollen, möglichst schnell in ein solches überzuführen. Und ich kann Ihnen auch sagen, dass wir im Stadtsenat jeden Monat einen Bericht haben für alle Stadtsenatsmitglieder, wie viele Personen wir aufnehmen und wie hoch der Prozentsatz ist von denen, die keine Vollbeschäftigung bekommen. Und ich kann Ihnen nur sagen, das ist in den letzten

Jahren massivst nach unten gegangen und all das sollte in diese Diskussion, glaube ich, auch einfließen (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) angenommen.

8.10 Queeres Jugendzentrum für Graz (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer zuhause im Livestream, sofern noch da. Ich möchte mit einem sehr wichtigen Thema die Runde der dringlichen Anträge beenden. Und zwar geht es um eine queeres Jugendzentrum für Graz. Leider gehört gesellschaftliche Diskriminierung für viele Personen der LGBT-Community nach wie vor zur täglichen Realität – auch bei uns in Österreich und auch bei uns in Graz. Besonders für diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist die Phase der Autonomie- und Identitätsentwicklung vielfach von Unsicherheit und von Ängsten geprägt. Das führt dazu, dass viele aus Sorge vor unangenehmen Reaktionen aus der sozialen Umgebung ihre Gefühle und sogar ihr „so Sein“ unterdrücken. Und das ist alles andere als der Persönlichkeitsentwicklung förderlich.

Das Forschungsprojekt „Coming-out – und dann...?“ des Deutschen Jugendinstituts hat sich mit den Coming-out-Verläufen und Diskriminierungserfahrungen von LGBT-Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingehend auseinandergesetzt und kommt zu folgendem Ergebnis: Wichtig ist natürlich die Unterstützung durch Familienmitglieder und durch den Freundeskreis, aber es braucht zusätzlich natürlich mehr, nämlich das Vorhandensein von Freizeit- und Beratungsangeboten für Menschen, die gerade in ihrer Phase der Orientierungs- und Identitätsfindung eine Anlaufstelle brauchen. Eine Anlaufstelle, die außerhalb von Schule und Familie fachmännische Unterstützung liefert. Angesichts der Tatsache, dass noch immer acht

von zehn LGBT-Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität Diskriminierung erfahren und rund 10 % sogar körperliche Gewalt hinnehmen müssen, deshalb, weil sie so sind, wie sie sind, empfehlen natürlich Experten und Expertinnen und schon lange die Einrichtung von Anlaufstellen und Jugendzentren für junge Menschen aus der LGBT-Community oder -Ära. Ich sehe es als unsere Aufgabe, auch im außerschulischen Bereich Angebote und sichere Räume zu schaffen und vermehrt in die Jugendarbeit zu investieren. Ein unabhängiges und selbstverwaltetes queeres Jugendzentrum, das keiner klassischen Jugendorganisation untersteht, gibt es bereits, und zwar in Wien, da hat man im Dezember letzten Jahres den Beschluss gefasst und mittlerweile läuft das Projekt bereits. Graz als weltoffene Stadt sollte natürlich diesem Beispiel folgen. Dass Bedarf gegeben ist, zeigt auch ein Blick auf die Beratungsstatistik 2020 der RosaLila PantherInnen, die nämlich sagen, es waren im vergangenen Jahr 538 Personen bei Gruppentreffen und es konnten 283 persönliche Beratungen durchgeführt werden, also es ist Bedarf da und besonders ist der Bedarf gegeben bei den 15- bis 18-Jährigen, die haben nämlich dieses Service oder diese Beratung besonders in Anspruch genommen. Dieses Jugendzentrum muss natürlich auch politisch unabhängig sein und mit der Expertise der LGBT-Community geplant werden. Die wissen, was es braucht, und nachdem Jugendarbeit auch nicht alleine durch Ehrenamt getragen werden kann, benötigt ein solches Jugendzentrum auch ausgebildete hauptamtliche Fachkräfte, die mit adäquaten Ressourcen ausgestattet für ein niederschwelliges, jugendgerechtes und regelmäßiges Angebot für Jugendliche bieten können. Daher stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Umsetzung eines queeren Jugendzentrums für Graz laut Motiventext prüfen und dem Gemeinderat ein Stück zur Beschlussfassung vorlegen. Ich bitte Sie alle um Ihre Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Für queere Jugendliche braucht es sichere Räume, damit sie sich besser in ihrer Identität wiederfinden können. Leider gehört gesellschaftliche Diskriminierung für viele Personen der LGBTIQ-Community nach wie vor zur täglichen Realität – auch bei uns in Österreich. Besonders für LGBTIQ-Jugendliche und junge Erwachsene ist die Phase der Autonomie- und Identitätsentwicklung vielfach von Unsicherheit und von Ängsten geprägt. Das führt dazu, dass viele aus Sorge vor unangenehmen Reaktionen aus der sozialen Umgebung ihre Orientierung, ihre Gefühle und/oder ihre Identität unterdrücken.

Das Forschungsprojekt „Coming-out – und dann...?“ des Deutschen Jugendinstituts (DJI) hat sich mit den Coming-out-Verläufen und Diskriminierungserfahrungen von LGBTIQ-Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland befasst. Daraus geht unter anderem hervor, dass die Unterstützung durch FreundInnen und Familienmitgliedern, aber auch das Freizeit- und Beratungsangebote für LGBTIQ-Jugendliche und junge Erwachsene gerade in dieser Zeit der Orientierung und Identitätsfindung ganz wesentliche Ressourcen darstellen.¹

Angesichts der Tatsache, dass noch immer acht von zehn LGBTIQ-Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität Diskriminierung und rund 10 % sogar körperliche Gewalt erleben, empfehlen ExpertInnen schon lange die Errichtung von queeren Jugendzentren, in denen spezifische Angebote zur Verfügung stehen.

Es ist daher unsere Aufgabe, auch im außerschulischen Bereich Angebote und sichere Räume zu schaffen und vermehrt in die Jugendarbeit zu investieren. Dazu braucht es ein unabhängiges und selbstverwaltetes queeres Jugendzentrum, das keiner klassischen Jugendorganisation untersteht. In Wien gibt es das bereits und daran sollte sich Graz als weltoffene Stadt ein Beispiel nehmen.

¹ <https://www.dji.de/ueberuns/projekte/projekte/coming-out-und-dann.html>

Ein Blick auf die Beratungsstatistik 2020 der RosaLila PantherInnen bestätigt, dass der Bedarf nach Beratungsgesprächen und Projektgruppentreffen in Graz gegeben ist. So waren im vergangenen Jahr 538 Personen bei Gruppentreffen und es konnten 283 persönliche Beratungen durchgeführt werden. Augenscheinlich ist, dass das Angebot gerade von den 15 bis 18-Jährigen stark nachgefragt wurde.

Natürlich muss das Jugendzentrum politisch unabhängig sein und mit der Expertise der LGBTIQ-Community geplant werden. Da die Jugendarbeit nicht allein durch das Ehrenamt getragen werden kann, benötigt das Jugendzentrum ausgebildete, hauptamtliche Fachkräfte, die mit adäquaten Ressourcen ausgestattet ein niederschwelliges, jugendgerechtes und regelmäßiges Angebot anbieten können.

Daher stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Umsetzung eines queeren Jugendzentrums für Graz laut Motiventext prüfen und dem Gemeinderat ein Stück zur Beschlussfassung vorlegen.

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Sabine. Ich habe irgendwie das Gefühl, ich rede immer nur bei dir, aber das stimmt nicht ganz, aber wir hören uns doch immer wieder von hier. Mir sind ein paar Dinge zu diesem Antrag gerade extrem wichtig. Also zuerst einmal finde ich, dass du vollkommen Recht hast, wenn du sagst, es ist wichtig, dass wir als Stadt Graz hier auch ganz klar auftreten und die Diskriminierung, die Menschen aus der queeren Community erfahren, da auch entgegenhalten, dass wir auch Initiativen dahingehend unterstützen und beispielsweise auch hier tatsächlich und aktiv etwas dagegen tun. Ich glaube nur, und jetzt ist Politik der Wettbewerb der Ideen, dass das nicht die beste von allen ist, und

ich werde versuchen, es ganz kurz zu umreißen. Hier herzugehen und zu sagen, ja ok, passt, es ist, glaube ich, wichtig, der Schluss, es wird weniger Diskriminierung passieren, wenn es ein queeres Jugendzentrum gibt, das ist ein Fehlschluss und das verschließt sich so ein bisschen. Und auch wenn Expertinnen und Experten sagen, es braucht diesen sicheren Platz, dann würde ich dir einmal in aller erster Linie empfehlen, einmal unsere eigenen Jugendzentren, die wir schon haben, einmal ganz genau unter die Lupe zu nehmen, weil dort wird nicht exklusiv ein Cluster an Jugendlichen betreut, sondern das wird tatsächlich miteinander und gemeinsam erarbeitet, und da gibt es auch für alle Personengruppen, je nach Zugehörigkeit oder je nach Problemstellung oder Schwierigkeitsgrad von Problemen in ihrem Leben angeboten, und das wird auch immer weitergeleitet an Expertinnen und Experten. Ich glaube, es ist extrem schwierig, hier herzugehen und hier zu sagen, ok, passt, wir sollten hier etwas clustern. Es ist völlig wurscht, ob wir jetzt in die Österreichische Hochschülerschaft schaut, in die Queer-Referate oder verschiedene Initiativen, so wie die RosaLila PantherInnen, es gibt diese Safe-Spaces. Und ich glaube aber, dass herzugehen und zu sagen, wir machen jetzt ein queeres Jugendzentrum, das quasi der einzige sichere Hafen ist, ein ganz schwieriger Fehlschluss ist. Weil ich glaube, das Ziel von uns allen sollte eigentlich sein, dass es nicht mehr zu diesen Diskriminierungen kommt, dass es diesen Safe-Space nicht mehr braucht, und dafür braucht es Sensibilisierung, dafür braucht es Workshops. Und unser Jugendstadtrat hat ja auch ein Projekt vorgestellt, das wird auch mit den RosaLila-PantherInnen-Workshops in den Schulen unterstützt, und das ist genau die Richtung, die wir, glaube ich, einschlagen müssen, um hier die gesamte Gesellschaft zu sensibilisieren und diese verbalen und teilweise auch körperlichen Übergriffe auf Menschen dieser Community zu stoppen. Und wir sind deswegen nicht der Meinung, dass das ein dringlicher Antrag ist und werden deswegen bei der Dringlichkeit auch nicht mitgehen, obwohl wir sehr wohl auch der Meinung sind, dass es hier auch weiterhin einen ganz genauen Blick darauf braucht, aber nicht exklusiv und abgeschottet von dem Rest der Community, sondern inklusiv, so wie wir es in unseren Jugendämtern auch leben. Übrigens, jetzt ist das natürlich jetzt meine Meinung und die unserer Fraktion, die wir hier wiedergeben,

aber ich würde dir auch empfehlen, einmal vielleicht auch mit unserem Amt für Jugend und Familie darüber zu sprechen, weil das ist genau die gleiche Lehre, die sie auch vertreten und die sie auch tagtäglich leben. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Kuhn**:

Danke, Kollegin Reininghaus, für den wichtigen Antrag. Ich wollte eigentlich jetzt was anderes sagen, aber wenn so ein Statement jetzt kommt, da zieht es mir fast die Schuhe aus. Was heißt das, ein Fehlschluss? Was heißt das, es braucht keinen Safe-Space? Wenn man sich wirklich in den Ländern anschaut, die massiv unterstützen, dort auch Christdemokratinnen und Christdemokraten, in den Niederlanden etc., und wenn man sich anschaut, wie weit dort die Antidiskriminierungsarbeit ist, dann finde ich das fast einen Hohn, was du da sagst, dass das nichts bringt und dass wir das nicht brauchen. Sehr wohl brauchen wir das. Vielleicht solltest du auch wirklich mit Leuten auch reden aus der Community und nicht nur über andere entscheiden, sondern auch mit direkt den Leuten. Es gibt auch sehr wohl noch Probleme auch bei den Jugendlichen, die natürlich gemobbt werden und die nicht in einem Jugendzentrum darüber sprechen. Die RosaLila PantherInnen machen wertvolle Arbeit, das ist aber sehr viel größtenteils ehrenamtliche Arbeit und da würde es noch zusätzliche Unterstützung auf jeden Fall brauchen und bezahlte Arbeit auch dort, die also zumindest am Nachmittag oder in den frühen Abendstunden da sind und dann Leute auch unterstützen, Transgender-Personen unterstützen, aber auch Leute wie Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transsexuelle oder auch Leute, die flüchten aus den Ländern. Ein Freund von mir, der hat jetzt Asyl bekommen, aus dem Irak, der outet sich nicht und geht auch nicht in ein Jugendzentrum. Das geht nicht, dazu braucht es diese Unterstützung, das ist auch ganz wichtig, das fehlt uns. Ihr blockt leider auch ganz oft eh auch die Anträge von der Kollegin und von mir immer wieder ab, ob es jetzt die Schulbücher sind, die Kinderliteratur, die flächendeckend da sein sollte, natürlich auch die Workshops. Das sind ganz, ganz viele Punkte, die nach außen so klein-klein ausschauen, aber das sind diese kleinen Bausteine, wo die Leute auch lernen, wo das

auch einen sicheren Schutz gibt. Das betrifft ja auch viele andere Themen, wenn diese Gleichstellungsthematik, das ist ja auch in der Gesellschaft der Diskurs, das Verständnis macht, und das ist ein wichtiger Punkt, und deshalb sehr, sehr unterstützenswert, extremst wichtig. Deine Statements verstehe ich leider überhaupt nicht. Ich würde mir wünschen, das endlich auch zu unterstützen und ohne dieses Tamtam, und schauen wir auch in die Niederlande oder nach Schweden, Dänemark, die machen das, die zeigen das vor, wie das sehr gut gehen kann. Wien macht das jetzt auch vor, das ist noch nicht in Betrieb, diese Jugendzentren, aber die machen wenigstens wirklich gute Schritte. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte KollegInnen, geschätzte Sabine, jetzt zum Abschluss auch noch von mir, ich finde das extrem wichtig, Happy Pride Month, aber am Ende des Tages ist es leider immer dasselbe, es ist immer die ÖVP, die sich diesen Dingen verwehrt, es ist immer die schwarz-blaue Mehrheit, die die Wichtigkeit in diesem Antrag nicht erkennt. Und du sagst, du möchtest ein queeres Jugendzentrum, also genau die gleichen Forderungen, die wir jedes Jahr im Pride Month und bei der Pride Parade auf die Straße tragen. Und es ist diese Sichtbarkeit, die so wichtig ist und die anderen Menschen Mut geben soll, den Menschen Mut geben soll, die sich vielleicht noch fragen: Wen liebe ich? Wer bin ich? Und genau um diesen Mut und um diese Sichtbarkeit würde es gehen und den würde Graz auch als Menschenrechtsstadt brauchen, und den würde es auch im Diskriminierungsschutz und in der Arbeit um diesen Diskriminierungsschutz brauchen. Und die RosaLila PantherInnen sind schon genannt worden, die sind mit dem Feel-Free genau dieser Safe-Space, und wir hatten auch bis vor kurzem sehr, sehr professionelle Beratung, nicht nur für Jugendliche. Es gibt die Jugendberatung, es gibt die Transberatung, es gibt ganz viele Beratungsangebote von den RosaLila PantherInnen und die sind bis vor kurzem gefördert worden, auch hauptamtlich gefördert worden. Und diese Förderung ist auch wieder weggefallen und deswegen finde ich es extrem wichtig, dass du heute mit

diesem Antrag hier stehst und sagst, es braucht das. Aber ich würde mir auch wünschen, dass das an den bestehenden Dingen anknüpft, also genau bei den RosaLila PantherInnen anknüpft und bei den bestehenden Bereichen in der offenen Jugendarbeit, weil genau dort diejenigen sind, die sich schon mit der Community auseinandergesetzt haben und wo auch die Kontakte von diesen Beratungssituationen schon da sind. Aber es ist extrem wichtig und wir sollten das wirklich machen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ich habe zuhause lange nachgedacht eigentlich, bevor ich diesen dringlichen Antrag eingebracht habe, und ich habe versucht, mich da hineinzufühlen ein bisschen in diese jungen Menschen. Vielleicht können Sie sich auch noch an Ihre eigene Pubertät erinnern, ich meine, das ist in den meisten Fällen auch schon eine Weile her, aber ich kann von meiner reden, also ich hatte Schwierigkeiten mich selbst zu finden. Ich hatte Schwierigkeiten, mich selbst anzunehmen so wie ich bin, und weil ich diese Erinnerungen an meine eigene Pubertät habe, habe ich mir auch vorgestellt, wie geht es einem jungen Menschen, der nicht weiß, ob er in seinem Körper zuhause ist, ob er da reingehört oder ob er sich da wohlfühlen kann. Und ich habe mir überlegt, wie schwierig es sein muss, eine Pubertät zu durchleben, wenn du feststellst, dass du sexuell jetzt eine andere als die „normale“ Orientierung hast. Und ich denke mir, diese Menschen brauchen Unterstützung, brauchen eine Anlaufstelle. Und ich bitte Sie, trotz Anna Hoppers Rede hier, um Annahme dieses Stückes. Es ist extrem wichtig und es geht in erster Linie darum, diesen jungen Menschen zu helfen, und ansonsten habe ich da an gar nichts gedacht. Also die sollen eine Anlaufstelle haben, die sollen wissen, wohin mit ihren Problemen, weil zum Psychiater werden sie wahrscheinlich mit 16 nicht gehen wollen. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Erlauben Sie mir auch ein paar Richtigstellungen, weil das jetzt so massiv gekommen ist. In dieser Koalition, in dieser Periode wurden die Förderungen, auch vom Stadtrat Kurt Hohensinner, massiv aufgestockt. Zweitens, wir treten völlig für die Gleichstellung ein, sehen aber den Weg der Integration vor dem Weg der Separation als einen besseren, und wir arbeiten z.B. mit John Niedermeyer und den RosaLila PantherInnen daran, in allen Schulen auch Workshops zu veranstalten. Und ich glaube auch, dass wir mittlerweile in Graz einige Safe Rooms, oder wie ihr das nennt, auch wirklich haben. Aber auch ganz, ganz wichtig ist, dass wir, glaube ich, auch dieses Thema mit John Niedermeyer in allen bestehenden Jugendzentren auch leben sollten, und da werden wir sicherlich auch die Community einladen (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**:

Ich möchte mich bei allen Damen und Herren, die uns heute auch mittels Livestream zugehört haben, bedanken. Vielen Dank, dass Sie wieder mit dabei waren bei der heutigen Gemeinderatssitzung und noch eine schöne Woche.